Free21
Credible news mounted on paper

DAS Magazin
Nr. 1, 4. Jg., Feb./2017
Im Netz: www.free21.org

Themen:

Besuch in Aleppo
Ein Bericht ▶ SEITE 6

HSH Nordbank
Bis zu 30 Mrd. Euro Schaden – die Presse schweigt mehrheitlich. ▶ SEITE 15

Obamas Afrikabilanz
von Emran Feroz ▶ SEITE 19

Fluch des Reichtums
Über die Ausbeutung Afrikas von Jean Feyder ▶ SEITE 21

It's a leak, not a hack
Über den Irrsinn seit der Trump-Wahl, von Mathias Bröckers ▶ SEITE 22

EU-Existenzkrise
Ist der Brexit der Beginn der Auflösung der EU? Von Jens Wernicke ▶ SEITE 23

Zukunftskontrolle
NSA: Investition in einen neuen Weltmachtapparat, von Lars Schall ▶ SEITE 31

Transparenz
Über Polit-Sponsoring und Lobbyistenforderungen. Von Abgeordnetenwatch.de ▶ SEITE 38 + 39

„Die Nato ist ein Angriffsbündnis"
Interview mit Dr. Daniele Ganser ▶ SEITE 41

Friedensfahrtbericht
Berlin–Moskau, von Germaid Charlotte Ponge ▶ SEITE 43

Die Ignoranz des Establishments
Merkel und von der Leyen fürchten Trumps Annäherung an Russland ▶ SEITE 47

Das Free21-Prinzip:

Erklärung zum Syrienkrieg

Demo gegen Krieg in Syrien am 2.09.2013 (Foto: Ulf Wunder, CC BY 2.0)

Zahlreiche Professoren des wissenschaftlichen Beirates von attac Deutschland forderten mit ihrer Erklärung vom 26. Januar 2017 zu einer öffentlichen Debatte über den tatsächlichen Hergang des Syrienkonfliktes auf. ▶ SEITE 3

Die lange Geschichte der **Entmündigung**

Angefangen hat alles in den Regierungszeiten Ronald Reagans und Margret Thatchers mit der Einführung eines Denkverbotes: „There is no Alternative" – dem TINA-Prinzip. Von Wolfgang Jungmann ▶ SEITE 11

Krebs im **Wirtschaftsleben**

Die Grundidee ist einfach: Leistungslose Einkommen, also Einnahmen, für die man nicht arbeiten muss, sind nicht nur asozial und unethisch, sondern machen unsere Wirtschaft krank. Von Christian Kreiß ▶ SEITE 28

Fake News-Kontrolle bei Facebook

Mit der Entscheidung, das keineswegs unabhängige Projekt Correctiv als Prüfstelle für Fake News zu beauftragen, hat sich Facebook keine Freunde gemacht – außer bei den Mainstream-Medien. Von Florian Hauschild ▶ SEITE 49

Indiens brutales **Bargeld-Experiment**

Worüber kaum jemand redet oder schreibt, ist die entscheidende Rolle, die Washington dabei spielte. ▶ SEITE 8

Einige Fragen zum Anschlag in Berlin

Über Identifizierungshilfen und geopolitische Fragen im Umfeld des Anschlages, von Paul Schreyer ▶ SEITE 17

Die Demokratie des George Soros

Der Multimilliardär George Soros ist ein ebenso schillerndes wie widersprüchliches Phänomen. ▶ SEITE 34

Free21

Credible news mounted on paper

DAS Magazin

Nr. 1, 4. Jg., Feb./2017 www.free21.org

Das Free21-Prinzip:

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Impressum

Free21.org ist eine global ausgerichtete Plattform für journalistische Beiträge und qualifizierte Debatten. Alle Artikel werden typografisch so gesetzt, dass sie heruntergeladen und auf DIN-A4-Papier ausgedruckt werden können. Die Artikel werden durch Fotos ergänzt und mit einem Quellenverzeichnis versehen.

Free21 funktioniert als Netzwerk-Projekt. Wir beziehen Beiträge von Fachleuten aus den verschiedensten Fachgebieten mit ein.

Zusammen arbeiten wir daran, in einem Zeitalter der Verwirrung die Wahrheit herauszufinden und über sie zu berichten. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges und unabhängiges Medium schaffen, dass frei von den Zwängen und Einschränkungen großer Medienkonzerne agieren kann.

Herausgeber:
Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., c/o Marika Matthaei, 10369 Berlin, Karl-Lade-Str. 36a, E-Mail: verein@free21.org

Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.

St.-Nr. 27/680/76987

Chefredakteur: Tommy Hansen

ViSdPR: Tommy Hansen, Bennigsenstraße 15, 12159 Berlin
Telefon: 0152/15 67 38 20
E-Mail: info@free21.org

Alle Artikel auf Free21.org können für private, nichtkommerzielle Zwecke unverändert frei benutzt und geteilt werden, sowohl online als auch im PDF-Format.

Fake News **Inc.**

Fake News ist eines der am heftigsten diskutierten Themen im Netz und in den Medien und das aus gutem Grund. Fake News beeinflussen seit Jahrzehnten die Berichterstattung und haben zu etlichen Kriegen und Millionen von Toten geführt.

Wer erinnert sich noch an die Ereignisse im Golf von Tonkin 1964, dem Tonkin-Zwischenfall, der zum direkten Eingreifen der USA in den bereits seit 1956 andauernden Vietnamkrieg führte? Inzwischen hat selbst der damalige Verteidigungsminister McNamara zugegeben, dass es diesen Zwischenfall so nicht gegeben hat. Die Lüge wurde bewusst über die Medien verbreitet, um den Kriegseintritt zu legitimieren. Fake News gab es also schon vor über 50 Jahren. Wie war das 1990, als mit Hilfe einer amerikanischen Werbeagentur die Brutkastenlüge zum ersten Golfkrieg der USA und der Sicherung ihrer geopolitischen Ziele führte? Oder 2003, als die erfundene Existenz von Massenvernichtungswaffen die völkerrechtlich illegale Invasion des Iraks und damit das bisher größte Kriegsverbrechen seit dem zweiten Weltkrieg mit Millionen Opfern nach sich zog?

Und jetzt sollen wir uns darüber aufregen, dass ein paar irre Webseiten Quatsch publizieren, wie „Trump ist in Pakistan geboren“ oder „Snowden bestätigt Aliens“? Die Fake News-Kontrolle sollte sich doch vor allem mit der Produktion der Fake News beschäftigen. Dazu im Folgenden ein paar Hinweise:

Das Pentagon produziert routinemässig Fake News, manchmal durch die eigene PR-Abteilung, manchmal mit Hilfe von „subcontractors“ wie der englischen Werbeagentur Bell Pottinger, die erst kürzlich für 540 Millionen Dollar falsche ISIS-Terrorvideos produziert und verbreitet hat.

Es ist eine Tatsache, keine Behauptung, dass zahlreiche Fake News ihren Ursprung in den USA haben. Große Twitter-Kampagnen wie „Merkel must go“ oder „Germany welcomes refugees“ wurden und werden von Rechnern in den USA und England gesteuert.

Weltweit empörten sich Medien darüber, dass Putin hinter einem Hackerangriff auf die amerikanische Stromverorgung stünde. Die spätere Berichtigung, dass dies nicht der Wahrheit entsprach, wurde weltweit nahezu verschwiegen.

Als amerikanische Medien kurz nach der Wahl meldeten, dass Putin sich in die US-Wahl eingemischt habe, kam es parallel zu Berichten in dänischen und deutschen Zeitungen, dass Putin vor habe, sich ebenfalls in die kommenden dänischen bzw. deutschen Wahlen einzumischen. Alles basierte natürlich auf „vertrauenswürdigen“ Quellen.

Man muss wissen, dass dänische Journalisten beim staatlichen TV-Sender DR seit Jahren mit dem offiziellen Konsens leben müssen, dass selbstständige Untersuchungen im Fall 9/11 nicht erwünscht sind. Man ist beim DR mit den Berichten von Reuters grundsätzlich zufrieden. Wer aber noch an die offizielle Erklärung der USA zu 9/11 glaubt, ist entweder durch die Leitmedien schlecht informiert oder will sich nicht mit der unangenehmen Wahrheit konfrontieren.

Die Menge der Fake News „Made in USA“ im Fall 9/11 übersteigt alles bisher Dagewesene, ist aber wohl nicht auf dem Schirm der neuen deutschen „Facebook-Polizei“ Correctiv. Fast die ganze Berichterstattung über 9/11 lag in den Händen von inzwischen nur noch sechs Medienunternehmen, die 90% der Amerikaner erreichen. In den 80er Jahren war es mehr als 50 Firmen. Sechs private Firmen, die seit Jahrzehnten ein Teil des „Establishments“ der neokonservativen Szene bilden. Die Meinung der „The Big Six“ beeinflusst aber nicht nur Millionen US-Amerikaner. Die unreflektierte Übernahme durch westliche Medien erreicht als News, aber auch als Fake News die Bürger Europas.

Fake News lassen sich leicht vermeiden, neue Maßnahmen sind nicht erforderlich. Das Werkzeug heißt Journalismus und wurde bereits erfunden. Nur unfreie Journalisten produzieren Fake News.

Power to the paper!

Tommy Hansen, Chefredakteur free21.org

Drei weise Affen. Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Während die drei Affen in Japan eigentlich die Bedeutung „über Schlechtes weise hinwegsehen" haben, werden sie in der westlichen Welt eher als „alles Schlechte nicht wahrhaben wollen" interpretiert. Aufgrund dieses negativen Bedeutungswandels gelten die drei Affen daher häufig als Beispiel für mangelnde Zivilcourage oder bedingungslose Loyalität. (Quelle: wikipedia, Foto: Jakub Halun/CC BY-SA 4.0)

Erklärung zum **Syrienkrieg**

Zahlreiche Professoren des wissenschaftlichen Beirates von attac Deutschland fordern zu einer öffentlichen Debatte über den tatsächlichen Hergang des Syrienkonfliktes auf. Zu diesem Zweck rufen sie Fakten in Erinnerung und kommen zu einem unzweifelhaften Ergebnis, das dem aktuell medial vermitteltem Bild widerspricht. Sie rufen alle gesellschaftlichen Gruppen dazu auf, das Wegschauen zu beenden und sich zusammen mit der Friedensbewegung für konflikt- und kriegsvorbeugende Wege in die politische Auseinandersetzung einzubringen. Wir veröffentlichen hier den vollständigen Wortlaut der Erklärung, ergänzt um einige Quellenangaben.

Originaltext vom 25. Januar 2017:

Wir möchten vorausschicken: Erstens ist uns nicht verborgen geblieben, dass Russland und Iran, die auf der Seite des Assad-Regimes in den Krieg eingetreten sind, ihre eigenen Interessen und strategischen Ziele verfolgen. Zweitens haben wir den Gewalteinsatz und die frühzeitige Einmischung ausländischer Staaten in den innersyrischen Konflikt von Beginn an für falsch gehalten und kritisiert: den Gewalteinsatz von Assad gegen die friedlichen Demonstranten, die gegen die Diktatur auf die Straße gegangen waren, ebenso wie gegen die Waffenlieferungen des Westens an die angeblich moderaten Rebellen und alle darauf folgenden Kriegshandlungen.

Entgegen der im Westen herrschenden Mainstream-Meinung stellen wir jedoch fest:

Russland und Iran haben zunächst alle Möglichkeiten für eine diplomatische und friedliche Lösung des Konfliktes ausgeschöpft; erst als sich dieser Versuch als aussichtlos erwies, haben sie militärisch eingegriffen und den Krieg in Aleppo vorerst beendet. Dafür Russland nun zu verurteilen, wie es die westlichen Mainstream-Medien fast einhellig tun, halten wir für absurd, genauso wie die einseitige Schuldzuweisung jener Gruppe von Prominenten aus Kultur und Politik, die am 7.Dezember 2016 vor der russischen Botschaft in Berlin unter dem Motto „Aleppo-Putins Schande!" demonstriert haben. Wir fordern die Initiatoren und UnterzeichnerInnen des betreffenden Aufrufs zu einer öffentlichen Debatte über den tatsächlichen Hergang des Syrienkonflikts auf. Zu diesem Zweck rufen wir einige Fakten in Erinnerung:

- Nach Aussagen des ehemaligen Oberkommandeurs der NATO, General Wesley Clark, begann die US-Regierung bereits unmittelbar nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 mit den Planungen des Regimewechsels in sieben Ländern, die von den USA als Gegner angesehen wurden, darunter Afghanistan, Irak, Libyen und auch Syrien. Um dort dieses Ziel zu erreichen, haben die USA seit 2005 die Rahmenbedingungen geschaffen. Dazu gehörte neben zahllosen medialen Propagandaaktionen gegen das Assad-Regime, die - von den USA gemeinsam mit Saudi-Arabien, Katar und Israel betriebene - Finanzierung und Ausbildung einer Armee von Dschihadisten, die fortan in der westlichen Berichterstattung unter dem verharmlosenden Label „gemäßigte Opposition" firmierte. Dabei gehörten die weitaus stärksten militärischen Kräfte dieser Opposition dem Al-Kaida-Netzwerk und der radikal-islamischen al-Nusra Front an, die zuvor von den USA selbst als „Terror-Organisationen" eingestuft worden waren. Diese Truppen sollten für den Sturz der Regierungen in Damaskus und Teheran eingesetzt werden, wie der renommierte Journalist und Pulitzer-Preisträger Seymour Hersh bereits 2007 aufdeckte.

- Nach dem Beginn des Syrienkonflikts hat sich Russland zunächst nicht eingemischt, solange dieser Konflikt noch als ein rein innenpolitischer Konflikt angesehen werden musste. Erst als es dem „Islamischen Staat", dessen Ursprung auf den Sturz Saddam Husseins und die Zerstörung Bagdads durch die USA im Frühjahr 2003 zurückgeht, gelang, mit den Mitteln des Terrors und mit militärischer und logistischer Unterstützung durch die Geheimdienste der USA, Saudi-Arabiens und der Türkei im Norden des Irak weite Gebiete mit der Metropole Mossul unter ihre Gewalt zu bringen, ist Russland aktiv auf der Seite der syrischen Regierung eingetreten. Denn es befürchtete zu Recht, es ginge auch in Syrien um einen Regime Change und um einen damit einhergehenden Verlust des russischen Militärstützpunkts im Mittelmeer.

- Bekanntlich hatte Präsident Obama den Einsatz von Chemiewaffen als ‚Rote Linie' der USA für ihren Kriegseintritt gegen Assad benannt. Als am 21. August 2013 bei einem Giftgas-Angriff in Ghuta bei Damaskus Hunderte von Menschen auf grausame Weise ums Leben kamen, schien der Casus Belli eingetreten zu sein. Obama kündigte an, auf den Einsatz chemischer Waffen durch das Assad-Regime mit „einem gezielten militärischen Schlag zu antworten."

Indes konnte Seymour Hersh schon am 8. Dezember 2013 in einem langen Artikel im „London Review of Books" nachweisen, dass der Giftgas-Angriff in Ghuta nicht dem Assad-Regime angelastet werden kann, wie es bis heute geschieht. Nach Aussage des Ex-CIA-Agenten Ray Mc Govern, der zu den Chef-Analysten des CIA gehörte, konnten die mit Sarin bestückten Raketen, die angeblich aus einem Gebiet abgefeuert wurden, das unter der Kontrolle der Assad-Regierung stand, nicht von dort kommen. Assads Raketen hatten einfach nicht die nötige Reichweite. Auch handelte es sich nicht um den Typ Sarin, den die syrische Armee lagerte, wie eine spätere, vom britischen Geheimdienst M16 durchgeführte Labor-Analyse ergab. Und sollte ausgerechnet Assad so dumm und dreist gewesen sein, um vor den Augen der Weltöffentlichkeit selbst und eigenhändig den Kriegsgrund für die USA zu liefern und sein eigenes Todesurteil zu signieren?

Am 23. Oktober 2013 berichtete die türkische Zeitung „Todays

Zaman“ von der Pressekonferenz zweier Abgeordneter der „Republikanischen Volkspartei CHP, Eren Erdem und Ali Seker, auf der sie Dokumente und Audio-Kassetten vorlegen konnten, in denen Details beschrieben wurden, wie Sarin in der Türkei produziert und an die terroristische al- Nusra Front weitergegeben wurde. Ein ehemaliger Offizier vom Nachrichtendienst in den USA klärte Hersh über die Zusammenhänge auf: „Wir wissen jetzt, dass der Gasangriff vom 21. August eine verdeckte Aktion von Erdogans Leuten war, um Obama über die ‚Rote Linie‘ zu stoßen.“ (Man fühlt sich an die Propaganda-Lüge von den Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins erinnert, die der Bush-Regierung seinerzeit den Grund für den Einmarsch in den Irak geliefert haben.)

Seymour Hersh (Foto: Institute for Policy Studies, CC BY-SA 2.0)

Am 31. August kündigte Obama im Rosengarten des Weißen Hauses überraschend an, dass der Angriff auf Syrien aufgeschoben würde und dass er erst das Votum des Kongresses einholen wolle. Inzwischen waren nämlich die Chemieproben aus Ghouta analysiert und vom britischen Geheimdienst weiter nach Porton Down, USA, und an General Martin Dempsey weitergeleitet worden. Auf Grund dieses Berichtes erklärte der US-General dem Weißen Haus: ein Angriff auf Syrien wäre ein ungerechtfertigter Akt der Aggression, denn das Sarin aus Ghouta stamme nicht aus den Arsenalen des syrischen Militärs. Obama wählte daraufhin den Plan B: Kein Bombenangriff, wenn Assad der Vernichtung all seiner chemischen Waffen unter Aufsicht der UNO zustimmen würde. Das Weiße Haus wollte jedoch seinen Irrtum nicht eingestehen. Das Assad-Regime musste auch nach diesem Kurswechsel für den Giftgas- Einsatz verantwortlich gemacht werden.

- Es war schließlich Russland und kein anderer Staat, das mit diplomatischem Geschick diesen Kurswechsel dazu nutzte, dass sämtliche Chemiewaffen Syriens unter Mitwirkung der USA und der Kontrolle der UN vernichtet wurden. Die Bemühung Russlands, die Massenvernichtungswaffen Syriens abzurüsten, war eine friedenspolitische Leistung, die indes von den Regierungen und Medien des Westens mit keinem Wort gewürdigt worden ist.

- Der Bundeswehrgeneral und ehemalige Vorsitzender des Nato-Militärausschusses Harald Kujat, konstatierte oft und zu Recht, dass durch den Kriegseintritt Russlands die Genfer Syrienkonferenz überhaupt erst möglich geworden ist. Russland und Iran haben sich darüber hinaus auch große Mühe gegeben, um den Syrienkrieg diplomatisch und auf dem Verhandlungswege zu beenden. Sie haben Vorschläge für mehrtägige Waffenruhen in Aleppo immer wieder akzeptiert, während die Rebellen die Waffenruhe für ihre weitere Aufrüstung missbrauchten. Aber die westlichen Verbündeten, Saudi Arabien, die Golfstaaten, Israel und vor allem die bewaffneten Rebellen waren es, die jegliche Verhandlungen mit Assad ablehnten und seinen Sturz zur Vorbedingung für Verhandlungen machten. Dem Westen und den USA fehlte offensichtlich der Wille, ihre Krieg und Unruhe stiftenden Verbündeten zu einer Verhandlung mit Assad zu zwingen. Dabei müsste es jedem Politiker mit Weitsicht und Verstand sonnenklar gewesen sein, dass Assad überhaupt nicht zurücktreten kann, selbst wenn er wollte. Man hat es im Westen nie verstanden oder verstehen wollen: Assad repräsentiert sämtliche religiösen Volksgruppen und Minderheiten, insbesondere Aleviten, Christen, Yeziden und andere in Syrien, die sein Regime wegen seines erklärten Laizismus unterstützen und von ihm auch erwarteten, nicht einfach das Feld zu räumen und es dem IS zu überlassen mit der sicheren Aussicht einer dann zu erwartenden Massenabschlachtung der religiösen Minderheiten und Aleviten.

Harald Kujat (Foto: Nato, CC 4.0)

- Prof. Günter Meyer, langjähriger Leiter des Zentrums für Forschung zur Arabischen Welt an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, erklärte in einem Interview am 15.01.2017 mit der heute-Redaktion: „Ohne die militärische Intervention Russlands im September 2015 wäre inzwischen nicht nur Aleppo komplett von den Dschihadisten erobert worden. Auch das Assad-Regime wäre längst zusammengebrochen. Damit hätten die Assad-Gegner unter Führung der USA ihr Ziel des Regimewechsels zwar erreicht. Die Macht hätten jedoch die stärksten militärischen Kräfte an sich gerissen. Und das wären die islamistischen Extremisten, wie die zum Al-Kaida-Netzwerk gehörende Nusra-Front und der von der internationalen Allianz unter US-Führung bekämpfe Islamische Staat (IS). Wem, wie israelische Politiker erklärten, eine solche Terrorherrschaft lieber ist als das Assad-Regime, der kann Putin vorwerfen, dass er dies verhindert hat.“

- Freilich ist es mehr als zu beklagen, dass dabei Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen zerstört wurden und seit September 2015 durch die Bomben Russlands in Ost-Aleppo und Idlib bis zu 10 000 syrische Zivilisten starben. Zwar widerstrebt es uns, die Toten beider Seiten gegeneinander aufzurechnen. Doch angesichts der einseitigen antirussischen Berichterstattung und Propaganda in den West-Medien muss daran erinnert werden, dass 40.000 irakische Zivilisten – mindestens viermal so viel wie in Aleppo – seit August 2014 durch die Bomben der US-Geführten Koalition starben. Davon allein 15.000 in der Region Mosul. Seit 1980 haben allein die USA 14 muslimische Länder überfallen, besetzt oder bombardiert. Nicht ein einziges Mal griff in den letzten zwei Jahrhunderten ein muslimisches Land den Westen an.

„Die deutsche Bundesregierung“, schreibt Jürgen Todenhöfer, „sitzt wie der gesamte westliche Mainstream in der ‚Fankurve‘ der USA und betreibt ‚Fankurven-Politik‘: Danach sind amerikanische Bomben gute Bomben, russische Bomben böse Bomben. Moralische Objektivität darf man von Fans nicht erwarten... Al-Quaida und der IS haben in den letzten 20 Jahren mit ihren Terroranschlägen im Westen rund 5000 Menschen ermordet. Inklusive der Anschläge vom 11. September 2011. Wir haben uns zu Recht über diese Anschläge entsetzt... Aber der Westen hat laut Organisation ‚Ärzte gegen den Atomkrieg‘ seit 2001 allein im Irak, in Afghanistan und in Pakistan den Tod von 1,3 Milli-

Jürgen Todenhöfer (Foto: JCS)

Publiziert auf Free21 am 29.01.2017, 15:33 Uhr, vom wissenschaftlichen Beirat von attac, auf den Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-2.0

onen Menschen auf dem Gewissen. Doch es waren eben ‚nur' Iraker, Afghanen, Pakistaner." (zit. nach der Freitag, 5. Januar 2017)

Auch bei der Evakuierung der Rebellen durch syrische, iranische und russische Militärs haben wir in den hiesigen Medien immer nur von einer schuldigen Kriegspartei gehört: Russland und Iran. Als aber die Rebellen für jedermann ersichtlich acht syrische Busse, die zur Evakuierung der Rebellen und ihrer Familien gekommen waren, in Brand geschossen haben, waren die selben Medien plötzlich sprachlos, es gab kaum Berichte darüber, warum die Rebellen diese Tat begangen haben.

- Wenige Tage nachdem die Evakuierung Aleppos als beendet erklärt wurde, haben bei ihrem Treffen in Ankara Russland, die Türkei und Iran eine Garantie dafür angeboten, dass ab jetzt der Syrienkonflikt auf diplomatischem Wege und durch Verhandlungen beendet werden sollte. Auch hier müssen wir mit Bitterkeit feststellen, dass sich kein einziger westlicher Politiker darum bemüht hat, Wladimir Putin, Hassan Rouhani und Recep Tayyib Erdogan beim Wort zu nehmen und ihr Garantieangebot als wichtig und konstruktiv hervorzuheben. Westliche Politikerinnen und Politiker scheinen nicht in der Lage zu sein, auf solche friedenspolitisch sehr wichtigen Signale zu reagieren.

Es befremdet uns außerordentlich, dass die West-Medien, auch die UnterzeichnerInnen des antirussischen Aufrufs, mit keinem Wort die fatale US-amerikanische Politik des Regime Change im Nahen und Mittleren Osten erwähnen, geschweige denn kritisieren. Sind doch das offenkundige Ergebnis dieser Politik lauter „failed states", sog. gescheiterte Staaten, die den Nährboden für die weitere Ausbreitung des Terrorismus und den Hauptgrund für die anhaltenden Flüchtlingsströme bilden. Wie blind – fragen wir – muss man eigentlich sein, um eine schwer zu leugnende Realität zu übersehen? Dem Syrien-Experten Prof. Günter Meyer wie auch Michael Lüders zufolge, dem kenntnisreichsten Mittel- und Nahostexperten in Deutschland, tragen die US-Regierung mit George W. Bush die Hauptverantwortung auch für den Syrienkrieg, weil sie mit dem Einfall in den Irak unmittelbar die Rahmenbedingungen für die Entstehung des IS geschaffen haben. Die USA und Deutschland haben Saudi-Arabien, den Hauptwaffenlieferanten des IS und anderer Terrorgruppen, die am Syrienkrieg beteiligt sind, seit 2010 mit über 130 Milliarden Dollar massiv aufgerüstet und damit einem gefährlichen Wettrüsten im Mittleren Osten kräftigen Aufschub erteilt.

Demonstration vor der Russischen Botschaft in Berlin am 7. Dezember 2016. (Foto: Propagandaschau.wordpress.com)

Eugen Drewermann (Foto: PictureTom, public domain)

Der katholische Theologe Eugen Drewermann hat diese Politik kürzlich in einem Interview auf den Punkt gebracht: „Bereits 1991 stellte Paul Wolfowitz, Berater mehrerer US-Präsidenten und späterer Weltbankchef, eine höchst korrupte Persönlichkeit, die Agenda auf, die jetzt abgearbeitet wird: wie man den Irak und Syrien zerstört, wie man Libanon, die Hisbollah destabilisiert, Libyen angreift, den Iran dazwischen nimmt. Man kann von Glück sagen, dass Obama gegen Ende seiner Amtszeit diesen Spuk beendete, hatten doch die Israelis alle paar Tage damit gedroht, der angeblichen atomaren Gefahr, die vom Iran ausgehe, durch einen Großangriff zu begegnen." (www.jungewelt.de/2016/12.14/069.php)

Angesichts all dieser Tatsachen und des neuen Kalten Krieges zwischen dem Westen und Russland, der immer mehr Fahrt aufzunehmen scheint, sind wir außerordentlich besorgt über die einseitige pro-westliche und anti-russische Parteinahme wider besseren Wissens. Wir rufen deshalb alle gesellschaftliche Gruppen dazu auf, sich zusammen mit der Friedensbewegung für konflikt- und kriegsvorbeugende Wege in die politische Auseinandersetzung einzubringen, die es z. B. für den Mittleren Osten schon immer gegeben hat und auch heute noch gibt: Gemeint ist eine internationale Initiative für Kooperation und gemeinsame Sicherheit für den gesamten Mittleren und Nahen Osten, die die absehbare Entwicklung in der Region als weltpolitisches Pulverfass verhindert hätte. Auch heute müsste eine solche Perspektive vor den Anfang einer jeden Genfer Syrienkonferenz gestellt werden.

Quellen:

attac, wissenschaftlicher Beirat Deutschland<*http://www.attac.de/was-ist-attac/strukturen/attac-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/ueber-den-wissenschafttlichen-beirat/mitglieder/*>

Zeit Online, Wir kennen die Verantwortlichen <*http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-09/syrien-krieg-wladimir-putin-bomben-baschar-al-assad*>

Democracy Now, Interview mit Wesley Clark, 2007 auf YouTube<*https://www.youtube.com/watch?v=MlRFTs80GMM*>

Spiegel Online, Obamas rote Linie<*http://www.spiegel.de/politik/ausland/obama-droht-assad-mit-militaerschlag-bei-chemiewaffen-einsatz-a-851110.html*>

Ray McGovern und Nachdenkseiten zu False-Flag Saringasangriff in Syrien <*https://www.youtube.com/watch?v=Z-lxw3OETtQ*>

Seymour Hersh: < *http://www.lrb.co.uk/v36/n08/seymour-m-hersh/the-red-line-and-the-rat-line*>

Autoren:

Die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirates von attac Deutschland: *Prof. Dr. Elmar Altvater, Prof. Dr. Rudolph Bauer, Prof. Dr. Armin Bernhard, Dr. Axel Bust Bartels, Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Prof. Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. Wolfgang F. Haug, Prof. Dr. Birgit Mahnkopf, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Prof. Dr. John P. Neelsen, Prof. Dr. Norman Paech, Prof. Dr. Michael Schneider, Dr. Fritz Storim, Prof. Dr. Frieder Otto Wolf*

Dieser Text wurde zuerst am 26.01.2017 auf den Nachdenkseiten unter der URL‹http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/170126-erklaerung-wiss-Beirat-zu-syrien-3Fassung.pdf› veröffentlicht. (Lizenz: CC-BY-2.0)

‹http://www.free21.org/?p=26224›

Aleppo: Die Wahrheit, die sich der Westen weigert, zu berichten

An diesem Morgen besuchten wir das Registrierungszentrum für Binnenflüchtlinge (IDP) aus Ost-Aleppo in Jibrin. Sie werden hier aus humanitären Gründen und für den Zugang zu Dienstleistungen registriert, bevor sie entweder zu Verwandten in anderen Teilen Syriens gehen (viele tun das) oder in andere Aufnahmelager, wo sie mit Unterkunft, Essen und anderen Dienstleistungen versorgt werden.

von Andrew Ashdown

Während der letzten zwei Wochen wurden 95.000 Flüchtlinge registriert, aber man schätzt, dass es noch weitere 10.000 Nicht-Registrierte gibt. Dort standen tausende Menschen, die in den letzten Tagen angekommen sind. Ich muss hier erwähnen, dass wir den Besuch in einem Taxi machten, ohne Begleitung der Regierung oder des Militärs und ohne Vorankündigung. Man hatte uns nicht erwartet.

Das Zentrum ist gut organisiert. Der syrische Rote Halbmond hat Zelte aufgestellt in denen Informationen zu allen Einrichtungen der sozialen Dienste angeboten werden und es gibt freie medizinische Betreuung. Bei einem Notfall stehen Krankenwagen zur Verfügung um die Patienten in ein Krankenhaus zu bringen. Kostenloses Essen wird vom syrischen Roten Halbmond und der syrischen Armee verteilt und wir sahen einen Konvoi russischer Lastwagen, der Hilfsgüter brachte. Auf dem Gelände gibt es auch ein russisches Feldlazarett, in dem sofortige medizinische Behandlung angeboten wird.

Unter den Tausenden Flüchtlingen ist ein Gefühl der Erleichterung zu spüren. Alle wollten reden und wir haben einige interviewt, die erst gestern oder heute ankamen. Sie erzählten alle das gleiche. Sie sagten, dass sie in Angst leben mussten. Sie berichteten, dass die Kämpfer jedem erzählten, dass die Syrische Armee jeden tötet, der in den Westen flieht, aber sie selbst haben viele getötet die zu fliehen versuchten – Männer, Frauen und Kinder. Eine Frau brach in Tränen aus, als sie uns erzählte, dass einer ihrer Söhne vor einigen Tagen von den Rebellen getötet und ein anderer verschleppt wurde. Sie töteten auch jeden, der eine Unterstützung für die Regierung zu erkennen gab. Die Flüchtlinge sagten, dass die „Rebellen" ihnen gesagt hätten, dass nur jene „echte Moslems" seien, die sie unterstützen und dass jeder andere ein „Ungläubiger" sei und den Tod verdiene.

Uns wurde erzählt, dass sie sehr wenig Nahrung bekamen: Jede Hilfe, die sie erreichte, sei ihnen meistens verweigert oder zu exorbitanten Preisen verkauft worden. (Ein Arzt, der wochenlang mit den Flüchtlingen arbeitete, hat mir letzte Nacht erzählt, dass in einem kürzlich befreiten Gebiet ein Lagerhaus voll mit brandneuen Medikamenten und internationaler Beschriftung entdeckt wurde.) Die meisten der Flüchtlinge sagten, dass eines ihrer Familienmitglieder von den Rebellen getötet worden sei und sie sprachen dauernd über weitverbreitete Morde, Folter, Vergewaltigung und Entführung durch die Rebellen. Wenn jemand seine Wohnung verließ, dann wurde das Eigentum und der Besitz konfisziert oder gestohlen.

Ein alter Mann in einem Rollstuhl, der in dem russischen Feldlazarett kostenlose Behandlung bekam, sagte, dass er drei Jahre lang keine Behandlung bekam, obwohl er danach fragte. Er sagte: „Gott sei Dank sind wir frei. Jetzt haben wir zu essen. Jetzt können wir unser Leben führen. Gott beschütze die Syrische Armee." Alle sagten, dass sie froh seien, entkommen und frei zu sein. Alle Flüchtlinge waren ausnahmslos von Herzen erleichtert und glücklich frei zu sein. Eine Frau sagte: „Im Vergleich zu dem, was wir durchmachten, ist das hier der Himmel." Wir fragten, ob die Syrische Armee jemanden schlecht behandelt habe. Niemand sagte Ja. Eine Frau sagte: „Sie halfen uns zu entkommen und sie gaben uns Essen und Hilfe."

Daher habe ich zwei wichtige Fragen:

Publiziert auf Free21 am 03.01.2017, 12:10 Uhr, von Andrew Ashdown auf propagandaschau.wordpress.com (Lizenz: propagandaschau.wordpress.com)

CNNs beliebtester „unabhängiger Filmemacher", der amerikanische Dschihadist und Al Qaeda-Mitglied Bilal Abdul Kareem in einem Interview mit Sheikh Abdullah Muhaysini, dem Anführer von Jaish al Fatah: Von den Saudis erzogen und finanziert, Ausbilder für jugendliche Selbstmordattentäter, Richter und Henker von Glaubensabtrünnigen, Oberster Kopfabschneider und Massenmörder.

1. Im Moment sind es nur der syrische Rote Halbmond, die Syrische Armee und die Russen, die für die Zehntausende aus Ost-Aleppo Geflohenen humanitäre Hilfe leisten. Warum bietet ihnen jetzt keine der internationalen Organisationen Hilfe an?

2. Wie kann es sein, dass, während weltweit Schlagzeilen über Massaker durch die Syrische Armee verbreitet werden und obwohl einige internationale Medien in Aleppo sind, kein Einziger von ihnen das Registrierungszentrum besucht und einmal selbst mit den Flüchtlingen spricht? Wir waren dort die Einzigen. Hier sind Menschen, die es erlebt haben und gerne darüber reden möchten, aber die Medien nehmen nicht belegbare Behauptungen sehr dubioser Quellen für bare Münze. Der Zusammenbruch jeglicher Form von glaubwürdigem investigativem Journalismus in diesem global bedeutenden Zusammenhang ist äußerst schockierend.

Heute wurde berichtet, dass das Abkommen für 4.000 Kämpfer, Aleppo zu verlassen, gescheitert ist, nachdem die Kämpfer sich geweigert haben, das Abkommen zu erfüllen. (Ich kenne die Details nicht, aber überlegen Sie… Es gibt nicht einen Grund warum die syrische Regierung möchte, dass dieses Abkommen scheitert, es würde die völlige Befreiung der Stadt bedeuten!) Es wurde berichtet, dass sich die Kämpfer weigern zu gehen oder die Zivilisten gehen lassen.

Es ist nur noch obszön: Die westlichen Medien weigern sich, objektiv zu berichten oder nach Informationen von den Tausenden Zivilisten aus Ost-Aleppo zu suchen, die ihre Geschichten gerne weitergeben möchten. Und gleichzeitig vertrauen die westlichen Medien voll und ganz den Terroristen, ohne jede vor Ort belegbare Information ihrer Behauptungen.

Von den Zivilisten im Osten und Westen (Aleppos), aus allen Gemeinden, von Gesprächen mit Ärzten, mit Glaubensgemeinschaften und auch mit Militärangehörigen, die die Bombardements auf beiden Seiten erlebt und durchlebt haben, nach allem was ich in Aleppo gesehen und gehört habe, komme ich zu der Überzeugung, dass die Berichte in den westlichen Medien verbogene Erfindungen des Schreckens sind, die in den von den „Rebellen" kontrollierten Gebieten passieren. Und die Medien weigern sich immer noch, dem Zeugnis der Menschen selbst zuzuhören.

Nachtrag: Weihnachten kommt nach Syrien. In ein Land und eine Stadt, in der Menschen aller Glaubensrichtungen frei ihrem Glauben nachgehen können; wo Moscheen und Kirchen Seite an Seite stehen; und wo in den Cafes und Restaurants Weihnachtsmusik erklingt. Und dennoch trauert die Welt wegen der Niederlage der Extremisten in Aleppo. Extremisten, die christliche und moslemische Gebetshäuser zerstören und jeden abschlachten, der nicht ihrer obszönen Ideologie folgt.

(Übersetzung: FritzTheCat)

Autor:

Andrew Ashdown

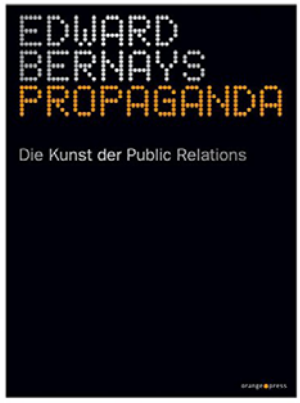
ist Priester der Kirche von England und studiert die christlich-moslemischen Beziehungen in Syrien. Im Dezember 2016 hat er Ost-Aleppo besucht. Dies ist der Bericht seines Besuchs in dem Gebiet vom 14. Dezember, den er auf seiner Facebook-Seite veröffentlichte.

Dieser Text wurde zuerst am 23.12.2016 auf propagandaschau.wordpress.com unter der URL ‹https://propagandaschau.wordpress.com/2016/12/23/aleppo-die-wahrheit-die-sich-der-westen-weigert-zu-berichten/› veröffentlicht. (Lizenz: propagandaschau.wordpress.com)

‹http://www.free21.org/?p=26032›

Denkstoff

Buch-Tipps des free21-Teams



PROPAGANDA (ein Begriff, den er später selbst in „Public Relations" umbenannte) ist Bernays Hauptwerk. Er begründet, warum es von elementarer Bedeutung ist, die Meinung der Massen zu steuern – und erklärt an ganz konkreten Beispielen, wie das geht.
Freimütig berichtet der Freud-Neffe, wie sich über den gezielten Zugriff auf das Unbewusste Waren verkaufen oder gesellschaftlich unpopuläre Maßnahmen durchsetzen lassen. Er schafft damit bis heute gültige Grundlagen für Unternehmens- und Regierungskommunikation und einen Klassiker des 20. Jahrhunderts, der in einer Reihe steht mit Machiavelli und Clausewitz.

Kommentar Marika:
„Ein Buch von 1928 – zeitlos und brandaktuell. Bernays schaffte es, Klaviere an Leute zu verkaufen, die nicht einmal Klavier spielen lernen wollten. Ob Klaviere oder politische Ideen, mit seinen Methoden lässt sich auch heute vieles verkaufen."

Propaganda

Die Kunst der Public Relations
von Edward Bernays (Autor), Klaus Kocks (Vorwort), Patrick Schnur (Übersetzer)

Taschenbuch: 160 Seiten
Verlag: orange-press;
Auflage: 3. (**7. Oktober** 2011)
Sprache: Deutsch
ISBN-10: 3936086354
ISBN-13: 978-3936086355
Größe: 15,1 **x 1,7** x 20 cm

Washington steckt hinter Indiens **brutalem Bargeld-Experiment**

Mit einem Schlag erklärte die indische Regierung am 8. November 2016 die beiden größten Geldscheine und damit über 80 Prozent des indischen Bargelds mit sofortiger Wirkung für ungültig. Worüber erstaunlicher Weise niemand zu reden oder zu schreiben scheint, ist die entscheidende Rolle, die Washington dabei spielte. Dabei wurde sie nur sehr oberflächlich verborgen.

von Norbert Häring

Präsident Barack Obama hat die „strategische Partnerschaft" mit Indien zu einer außenpolitischen Priorität erklärt. Schließlich gilt es China einzuhegen. Im Rahmen dieser Partnerschaft hat die Entwicklungshilfeorganisation der US-Regierung, USAid, ein Kooperationsabkommen mit dem indischen Finanzministerium geschlossen. Dabei geht es auch darum, in Indien und weltweit die Bargeldnutzung zugunsten digitaler Bezahlverfahren zurückzudrängen.

Am 8. November erklärte die indische Regierung überraschend mit einem Schlag die beiden größten Banknoten und damit über 80 Prozent des umlaufenden Bargelds für ungültig. Diese konnten nur begrenzte Zeit auf Bankkonten eingezahlt werden, bevor sie ungültig verfallen. Die Bargeldabgabe durch Banken wurde streng limitiert. Fast die Hälfte der Inder hat kein Bankkonto und sehr viele keine Bank in der Nähe. Die Wirtschaft läuft ganz überwiegend auf Bargeldbasis. Folgerichtig gab es eine extreme Geldknappheit und große Härten vor allem für die ärmeren und ländlichen Bevölkerungsgruppen. Auch im Dezember litten die Menschen noch erheblich unter Geldmangel und den damit einhergehenden Schwierigkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und Essen, sowie nötige Dienstleistungen, etwa von Ärzten und Krankenhäusern zu bezahlen. Allgemein wird davon ausgegangen, dass das Wirtschaftswachstum im vierten Quartal erheblich niedriger gewesen ist, als in den Vorquartalen. Chaos und Betrug regierten auch noch im Dezember.

Bargeldlos (Foto: feuerwerk / pixabay / CCo Public Domain)

Vier Wochen vorher

Nur knapp vier Wochen vor dieser überfallartigen Aktion verkündete USAid die Gründung von „Catalyst: Inclusive Cashless Payment Partnership" um bargeldloses Bezahlen in Indien entscheidend voranzubringen. In der Pressemitteilung vom 14.10. heißt es, diese Initiative „markiert die nächste Phase in der Partnerschaft zwischen USAid und dem indischen Finanzministerium um universelle finanzielle Inklusion voranzubringen". Die Mitteilung taucht in der Liste der Pressemitteilungen von USAid nicht (mehr?) auf – auch nicht, wenn man speziell nach „Indien" filtert. Man muss wohl wissen, dass es sie gibt, oder zufällig beim Googeln darauf stoßen. Diese und andere Pressemitteilungen, die damals langweilig erschienen und kaum jemand interessierten, sind nach dem 8. November sehr viel interessanter - und verräterischer - geworden.

Im Nachhinein wird erkennbar, wenn man die entsprechenden Verlautbarungen liest, dass die Catalyst-Initiative und die Partnerschaft von USAid mit dem indischem Finanzministerium, aus der sie hervorging, nichts anderes waren als Tarnprojekte zur Vorbereitung des November-Überfalls auf die Bürger Indiens. Schon der Name Catalyst lässt im Nachgang die Programmatik deutlich erkennen.

Direktor für Projekt-Inkubation von Catalyst wurde Alok Gupta, bis dahin Chief Operating Officer des World Ressources Institute in Washington, zu dessen größten Geldgebern USAid gehört. Er war Mitglied des ursprünglichen Teams der Unique Identification Authority of India, die das - unter Big-Brother-Aspekten gruselige - biometrische Identifikationssystem Aadhaar entwickelt hat. Nach einem Bericht der indischen Economic Times hat USAid sich verpflichtet Catalyst für drei Jahre zu finanzieren. Wie viel Geld dabei fließt, werde geheim gehalten.

Badal Maluick, CEO von Catalyst war zuvor Vizepräsident des größten indischen Online-Marktplatzes Snapdeal. Er sagte zur Gründung von Catalyst:

Zitat: „Die Mission von Catalyst ist es, multiple Koordinationsprobleme zu lösen, die die Durchdringung von digitalem Bezahlen unter Händlern und unter Konsumenten mit niedrigem Einkommen blockiert haben. (…) Die Regierung hat zwar (…) in einer konzertierten Aktion digitales Bezahlen gefördert, aber es gibt noch das Problem der letzten Meile, wenn es um Akzeptanz bei Händlern geht, und Koordinationsprobleme. Wir wollen diesen Problemen mit einem holistischen Ökosystem-Ansatz begegnen."

Noch zehn Monate vorher

Das hier angesprochene Problem der multiplen Koordination und des robusten Bargeld-Ökosystems wurde zuvor in einem Report herausgearbeitet, den USAid 2015 im Rahmen der Anti-Bargeld-Partnerschaft mit dem indischen Finanzministerium in Auftrag gegeben und im Januar 2016 vorgestellt hat. Die Pressemitteilung dazu ist ebenfalls nicht (mehr?) in der Liste der Pressemitteilungen von USAid enthalten. Titel der Studie war „Beyond Cash".

„Händler und Konsumenten sind in einem Cash-Ökosystem gefangen, das ihr Interesse an (bargeldlosen Verfahren) hemmt", heißt es darin. Mit anderen Worten: Weil wenige Händler bargeldloses Bezahlen anbieten haben wenige Kunden Interesse daran und weil wenige Kunden Karten haben und damit bezahlen wollen, haben wenige Händler Interesse daran. Hinzu kommt: Banken und Zahlungsdienstleister stellen Händlern für die erstmalige Teilnahme Gerätekosten in Rechnung, sodass diese sich scheuen, digitales Bezahlen anzubieten, solange die Nachfrage danach gering ist. Es brauche

Publiziert auf Free21 am 31.01.2016, 15:15 Uhr, von Norbert Häring auf norberthaering.de, Lizenz: Norbert Häring

also einen Impuls von außen, um zu einer Durchdringung mit Karten zu kommen, die gleichzeitig Angebot und Nachfrage nach digitalen Bezahlmöglichkeiten auf ein höheres Niveau hebt.

Der vom Catalyst-CEO angekündigte „Ökosystem-Ansatz" um diesen Impuls zu schaffen, bestand, wie erst im November offenkundig wurde, darin, mit einem Schlag für eine begrenzte Zeit das Bargeld-Ökosystem zu zerstören und danach allmählich trocken zu legen, u.a. über Begrenzung der Bargeldauszahlung. Da die Aktion überfallartig durchgeführt werden sollte, um ihre volle katalytische Wirkung zu entfalten, konnten natürlich weder die veröffentlichte Studie, noch die Catalyst-Gruppe offenlegen, was geplant war. Der raffinierte Trick, mit dem die wahren Pläne getarnt wurden, bestand darin, immer nur regionale Feldversuche anzukündigen. Dies erlaubte es, in aller Offenheit Forschungs- und Vorbereitungsarbeiten voranzutreiben und sogar Expertenanhörungen durchzuführen.

Kartenzahlung (Foto: 3112014 / pixabay / CCo Public Domain)

„Das Ziel ist es, eine Stadt zu nehmen, und dort die digitalen Bezahlvorgänge innerhalb von einem Jahr zu verzehnfachen", sagte Maluick noch am 14. Oktober bei der Vorstellung von Catalyst. Damit sie sich bei ihren Untersuchungen und Vorbereitungen nicht auf eine einzige Stadt beschränken mussten, taten der Beyond-Cash-Bericht und Catalyst so, als würden sie verschiedene Regionen und Städte untersuchen, um dann die für den Feldversuch am besten geeignete Stadt oder Region auszusuchen. Im November stellte sich dann heraus, dass ganz Indien die Versuchsregion für eine globale Initiative sein sollte. „Indien ist an vorderster Front der globalen Bemühungen, Volkswirtschaften zu digitalisieren", hatte US-Botschafter Jonathan Addleton, der Mission Director von USAid in Indien, bei der Vorstellung von Catalyst vier Wochen vorher verklausuliert verkündet.

Die beteiligten Organisationen sind alte Bekannte

Wer sind die Beteiligten an dieser Initiative? „Über 35 wichtige indische, amerikanische und internationale Organisationen haben sich der Initiative von USAid und dem indischen Finanzministerium angeschlossen", schrieb USAid bei der Vorstellung des Beyond-Cash-Berichts. Auf der Website von Catalyst kann man lesen, wer das ist. Es sind im Wesentlichen IT- und Zahlungsverkehrsunternehmen, die am digitalen Bezahlen und mit den dabei anfallenden Nutzerdaten Geld verdienen wollen. Es sind viele alte Bekannte aus dem „Krieg interessierter Finanzkreise gegen das Bargeld" (Bundesbank) dabei, unter anderem die Better Than Cash Alliance, die Gates Foundation, Omidyar Network (eBay), die Dell Foundation, Mastercard, Visa, PMB Metlife Foundation.

Die Better Than Cash Alliance

Die Better Than Cash Alliance, der auch USAid selbst angehört, steht nicht zufällig ganz vorne. Seit 2012 gibt es sie. Ihr Sekretariat stellt der United Nations Capital Development Fund (UNCDP) in New York, was damit zusammen hängen dürfte, dass diese arme kleine UN-Organisation in den beiden Vorjahren einmal die Gates-Stiftung und einmal die Master-Card-Stiftung als größte Spender nennen durfte.

Mitglieder der Gruppe, die für die weltweite Zurückdrängung des Bargelds eintritt, sind die großen US-Institutionen, die am meisten von der Abschaffung des Bargelds profitieren würden, also Visa und Mastercard, sowie die US-Organisationen, die in Büchern über die Geschichte des US-Geheimdienstes besonders häufig vorkommen, wie die Ford Foundation und natürlich USAid, außerdem die US-Großbank Citi, sowie ganz vorne die Bill and Melinda Gates Foundation (Microsoft). Auch das Omidyar Network des eBay-Gründers Pierre Omidyar ist bei den Sponsoren. Fast alle diese Organisationen sind – ebenso wie die Alliance insgesamt – Partner der aktuellen USAid-Initiative gegen das indische Bargeld. Im Grunde ist diese Initiative und das daraus hervorgegangene Tarnprogramm Catalyst nicht viel mehr als eine um indische und sonstige asiatische Unternehmen mit starkem Geschäftsinteresse an Bargeldzurückdrängung erweiterte Better Than Cash Alliance.

Eminenz im Hintergrund: IWF-Chicago Boy Raghuram Rajan

Die Partnerschaft zur Vorbereitung der (vorübergehenden) Bargeldabschaffung in Indien fällt weitgehend zusammen mit der Amtszeit des letzten Präsidenten der indischen Notenbank, Raghuram Rajan von September 2013 bis September 2016. Rajan (53) war vorher und ist jetzt wieder Ökonomieprofessor an der Universität Chicago. Er war von 2003 bis 2006 Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington. (Das hat er gemeinsam mit Ken Rogoff, einem anderen profilierten Kämpfer für die Bargeldabschaffung.) Er ist Mitglied der in Washington angesiedelten Group of Thirty, einer sehr fragwürdigen Organisation, in der sich Vertreter großer privater Finanzinstitute hinter verschlossenen Türen mit dem Spitzenpersonal der wichtigsten Notenbanken abstimmen. Meine schon länger gehegte und formulierte Vermutung, dass die Group of Thirty eine zentrale Steuerungsinstanz des weltweiten Krieges gegen das Bargeld ist, bestätigt sich immer mehr. Die Mitgliedschaft in der illustren Gruppe hat Rajan gemein mit anderen zentralen Figuren der Anti-Bargeld-Kampagne, darunter Rogoff, Larry Summers und Mario Draghi.

Rajan hat alle Aussichten, noch etwas ganz Großes zu werden und daher allen Grund, das Spiel Washingtons gut zu spielen. Er war bereits Präsident der American Finance Association und erster Preisträger von deren Fisher-Black-Preis für Finanzforschung. Auch die hochdotierten Ehrungen Infosys Preis für Wirtschaftswissenschaften und Deutsche-Bank-Preis für Finanzökonomie, sowie den Financial Times/Goldman Sachs-Preis für das beste Wirtschaftsbuch sammelte er bereits ein. Außerdem wurde er zum globalen Inder des Jahres gekürt (NASSCOM), sowie zum Central Banker des Jahres 2015 (Euromoney) und 2016 (The Banker). Er wird als möglicher Nachfolger der schwer angeschlagenen IWF-Chefin Christine Lagarde gehandelt, kann sich aber sicher auch begründete Hoffnungen auf eine andere globale Führungsposition in dieser obersten Preisklasse machen.

Rajan war als Notenbankgouverneur beliebt und angesehen in der Finanzbranche aber trotz seinem marktliberalen Deregulierungsmantra ungeliebt in der produzierenden und konsumierenden Wirtschaft. Das lag vor allem an seinem Hang zu einer restriktiven Geldpolitik mit relativ hohen Zinsen. Wegen zunehmender Kritik aus den Reihen der Regierungspartei hatte er im Juni verkündete, nach September keine zweite Amtszeit mehr anzustreben. Der New York Times sagte er später, er wäre gern noch länger geblieben, aber keine volle Amtszeit, doch darauf habe er sich mit Regierungschef Modi nicht einigen können. Der frühere Handels- und Justizminister Swamy sagte zu Rajans Abtritt, die indischen Industriellen würden sich freuen, und:

Zitat: „Ich wollte ihn weghaben, und ich habe das dem Premierminister gegenüber so deutlich gemacht, wie ich konnte. (…) Sein (Rajans) Publikum war im Wesentlichen westlich und sein Publikum in Indien war die transplantierte verwestlichte Gesellschaft.

Die Leute kamen in Delegationen zu mir um mich zu drängen, etwas zu unternehmen."

Desaster mit Ansage

Wenn Rajan an der Vorbereitung der Bargeldbeseitigungskampagne maßgeblich beteiligt war, woran ich angesichts seiner persönlichen und institutionellen Washingtoner Beziehungen und der zentralen Rolle seiner Notenbank bei der Bargeldversorgung nicht zweifle, dann hatte er guten Grund, dabei im Hintergrund zu bleiben. Es war nämlich keineswegs überraschend, dass die Aktion ein schlimmes Desaster für die große Mehrheit der armen und ärmsten Inder werden würde, denen die vorgebliche finanzielle Inklusion angeblich helfen soll. Schließlich hatten USAid und Partner die Lage intensiv sondiert und zum Beispiel in dem Beyond-Cash-Bericht festgestellt, dass fast 97 Prozent der Transaktionen in Indien mit Bargeld ausgeführt werden und nur 55 Prozent der Bevölkerung ein Bankkonto haben. Selbst von diesen Bankkonten seien nur 29 Prozent „in den letzten drei Monaten" genutzt worden. Nur sechs Prozent der Händler akzeptierten bargeldlose Zahlungen.

All das war also gut bekannt, sodass es nicht überraschen konnte, dass bei dieser Ausgangslage die arme Bevölkerungsmehrheit und die Mehrzahl der kleineren Produzenten und Händler große Probleme bekamen, als man auf einmal das meiste Bargeld für ungültig erklärte. Es zeigte sich deutlich, wie verlogen die Mär von der finanziellen Inklusion durch digitalen Zahlungsverkehr und Verdrängung des Bargelds ist. Gerade für die Armen und Ärmsten in den ländlichen Gebieten gibt es keine Technologie, die ähnlich einfach die Teilnahme aller am Wirtschaftsprozess ermöglicht wie Bargeld.

Aber für Visa, Mastercard und die anderen Zahlungsverkehrs-Dienstleister, die die oft lebens- und existenzvernichtenden Probleme der Bargeldbeseitigung nicht zu tragen hatten, lohnte sich die Aktion natürlich trotzdem. Denn nach dem schrecklichen Chaos, und den Geschäftseinbußen, die jeder erdulden musste, der kein digitales Geld annehmen und verwenden konnte, wird nun natürlich jeder Handeltreibende, der es sich irgendwie leisten kann, Kartenlesegeräte anschaffen. Und die Konsumenten, die nur noch begrenzt Bargeld bekommen, werden ihre Karten endlich benutzen, zur Freude von Visa, Mastercard und der anderen Mitgliedern der erweiterten Better Than Cash Alliance. Und das nicht nur in Indien, denn auch in anderen Ländern erfuhr jeder der Zeitung liest, wie schlimm es sein kann, allein auf Bargeld angewiesen zu sein, wenn die Regierung mit der Finanzbranche gemeinsame Sache gegen die Bevölkerung macht.

Das US-Interesse an der globalen Bargeldbeseitigung

Das Geschäftsinteresse der global dominanten US-amerikanischen Finanz- und IT-Dienstleister ist natürlich ein wichtiger Grund, warum die US-Regierung mit so viel Eifer die Zurückdrängung des Bargelds in anderen Ländern betreibt, aber nicht unbedingt der Wichtigste. Daneben gibt es auch das Überwachungsmotiv, da US-Dienste und US-Firmen den gesamten grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr und annähernd den gesamten Datenstrom mitlesen können. Hinzu kommt, vielleicht noch wichtiger, dass jede Zahlung, die über eine Bank oder einen Zahlungsverkehrsdienstleister abgewickelt wird, dank der internationalen Dominanz des Dollars, die Macht der US-Regierung stärkt, eigenes Recht weltweit anzuwenden. Das auszuführen muss einem späteren Beitrag vorbehalten bleiben. Hier soll zum Beleg der Link auf eine vor kurzem erschienene Reportage der FAZ genügen. Darin wird am Beispiel der Commerzbank und der Angestellten einer im internationalen Leasing-Geschäft tätigen Firma beschrieben, wie wenig es gegebenenfalls nützt, sich im internationalen Geschäft an die heimischen Gesetze und internationale Regeln zu halten, wenn die US-Regierung andere Vorlieben und politische Prioritäten hat. Dergleichen Beispiele gibt es viele. Jede international tätige Bank ist durch die USA erpressbar, weil der Lizenzentzug für das Dollar- und US-Geschäft dem Ruin gleichkommt. Man denke nur an die Deutsche Bank, die monatelang mit dem Finanzministerium der USA darüber verhandeln durfte, ob sie nun 14 Milliarden Dollar Strafe bezahlt und Pleite geht, oder mit sieben Milliarden davonkommt, und es überlebt. Wenn man die größten Banken jedes Landes in die Pleite treiben kann, dann kann man natürlich auch Macht über deren Regierungen ausüben. Diese große Macht über das (digitale) Finanzsystem gibt es schon heute. Je weniger Bargeld es gibt, desto größer und besser gegen Ausweichreaktionen abgesichert ist sie.

Quellen:

Die Presse: Inder stürmen Banken <*http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/5115988/Inder-stuermen-Banken_Chaos-nach-radikaler-Bargeldreform?from=rss&utm_source=dlvr.it&utm_medium=twitter&utm_campaign=diepressecom*>

FAZ.net: Das indische Bargeld-Experiment<*http://www.faz.net/aktuell/finanzen/devisen-rohstoffe/das-indische-bargeld-experiment-14568916.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2*>

USAid: Eröffnung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs in Indien mit Catalyst <*https://www.usaid.gov/india/press-releases/oct-14-2016-usaid-launches-catalyst-drive-cashless-payments-india*>

The Economic Times: Finanzministerium bringt Catalyst für digitale Zahlungen nach Indien<*http://economictimes.indiatimes.com/industry/banking/finance/usaid-finance-ministry-bring-catalyst-for-digital-payments-in-india/articleshow/54854337.cms*>

Globalinnovationexchange.org: Beyond Cash <*https://www.globalinnovationexchange.org/beyond-cash*>

CATALYST <*http://cashlesscatalyst.org*>

Better Than Cash Alliance <*https://www.betterthancash.org*>

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.: Kapitalentwicklungsfonds <*http://www.dgvn.de/un-im-ueberblick/deutschlands-beitraege-zur-finanzierung-des-un-systems/ii-ausgewaehlte-un-fonds-und-programme/ii01-uncdf/*>

Norbert Hering: Skandal um Dragee und die Group of Thirty <*http://norberthaering.de/de/27-german/news/457-draghi-g30-skandal?&format=pdf*>

n-tvde: Die Anti-Bargeld-Connection (Draghi-Summers-Rogoff) <*http://www.n-tv.de/wirtschaft/Draghi-Summers-Rogoff-Die-Anti-Bargeld-Connection-article17197606.html*>

The University of Chicago Booth School of Business: Raghuram Rajan <*http://faculty.chicagobooth.edu/raghuram.rajan/about-me.html*>

The New York Times: Raghuram Rajan sagt, er wird als Leiter der Indischen Zentralbank zurücktreten <*http://www.nytimes.com/2016/06/19/business/head-of-indias-central-bank-says-he-will-step-down.html?_r=0*>

FAZ.net: Wie ein deutscher Unternehmer auf Amerikas Terrorliste geriet <*http://www.faz.net/aktuell/politik/deutscher-auf-usa-terrorliste-wegen-exporten-nach-iran-14552747.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2*>

WELT.de: Deutsche Bank droht US-Regierung mit Systemkollaps <*https://www.welt.de/finanzen/geldanlage/article158527851/Deutsche-Bank-droht-US-Regierung-mit-Systemkollaps.html*>

Deutsche Wirtschaft Nachrichten: Deutsche Bank stimmt Milliarden Strafe in den USA zu <*https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/12/23/deutsche-bank-stimmt-milliarden-strafe-in-den-usa-zu/*>

Autor:

Norbert Häring

ist Wirtschaftsjournalist und Autor populärer Wirtschaftsbücher. Er schreibt für Deutschlands führende Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt. Er ist Mitgründer und Ko-Direktor der World Economics Association.

www.norberthaering.de

Dieser Text wurde zuerst am 01.01.2017 auf norberthaering.de unter der URL ‹http://norberthaering.de/de/27-german/news/746-washington-und-indiens-bargeld#weiterlesen› veröffentlicht. (Lizenz: Norbert Häring)

‹http://www.free21.org/?p=26241›

Die lange Geschichte der **Entmündigung** der Menschen **durch Politik und Presse**

„Demokratie erschöpfte sich darin, dass die Bevölkerung einmal alle vier Jahre dem Handeln der Mächtigen Absolution zu erteilen hatte. Wobei die Stimmverteilung auf die Parteien vollkommen ohne Bedeutung ist, da zwischen ihnen ein fast vollkommener Konsens herrscht. Ob es um soziale Grausamkeiten, Milliarden Euro an Steuergelder zur Bankenrettung, Steuererleichterungen für Reiche und Superreiche oder um den Einsatz deutscher Soldaten in Kriegsgebieten geht, immer herrscht Einigkeit unter den Parteien, lauthals unterstützt und mit enthusiastischem Beifall bedacht von der veröffentlichten Meinung.“ (Zitat von Dok. von der Propagandaschau)

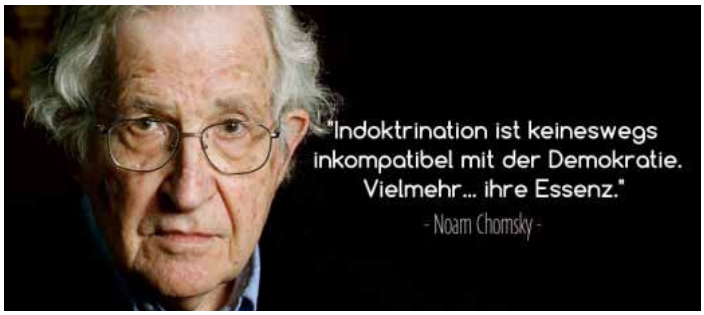
von Wolfgang Jungmann

Die Klagemauer ist lang und hoch. Vor ihr versammelt: Das politische Establishment im Wehklagen vereint mit dem journalistischen Mainstream. Wehrlos sei man ausgeliefert den Cyberattacken, den Fakenews, den gezielten Desinformationen, einer Melange aus linkem und rechtem Populismus und einer zunehmenden Verrohung der Diskussionskultur.

Nun soll hier keineswegs den haltlosen Beschimpfungen und Drohungen bis hin zur Androhung von Mord und Körperverletzung, einschließlich der Familienangehörigen und Freunden der Opfer oder gar von Sachbeschädigungen bis hin zu Brandanschlägen das Wort geredet werden. Solche feigen, weil sich hinter der Anonymität versteckenden Straftaten müssen mit aller Konsequenz verfolgt und strafrechtlich geahndet werden.

Hier geht es mehr um die zunehmende Verrohung und den durch Lügen und Falschdarstellungen sich zusehends vergiftenden politischen Diskurs, nicht nur in Deutschland. Dabei kommt jenen, die da jammern, wehklagen, anklagen und verurteilen, denen, die sich selbst als Elite definieren und diesen Anspruch in der Gesellschaft vehement verteidigen, selbst ein gerüttelt Maß Schuld an den derzeitigen Verhältnissen zu.

Angefangen hat alles in den Regierungszeiten Ronald Reagans in den USA und Margret Thatchers



in Großbritannien mit der Einführung eines Denkverbots:

„There is no Alternative“, war das Lieblings- und zugleich Totschlagargument der „Eisernen Lady“. Das „TINA-Prinzip“, wie es alsbald genannt wurde, war Rechtfertigung und Begründung zugleich für die damaligen Grausamkeiten in der Arbeits- und Sozialpolitik. Es wurde aber auch gern zur Begründung kriegerischer Handlungen, zum Beispiel für den Ausbruch des Falklandkrieges, genutzt. Später bemächtigte sich dann der deutsche Kanzler Gerhard Schröder der sozialen Kaltherzigkeit und des Sozialabbaus und seine Nachfolgerin Angela Merkel dieser Argumentationslinie. In die Amtszeit Merkels fällt dann auch die Wahl des Wortes „alternativlos“ zum Unwort des Jahres 2010.

Mit dem Begriff der Alternativlosigkeit wurde der bis dahin noch mündige Bürger, soweit er sich der Meinung der Politik und weiten Kreisen der Mainstreampresse nicht anschloss, kurzerhand entmündigt und, wenn er sich dann weiter uneinsichtig zeigte, zum Querulanten abgestempelt, der nicht ernst zu nehmen sei. Zu welchen Verwerfungen diese Politik der Kaltherzigkeit, die keinen Widerspruch zuließ, allein im sozialpolitischen Bereich führte – man möge sich an Begriffe wie Ein-Euro-Jobs, Hartz IV, den Begriff des Geringverdieners, des Aufstockers, der Armutsrente erinnern – kann heute in den Ausgabestellen der Tafeln und Tische besichtigt werden.

Von der Presse wurde die Hatz auf die sozial Schwachen, die Verlierer unserer allein am Besitzdenken ausgerichteten Gesellschaft mit Ausdrücken wie Sozialschmarotzer und Geschichten über Yacht-Hans, Viagra-Kalle, Karibik-Klaus, Mallorca-Karin und dem Urvater der angeblichen Sozialbetrüger, Florida-Rolf, geführt.

Von der Bildzeitung entdeckt und quasi getauft, sorgte die Geschichte von Rolf John für Furore und letztendlich sogar zu einer Gesetzesänderung. Der Medienjournalist Kai-Hinrich Renner sagt dazu in einem Beitrag für die „Bundeszentrale für politische Bildung“:

„Die Bundesregierung sah Handlungsbedarf und brachte in Rekordzeit eine Gesetzesnovellierung auf den Weg. Zwar leben keine 1000 Sozialhilfeempfänger im Ausland. Doch bis auf wenige Ausnahmen müssen sie nun nach Deutschland zurückkehren. Für den Steuerzahler wird das ein teures Vergnügen. Er darf nicht nur für den Rücktransport der von ihm alimentierten Auslandsdeutschen aufkommen, sondern muss ihnen voraussichtlich auch einen erhöhten Sozialhilfesatz zahlen. Die meisten Sozialhilfeempfänger haben sich nämlich in Ländern – wie etwa Polen – niedergelassen, in denen das Leben billiger als in Deutschland ist. Da die Höhe der Sozialhilfe sich nach den Lebenshaltungskosten richtet, beziehen sie in der Regel in der Heimat mehr Stütze als in der Fremde.“

Für die Presse waren diese Tatsachen allerdings kein Grund, die Änderung des Gesetzes, das dereinst für Verfolgte des Naziregimes geschaffen wurde, denen man nicht zumuten wollte, im Land ihrer Peiniger zu wohnen, zu kritisieren. Im Gegenteil – die Hetze auf niedrigstem Niveau wurde fortgesetzt: Der „Tagesspiegel“ sonnte sich am 10. März 2004 in einem Artikel mit der Überschrift: „Für ‚Florida-Rolf‘ geht

die Sonne unter – ab April bekommt Deutschlands prominentester Sozialrentner keine Stütze mehr“, im Ruhm journalistischen Machtgehabes:

„Der Einfluss der Presse wird oft überschätzt. Hier nicht: Rolf J., bekannt als ‚Florida-Rolf‘, bekommt ab dem 1. April keinen Pfennig mehr vom Staat. Wie der Tagesspiegel erfuhr, haben die deutschen Behörden dem im sonnigen Miami lebenden 65-jährigen Sozialhilfeempfänger im Februar aufgrund des eigens für ihn erlassenen Gesetzes die Stütze entzogen.“

„Der Spiegel“ widmete Rolf John in jenem denkwürdigen März 2004 gar zwei Artikel. Am 9. März bezeichnete er den Medienhype zumindest als das, was er war – eine Neid-Debatte –, konnte sich einer klammheimlichen Freude jedoch nicht enthalten: „Kein Geld mehr für ‚Florida Rolf‘

So schnell hat es selten in Deutschland eine Gesetzesänderung gegeben. Nur Tage nach der Neid-Debatte in den Medien über das Leben eines deutschen Sozialhilfeempfängers am Strand von Miami wurde das Bundessozialhilfe-Gesetz verschärft. Für ‚Florida-Rolf‘ gibt es ab Ende des Monats kein Geld mehr. „ Auf den Tag eine Woche später, am 16. März, entrüstete sich das Blatt dann aber erneut: „‚Florida-Rolf‘ will Rente statt Stütze. Rolf John, genannt ‚Florida-Rolf‘, der wegen seiner ‚Deutschland-Allergie‘ in den USA lebt und dort Sozialhilfe bezieht, macht sich Sorgen um die Zukunft: Da die Gesetze geändert wurden, bekommt er bald kein Geld mehr. Nun erwägt er eine Rückkehr in die Bundesrepublik – wo er Rente beantragen will.“

Da mochte der „Focus“ mit seinem Beitrag zum „gesunden Volksempfinden“ nicht allzu lange hintenanstehen. Rolf John, so entrüstete sich die Zeitschrift am 26. Mai, wolle nun „erst einmal in Rente gehen. – ‚Nicht zumutbar‘ – Florida-Rolf macht neuen Ärger“, titelte Focus, den Wortlaut des Gutachtens eines Psychologen zitierend, der John bestätigt hatte, ihm könne ein Aufenthalt

Margaret Thatcher in den 80er Jahren, die „eisernen Lady” für die es keine Alternativen gab. Sie hat mit dem TINA-Prinzip in der Tat ein Denkverbot eingeführt (Foto: Rob Bogaerts / Anefo, CC-SA 3.0)

in Deutschland nicht zugemutet werden, und empörte sich dann:

„Der nach Deutschland zurückgekehrte dreiste Sozialhilfeempfänger will offenbar nicht wahrhaben, dass die fetten Jahre vorbei sind.“

Kritische Stimmen wie die des Journalisten Dieter Rulff im Deutschlandradio Kultur, allerdings auch erst nach ein paar Jahren des Nachdenkens, am 2. November 2006 waren selten: „Man machte die Bekanntschaft von Florida-Rolf und wurde mit den Alkoholiker-Karrieren in Hamburg Mümmelmannsberg und den Parallelwelten von Berlin-Neukölln konfrontiert. Man lernte den Zusammenhang von Unterschicht und Fernsehen ebenso kennen wie den von Unterschicht und Übergewicht. Das alles wurde als Symptom eines fehlgeleiteten und fehlleitenden Fürsorgestaates genommen.“

Tonangebend waren Sprüche wie vom damaligen Arbeits- und Sozialminister Franz Müntefering: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“, oder „Leistung muss sich wieder lohnen“, mit der damals die FDP-Politikerin Dr. Silvana Koch-Mehrin (den Doktortitel hatte sich die Dame erschwindelt und musste ihn wieder abgeben) Wahlwerbung für ihre Wahl in das Europaparlament machte. Koch-Mehrin war von 2009 bis 2011 eine der vierzehn Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, musste diesen Posten aber aufgeben, nachdem herausgekommen war, dass sie in den letzten beiden Jahren an keiner der Sitzungen des Petitionsausschusses teilgenommen hatte – der einzige Ausschuss, in dem Koch-Mehrin Mitglied war. 2014 kandidierte sie nicht wieder.

Der Medienkanzler Schröder, der meinte, zum Regieren brauche er nur „Bild, Bams und Glotze“, formulierte den Satz: „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft“, den er seinem Lieblingsmedium, der Bildzeitung, im April 2001 in die Tasten diktierte, und damit eine Agenda in Gang setzte, an deren Ende die Hartz-IV-Gesetzgebung stand und damit die Verarmung und politische Entmündigung weiter Bevölkerungskreise.

Zuvor schon hatte Helmut Kohl, „der Kanzler der Einheit“, wie er sich gern nennen ließ, von der sozialen Hängematte, in der die Deutschen sich gern ausruhten, gesprochen. Ein Bild, dass der Spiegel in seiner Ausgabe 21 im Jahr 2001 auf seinem Titel optisch umsetzte. Zu sehen ist eine Hängematte in den Farben schwarz-rot-gold. Der Text in dicken schwarzen Lettern: DAS SCHWARZ-ROT-GOLDENE HIMMELBETT und etwas kleiner darunter in Rot: Wie faul sind die Deutschen? Drei größere Artikel und einen Eintrag in den „Hausmitteilungen“ widmet das Blatt dem Thema. 16 Redakteure, so die „Hausmitteilungen“, seien eine Woche durch die Republik gereist und diese wussten dann zu berichten, was sich in deutschen Landen „um 11 Uhr“ tut:

„Kurz vor der Mittagspause ist das Land eine geteilte Republik: Die einen arbeiten, besuchen Umschulungskurse oder schreiben Bewerbungen, andere sitzen resigniert im Park, gucken Talkshows oder verbringen ihren Tag mit konzentriertem Nichtstun.“

Eine geteilte Nation – hier die fleißigen Strebsamen, auf der anderen die Nichtsnutze, die sich eingerichtet haben und die die beiden Autoren Konstantin von Hammerstein und Michael Sauga in ihrem Beitrag „Das System aus faul“. sich ein paar Jahrhunderte zurückträumen ließen: „Wer die Arbeit verweigerte, wurde hart bestraft. Er kam in ein Verlies, in das langsam Wasser einlief. Es umspülte die Füße, stieg bis zur Hüfte, hätte innerhalb weniger Stunden zum sicheren Tod geführt.

Der Ertrinkende hatte nur eine Chance, sich zu retten: Eine kleine Pumpe stand da, die ihm helfen sollte. Wenn er kräftig in die Pedale trat, konnte er dem Wassertod entkommen. Am Ende des makabren Schauspiels hatte er überlebt – und zum ersten Mal seit langem wie ein Besessener geschuftet.

So wurde im Europa des beginnenden 17. Jahrhunderts den Faulenzern das Faulenzen ausgetrieben.“ und sie fragten sich: „Wo, bitte schön, sind die Arbeitslosen mit dem Schild vor dem Bauch ‚Ich suche Arbeit jeder Art‘, die man noch von den Schwarzweißfotos aus der Weimarer Zeit kennt?“

Natürlich sehnte sich nicht nur der Spiegel nach Zuständen wie in der großen Depression in den zwanziger und dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts. Auch die „Glotze“, wie Kanzler Schröder das Fernsehen despektierlich nannte, machte mächtig Stimmung.

Genau wie das ehemalige Sturmgeschütz der Demokratie, „Der Spiegel“, zehrte damals und sogar bis in die heutige Zeit das Fernsehmagazin „Panorama“ der ARD von den glorreichen Zeiten, in denen Journalisten vom Schlage eines Gert von Paczensky, Werner Baecker, Eugen Kogon, Joachim Fest, Peter Merseburger oder Winfried Scharlau das TV-Magazin moderierten und Politikgrößen wie der damalige Bundeskanzler Kohl sich weigerten, auch nur mit dem Magazin zu reden, weil ihnen die Berichterstattung zu kritisch erschien. Die Zeiten sind allerdings schon lange vorbei. Heute ist „Panorama“ weichgespült, staatstragend und hat sich eingereiht in den Mainstream.

Am 18. Mai 2000 griff auch „Panorama“ in die Diskussion um die „Sozialschmarotzer“ ein. Gleich in der Anmoderation verhängte die heutige Intendantin des

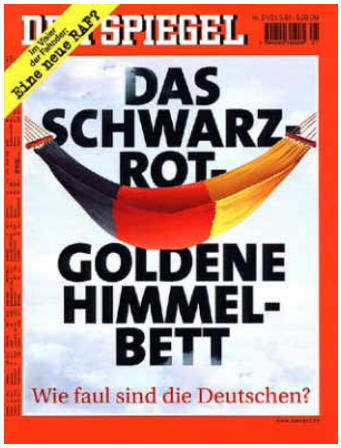
Publiziert auf Free21 am 29.01.2017, 13:47 Uhr, von Wolfgang Jungmann auf http://spiegelkabinett-blog.blogspot.de, Lizenz: W. Jungmann

RBB und damalige Moderatorin, Patricia Schlesinger, der Sendung eine Sippenhaft über die Deutschen: „Der Sozialstaat des rheinischen Kapitalismus beruht auf einem breiten Konsens, abschaffen will ihn ganz sicher niemand. Aber wenn das soziale Netzt flächendeckend als Hängematte benutzt wird, wenn sich viele, zu viele auf Kosten der Allgemeinheit ein bequemes Leben machen und die Regularien der Arbeits- und Sozialämter solchen Missbrauch allzu einfach gestalten, dann erweist sich der Wohlfahrtsstaat als Utopie."

Ganz deutlich wird die politische Stoßrichtung: Neid soll geschürt werden. Mit den dumpffesten Gefühlen der Menschen wird hier Politik gemacht, durch das Bild der Hängematte und die dreiste und durch nichts zu belegende Behauptung, dass sich „zu viele auf Kosten der Allgemeinheit ein bequemes Leben" machten. Aber Panorama nennt auch den angeblichen Grund, „die Regularien der Arbeits- und Sozialämter", die „solchen Missbrauch allzu einfach" gestalteten.

Für jeden Zuschauer ergibt sich aus dieser scheinbar logischen Abfolge nur eine Schlussfolgerung: Die Regularien müssen geändert werden. Und hier hat Panorama dann auch fix ein Rechenbeispiel bereit: den Tischler Andreas Nagel, der es aus eigener Kraft geschafft hat, einen neuen Job zu finden.

Nagels Lebenssituation ist aber eher ein untypisches Beispiel. Er ist Vater von drei Kindern und seine Ehefrau ist nicht berufstätig. In einer Zeit, in der die durchschnittliche Kinderzahl pro Familie weit unter zwei liegt – in Deutschland hatte im Jahr 2000 jede Frau durchschnittlich 1,38 Kinder – und die Frauenerwerbsquote bei 60 %, hat diese Familie nur sehr wenig mit der Wirklichkeit in Deutschland zu tun. Und somit auch die Tatsache, dass Nagel nur 109 Euro?? mehr Nettoarbeitslohn bekommt, als wenn er von Stütze leben würde, hat nur sehr wenig mit der Wirklichkeit in Deutschland zu tun. Bei einer



„Spiegel"-Cover Ausgabe 21/2001

alleinerziehenden Mutter mit nur einem Kind sähe die Rechnung schon ganz anders aus.

Gegen den strebsamen aufrechten Familienvater Nagel setzt Panorama „viele, zu viele", die sich faul von den dummen Fleißigen alimentieren lassen: „Aber viele nutzen einfach die soziale Hängematte des Wohlfahrtsstaates. Liefert das Amt nicht den passenden Job, dann arbeiten sie eben nicht – deutsches Anspruchsdenken." So der namenlose Arbeitslose, der sich zu schade ist, einen anderen Job anzunehmen, als den einmal erlernten, oder pauschal das Gros der Arbeitslosen, die sich einfach drücken: „Angebote werden von Arbeitslosen nicht genutzt. Zu Bewerbungstrainings wie hier werden durchschnittlich dreißig Teilnehmer geschickt. Ein Drittel erscheint erst gar nicht. Und von denen, die kommen, halten auch nicht alle durch. … Viele, die vom Arbeitsamt geschickt werden, kommen nur, weil sie müssen. … Kein wirklicher Arbeitswille." Man wähnt sich in einer anderen Welt. Deutschland, dass weltweit für den Fleiß seiner Menschen, für Arbeitsmoral, Pünktlichkeit und Korrektheit seiner Arbeitnehmer berühmt ist, in Wahrheit ein Land der Drückeberger, Arbeitsverweigerer und Faulpelze?

Dazu noch eine Mentalität des Betrügens, der Skrupellosigkeit, des rücksichtslosen Ich-Denkens. Panorama zitiert stellvertretend für das große Heer der Betrüger und Leistungserschleicher eine Sozialhilfeempfängerin: „Nee, wenn man nicht bescheißt, kommt man nicht mehr durchs Leben, man muss überall, wo man kann, bescheißen. Was andere können, können wir auch. Und das Sozialamt zahlt ja nicht das Geld aus ihrer Tasche, die denken immer, die zahlen das aus ihrer Tasche, aber das machen die ja gar nicht."

Dagegen steht ein Nachtwächterstaat, der Faulheit und asoziales Schmarotzertum auch noch belohnt: „… Und selbst die, die (…) Arbeitsangebote konsequent ablehnen, werden vom Wohlfahrtsstaat aufgefangen. Statt Arbeitslosenunterstützung gibt's dann eben Sozialhilfe. … Von drei Millionen Menschen, die in Deutschland staatliche Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, gilt ein Drittel als arbeitsfähig. Aber vielen fehlt offenbar die Motivation oder der finanzielle Anreiz."

Zum Schaden gereichte dieses Anbiedern an die Mächtigen weder der Moderatorin Patricia Schlesinger noch den beiden Autorinnen Nicola von Hollander und Anja Reschke. Patricia Schlesinger ist heute Intendantin des Senders Radio Berlin Brandenburg (RBB), Anja Reschke, die den Beitrag noch als freie Mitarbeiterin des NDR co-verfasst hatte, wurde im Jahr 2001 in ein festes Arbeitsverhältnis beim NDR übernommen. Heute leitet sie die Abteilung Zeitgeschehen/Fernsehen beim NDR und ist somit die Chefin der Panorama-Redaktion. Nicola von Hollander ist weiterhin für den NDR tätig, schreibt aber auch für andere Medien wie „Die Zeit".

Aber letzten Endes ging es weder dem Spiegel noch Panorama sowie der gesamten veröffentlichten Meinung um Florida-Rolf, Yacht-Hans, Viagra-Kalle, Karibik-Klaus oder Mallorca-Karin noch um Arbeitslose mit einem „Schild vor dem Bauch ‚Ich suche Arbeit jeder Art'". Es ging darum, in der Gesellschaft ein Klima zu schaffen, in dem die geplanten neoliberalen Grausamkeiten ohne große Proteste durchgesetzt werden konnten.

Es ging auch nicht um die Arbeitsmoral der Deutschen oder um deren Benutzung von Hängematten. Die Gesellschaft sollte von Grund auf neu gestaltet werden, die Macht der Gewerkschaften gebrochen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Gefahr des totalen gesellschaftlichen Absturzes bei Arbeitslosigkeit eingeschüchtert werden und die Arbeitslöhne durch ein gewaltiges Heer vollkommen entrechteter Arbeitsloser, die zu jeder Arbeit zu jedweder Bedingung zur Annahme einer Beschäftigung gezwungen werden konnten, zu senken.

Die Funktion der Presse, die sich noch immer gern die vierte Gewalt nach Legislative, Exekutive und Judikative nennt, hatte sich grundlegend geändert. Nach dem Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin hatten alle größeren Presseorgane zumindest Vertretungen in der Hauptstadt errichtet. Die Republik war um ein großes Stück zentraler geworden. Mit dem Umzug entstand in Berlin eine gewaltige Blase, in der sich Politik und Presse bewegten. Man besuchte die gleichen Lokale und Restaurants, man traf sich beim Friseur oder im Fitnessstudio und man teilte die Häppchen und den Sekt bei den kulturellen Veranstaltungen. So verschwammen langsam die Grenzen zwischen den politisch Handelnden und denen, die eigentlich ihrem Selbstverständnis nach diese Handelnden überwachen sollten.

Wie weit die Verbrüderung der Presse mit den Mächtigen ging, konnte man an der Initiative „Du bist Deutschland" ablesen. Die Medienlandschaft hatte sich geschlossen hinter eine Aktion, ins Leben gerufen vom ehemaligen Bertelsmann-Vorstandsvorsitzenden Gunter Thielen, gestellt, die weniger an demokratische Tugenden der Bürger oder eine moderne Gesellschaft als an die aus ruhmreicher Zeit noch lebendig in Erinnerung gebliebene Volksgemeinschaft: „Wir sind 82 Millionen", appellierte. Die Aktion solle eine „Initialzündung einer Bewegung für mehr Zuversicht und Eigeninitiative in Deutschland" sein und für „mehr Selbstvertrauen und

Motivation“ in der Bevölkerung sorgen, schrieben die Initiatoren, zu denen die Fernsehsender ARD, ZDF, Premiere, ProSiebenSat.1 und die RTL Gruppe Deutschland gehörten sowie die Pressehäuser Axel Springer, die Bauer Verlagsgruppe, Hubert Burda Media, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Ganske Verlagsgruppe, Gruner + Jahr, Heise Medien Gruppe, die Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck, Zeitungsgruppe Ippen, die Verlagsgesellschaft Madsack, die Motor Presse Stuttgart, Der Spiegel, Süddeutscher Verlag, WAZ-Mediengruppe und die Zeitungsgruppe Stuttgart.

Die „taz“ postulierte damals, die Kampagne solle den Deutschen klarmachen: „Nicht der Staat ist schuld an deiner Misere, nicht die Perversion eines Wirtschaftssystems, in dem ein Unternehmen fette Gewinne macht und als Konsequenz ein paar tausend Arbeiter entlässt. Nee, Du Nöl-Lappen, Du bist selbst daran schuld. Und Du hast es in der Hand, dein Schicksal und das Schicksal des Landes zu bestimmen. In dem Du das tust, was dir die großen Medienkonzerne befehlen: Gut drauf sein! ... Du musst dich ändern, damit es Deutschland besser geht. Du musst positiv sein. Dann schaffst Du es. Und dabei ist es egal, ob Du eine Klofrau oder ein Millionenverdiener wie Kahn oder Jauch bist!“

Die Alpha-Journalisten, von Natur aus schon mit einem Über-ego ausgestattet, hielten sich nun auch noch für die besseren Politiker. Wenig Verständnis für politische Prozesse in einer Demokratie aufbringend, erschien den Herren des geschriebenen und gesendeten Wortes die politische Meinungsfindung um ein vielfaches zu langatmig.

Redaktionen funktionieren eher wie militärische Befehlsketten. Beispiel hierfür ist die Kehrtwende des Spiegels in seiner Meinung zur Windkraft. Von entschiedenem Befürworten wandelte er sich so eins, zwei, drei hin zur strikten Ablehnung der „Verspargelung der Landschaft“.

Und das kam so: Spiegel-Chefredakteur Stefan Aust nahm im

Website des Gestütes vom ehemaligen Spiegel-Chefredakteur Stefang Aust. (Foto: Screenshot 29.1.17)

Herbst 2003 einen Artikel über die Energieerzeugung durch Windkraft aus dem Blatt und boxte dafür eine Tirade gegen Windräder in den Spiegel. Hintergrund: Aust besitzt ein Gestüt in der Nähe von Stade. In unmittelbarer Nachbarschaft dazu sollten mehrere Windkraftanlagen errichtet werden.

So sieht es aus, in deutschen Redaktionsstuben. Der Chef hat ein Anliegen und die Damen und Herren Redakteure haben gefälligst zu spuren – Befehl und Gehorsam anstatt freier Meinungsäußerung und Selbstverantwortung.

In der Bevölkerung aber nahm das Gefühl der Hilflosigkeit, des Ausgeliefertseins immens zu. „Die da oben“ und „wir hier unten“ teilte die Gesellschaft. Es lohnte sich nicht mehr, sich zu engagieren. Die Übermacht war zu groß. „Die machen ja sowieso, was sie wollen“, war die Einstellung der Mehrheit. Die Mitarbeit in Gewerkschaften und Parteien ging dramatisch zurück ebenso wie die Wahlbeteiligung. Die Entscheidungsträger in Wirtschaft, Politik und in der Presse interessierte das allerdings wenig. Sie hatten einen Dünkel entwickelt, der in den Menschen nur noch eine undefinierbare Masse von Dumpfbacken sah, einzig dazu da um Ja zu sagen und die weisen Entscheidungen der Eliten abzunicken.

Demokratie erschöpfte sich darin, dass die Bevölkerung einmal alle vier Jahre dem Handeln der Mächtigen Absolution zu erteilen hatte. Wobei die Stimmverteilung auf die Parteien vollkommen ohne Bedeutung ist, da zwischen ihnen ein fast vollkommener Konsens herrscht. Ob es um soziale Grausamkeiten, Milliarden Euro an Steuergeldern zur Bankenrettung, Steuererleichterungen für Reiche und Superreiche oder um den Einsatz deutscher Soldaten in Kriegsgebieten geht, immer herrscht Einigkeit unter den Parteien, lauthals unterstützt und mit enthusiastischem Beifall bedacht von der veröffentlichten Meinung.

Diese Melange aus Hilflosigkeit, Ärger und Wut, gepaart mit dem Gefühl von niemandem mehr gehört und ernst genommen zu werden ist ein idealer Nährboden für Verführer und selbsternannte Heilsbringer. Und wieder reagieren die Verantwortlichen aus einer Haltung der Überlegenheit mit Verachtung und Verächtlichmachung. Wer nicht ihrer Meinung ist, wird ausgegrenzt. Wer nicht nach unseren Regeln spielt, der muss raus aus unserem Sandkasten.

Für den Brexit wie für Donald Trump haben die Alten, die Besitzstandswahrer, die Verlierer gestimmt; wer sich für ein friedliches Nebeneinander mit Russland ausspricht, ist ein Putinversteher, wer die Meldungen über den Krieg in Syrien nicht einfach so hinnimmt und die Rolle des Westens hinterfragt, ist ein Troll und ein Freund des „Schlächters Assad“, wer die unselige Siedlungspolitik und die Menschenrechtsverletzungen Israels beklagt, der ist ein Antisemit, wer sich traut, einmal vorsichtig anzufragen, wie konkret Merkels „Wir schaffen das“ denn in der Umsetzung in Städten und Gemeinden, bei den Integrationsbemühungen durch Sprachkurse und Ausbildung aussieht, was dafür getan wird, der ist ein Ignorant und schlimmstenfalls ein Rassist, und wer sich für vernünftige Löhne und soziale Gerechtigkeit einsetzt, ist ein ewig Gestriger, Sozialromantiker und Sozialneider.

Demokratie ist nicht mehr gefragt in einem erneut geteilten Land, geteilt nicht zwischen Ost und West, zwischen kapitalistisch und sozialistisch, sondern zwischen denen da oben und uns hier unten.

Quellen:

[1] **Bundeszentrale für politische Bildung: „Florida-Rolf“ und Bohlens Lebensbeichte: zum Agenda-Setting der „Bild“** *<http://www.bpb.de/veranstaltungen/dokumentation/129708/florida-rolf-und-bohlens-lebensbeichte-zum-agenda-setting-der-bild>*

[2] **Tagesspiel: Für „Florida-Rolf“ geht die Sonne unter** *<http://www.tagesspiegel.de/politik/fuer-florida-rolf-geht-die-sonne-unter/497990.html>*

[3] **Spiegel Online: Kein Geld mehr für „Florida Rolf“** *<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sozialhilfe-kein-geld-mehr-fuer-florida-rolf-a-289809.html>*

[4] **Spiegel Online: „Florida-Rolf“ will Rente statt Stütze** *<http://www.spiegel.de/panorama/sozialhilfe-florida-rolf-will-rente-statt-stuetze-a-290924.html>*

[5] **Deutschlandradio Kultur: Warum das „abgehängte Prekariat“ keinen Anschluss findet** *<http://www.deutschlandradiokultur.de/warum-das-abgehaengte-prekariat-keinen-anschluss-findet.1005.de.html?dram:article_id=158101>*

[6] **Das System aus faul:** *<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-19237398.html>*

[7] **Panorama: Stütze statt Stress - Soziale Hängematte Deutschland** *<http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2000/erste7412.html>*

[8] **Taz: TON, STEINE, BERTELSMANN VON HARTMUT EL KURD** *<http://www.taz.de/!538908/>*

Dieser Text wurde zuerst am 25.1.2017 auf Spiegelkabinett-Blog unter der URL ‹http://spiegelkabinett-blog.blogspot.de/2017/01/die-lange-geschichte-der-entmundigung.html› veröffentlicht. (Lizenz: W. Jungmann)

‹http://www.free21.org/?p=26211›

HSH Nordbank: Bis zu 30 Milliarden Euro Schaden

Bis zu 30 Milliarden Euro Schaden für den Steuerzahler – warum berichtet eigentlich niemand mehr über die HSH Nordbank? Das neue Jahr ist gerade erst ein paar Tage alt und Deutschland debattiert angeregt darüber, ob es rassistisch ist, wenn die Polizei bestimmte interne Kürzel für Nordafrikaner benutzt.

von Jens Berger

Bild: pixabay.com

Haben wir wirklich keine anderen Probleme? Doch, nur dass die meisten dieser Probleme von den Medien totgeschwiegen werden. Nehmen wir doch mal die Finanz- und Bankenkrise als Beispiel. Wann haben Sie das letzte Mal etwas von der HSH Nordbank gehört? Während viele klassische Medien PR-Meldungen der Bank weitergeben, die hart an der Grenze zur vorsätzlichen Falschmeldung sind. Dabei hat die HSH Nordbank doch erst vor wenigen Tagen öffentlich eingestanden, dass sie nun doch die gesamte Garantie der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein in Höhe von 10 Milliarden Euro benötigen wird, was jedoch immer noch nicht das Ende der Fahnenstange sein wird. Dabei wird klar, dass sowohl der Bankvorstand als auch die beiden beteiligten Landesregierungen die Öffentlichkeit vorsätzlich täuschen und fleißig ihr Milliardengrab schaufeln. Warum ist dies keine Schlagzeile wert?

Fassen wir die Vorgeschichte zur HSH Nordbank kurz zusammen: Die ehemaligen Landesväter Peter Harry Carstensen und Ole von Beust (beide CDU) waren vor der Finanzkrise von der Idee beseelt, ihre gemeinsame Landesbank zu einem Global Player im Finanzcasino zu machen. Um die landeseigene Bank profitabel an die Börse zu bringen, trimmten sie sie auf volles Risiko und sorgten damit für einen der unglaublichsten Finanzskandale der jüngeren Zeit. Als die Bank 2009 in der Bugwelle der Finanzkrise Leck schlug, hatte sie ein Schifffahrtsfinanzierungsportfolio in Höhe von rund 33 Mrd. Euro in ihren Büchern, das sich mit dem Beginn der Krise in der Handelsschifffahrt als problematisch herausstellte. Damals gingen die Banker von einer Ausfallquote i.H.v. 1% aus – also von 330 Millionen Euro. Gestützt auf externe Expertisen schätzte ich damals die Ausfallquote eher auf 20%, was rund 6,6 Milliarden Euro Abschreibungen mit sich bringen würde. Heute stellt sich heraus, dass meine Prognose von der Realität sogar noch deutlich überholt wurde. Hinzu kamen krumme Geschäfte hart am Rand der Legalität, wie zum Beispiel der Omega-55-Deal, bei dem man durch dubiose Bilanzmanipulationen die Finanzaufsicht täuschte.

Bereits im Krisenjahr 2009 mussten Hamburg und Schleswig-Holstein drei Milliarden Euro direkt in die Bank stecken und Risiken im Wert von zehn Milliarden Euro durch eine Garantie abdecken. Seitdem werden gute und faule Kredite restrukturiert und zwischen der HSH Nordbank und ihrer Bad Bank HSH Finanzfonds AÖR hin und her geschoben. Zudem liegt man noch im Clinch mit der EU-Kommission, da man in Brüssel die milliardenschweren Zuschüsse aus dem Staatshaushalt natürlich als verbotene Subventionen einstuft.

HSH NORDBANK

Während nahezu alle ernstzunehmenden Experten 2009 von geschätzten Verlusten in Höhe von mindestens zehn Milliarden Euro ausgingen, streute der ehemalige HSH-Chef Dirk Jens Nonnenmacher der Öffentlichkeit fleißig Sand in die Augen: Eine Inanspruchnahme der damals zur Verfügung gestellten Ländergarantie in Höhe von 10 Milliarden Euro sei „nicht überwiegend wahrscheinlich“, wobei man angesichts der seltsamen Formulierung schon damals die Ohren hätte spitzen sollen. Fatal war, dass die Politik nicht den externen Experten traute, sondern den HSH-Bankern und ihren Aufsehern, Finanzpolitikern aus der Region, die mit derlei Finanzvoodoo komplett überfordert waren.

Von Anfang an log man sich selbst in die Tasche, täuschte die Öffentlichkeit und ein Großteil der Medien machte diese Scharade mit. Eine löbliche Ausnahme bildete dabei die bis 2014 für den NDR tätige Finanzjournalistin Dani Parthum, die heute über die deutschen „Bad Banks“ bloggt und der ehemalige Manager und Wirtschaftsminister Schleswig-Holsteins, Werner Marnette, der 2009 sein Amt aus Protest gegen den inkompetenten Umgang der Landesregierung mit der HSH Nordbank kündigte. Und was kam in der Öffentlichkeit an? Schau-

en wir doch zunächst mal in die Pressemitteilungen:

23.03.2012: HSH Nordbank schafft Neuanfang in schwierigem Marktumfeld

11.04.2013: Ausbau des Neugeschäfts bestätigt positiven Trend der HSH Nordbank. Bank für Unternehmer kommt in schwierigem Umfeld gut voran

10.04.2014: Operative Fortschritte in der Kernbank – Garantie stärkt Kapitalquoten. Neugeschäft legt um 12 Prozent zu auf 7,6 Mrd. Euro

01.04.2015: HSH Nordbank mit Jahresgewinn 2014 – starkes Neugeschäft und Kostendisziplin. Gewinn nach Steuern 160 Mio. Euro

09.06.2016: HSH Nordbank steigert 2015 Gewinn – EU-Entscheidung prägt Zahlenwerk

30.06.2016 HSH baut Altkredite in Milliardenhöhe ab – Währungssensitivität sinkt

09.12.2016 HSH rüstet sich für Eigentümerwechsel – Nettogewinn 163 Mio. € nach neun Monaten

Was für eine erfolgreiche Bank, nicht wahr? Werner Marnette hat einmal durchgerechnet, wie hoch der Gewinn der HSH Nordbank denn gewesen sein muss, wenn all die vermeldeten Zahlen wirklich korrekt sind und im Kleingedruckten nicht das Gegenteil steht. Er kommt dabei auf einen Reingewinn von rund zwei Milliarden Euro, den die Bank kumuliert seit 2011 hätte einfahren müssen. In der realen Welt hat die Bank im gleichen Zeitraum jedoch einen Fehlbetrag von 5,23 Milliarden Euro erzielt. Wie passt das zu den Pressemeldungen und warum muss die Bank jetzt eingestehen, dass sie die Garantien in Höhe von 10 Milliarden Euro wohl doch in voller Höhe benötigt, wenn sie doch so tolle Zahlen vorweisen kann, Altkredite abbaut und sogar Nettogewinne einfährt?

Ganz einfach: Die Bank manipuliert ihre Zahlen genau so wie in alten Tagen. Faule Kredite werden taktisch falsch bewertet und die Garantien und Sicherheiten der öffentlichen Hand paradoxerweise als Risikovorsorge gebucht und drehen damit das Ergebnis ins Positive. Politik

HSH Nordbank macht 163 Mio. Euro Gewinn

City – Deutlicher Gewinn bei der HSH Nordbank. In den ersten neun Monaten des Jahres machte die krisengeschüttelte Bank einen Gewinn von 163 Millionen Euro. Im gleichen Zeitraum 2015 waren es nur 24 Millionen. Obwohl die Schiffsmärkte weiter schwierig sind, rechnet die HSH mit schwarzen Zahlen fürs Gesamtjahr. Bis 2018 soll die Bank aufgrund von EU-Vorgaben verkauft werden.

Ausriss BILD Hamburg vom 10.12.2016

und Medien wissen dies freilich, spielen aber nur allzu oft bei der Täuschung mit.

Man wusste bereits 2009, dass die Verluste der HSH Nordbank für die beiden beteiligten Länder noch eine gewaltige Belastung für den Staatshaushalt mit sich bringen werden. Dennoch machte man gute Miene zum bösen Spiel und verharmloste die Gefahren in unzulässiger Art und Weise. Es scheint so, als wollten sich die Regierungen stets nur über den nächsten Wahltermin hangeln und die Altlasten an ihre Nachfolger übergeben. Und zumindest das hat ja geklappt. Aus von Beusts Problem wurde Scholz´ Problem, aus Carstensens Leiche im Keller, Albigs Leiche im Keller. Zumindest für Letzteren könnte der Plan ebenfalls aufgehen, da im Mai in Schleswig-Holstein Wahlen anstehen und ein Regierungswechsel nicht unwahrscheinlich scheint. Und Scholz wird ja immer wieder als neuer Mann für Berlin ins Spiel gebracht. Unwahrscheinlich also, dass er die schlechten Nachrichten zur HSH persönlich verkünden muss. Nach uns die Sintflut.

Und die Kosten bleiben ja ohnehin beim Steuerzahler hängen. Realistische Prognosen gehen mittlerweile von „mindestens 25 Milliarden Euro“ (Werner Marnette) bis 32,4 Milliarden Euro (Überschlagsrechnung basierend auf der Verlustprognose von Peter Nippel, Uni Kiel) aus. Bis zu 30 Milliarden Euro Neuverschuldung für die beiden Länder wären damit ein denkbares Szenario. Rechnen wir das doch mal durch: Hamburg hat 1,8 Millionen, Schleswig-Holstein 2,9 Millionen Einwohner. Macht 8.108 Euro Neuverschuldung pro Einwohner. Ist das kein Grund, auf die Barrikaden zu gehen? Zumindest für die Medien offenbar nicht, die regen sich lieber über „Nafris“ auf und wenn sonst nichts ist, kann man ja immer noch Schauermärchen vom Russen erzählen, der mal wieder vor der Tür steht. Mal schauen, welche Sau als nächstes durchs Dorf getrieben wird. Banker und GroKo-Politiker gehören sicher nicht dazu.

Quellen:

HSH Nordbank nach neun Monaten mit höherem Gewinn *<http://www.zeit.de/hamburg/aktuell/2016-12/09/banken-hsh-nordbank-legt-neun-monats-zahlen-vor-09032010>*

10 Milliarden: HSH braucht gesamte Ländergarantie *<http://www.diedeutschenbadbanks.de/10-milliarden-hsh-braucht-gesamte-laendergarantie/>*

HSH-Nordbank-Prozess – nur die Spitze des Eisbergs *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=18132>*

Finanzbehörde: keine konkreten Infos zu Schiffs-Sicherheiten *<http://www.diedeutschenbadbanks.de/>*

Pressemitteilungen *<https://www.hsh-nordbank.de/de/presse/pressemitteilungen/2016/press_release_overview.jsp>*

Werner Marnette auf Facebook *<https://www.facebook.com/werner.marnette/posts/1490763197611773>*

Fehlbetrag von 5,23 Milliarden Euro *<http://www.diedeutschenbadbanks.de/wp-content/uploads/2016/12/PM_HSH_12.12.2016_Anlage.pdf>*

HSH Nordbank nach neun Monaten mit höherem Gewinn *<https://www.welt.de/regionales/hamburg/article160133733/HSH-Nordbank-nach-neun-Monaten-mit-hoeherem-Gewinn.html>*

So gehen die Milliarden dahin: Schiffe schon 340 Millionen weniger Wert *<http://www.diedeutschenbadbanks.de/so-geht-das-geld-dahin-schiffe-schon-340-millionen-weniger-wert/>*

Autor:

Jens Berger

(1972) hat ein abgeschlossenes Studium der Volkswirtschaftslehre, ist freier Journalist, Wirtschaftsexperte und politischer Blogger der ersten Stunde. Als Redakteur der NachDenkSeiten und Herausgeber des Blogs Der Spiegelfechter schreibt er regelmäßig zu sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.*

Dieser Text wurde zuerst am 04.01.2017 auf den Nachdenkseiten unter der URL <http://www.nachdenkseiten.de/?p=36482> veröffentlicht. (Lizenz: nachdenkseiten.de)

‹http://www.free21.org/?p=26179›

Nach dem Anschlag in Berlin. (Foto: Andreas Trojak, CC BY 2.0)

Einige Fragen zum Anschlag in Berlin

Mehr als 24 Stunden nach dem an Menschenverachtung und Brutalität kaum zu überbietenden Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt wurde bekannt, dass der mutmaßliche Terrorist im Tat-LKW seine Brieftasche „verloren" haben soll, was seine Identifizierung ermöglichte. Ein seltsamer „Zufall". Auch zum geopolitischen Umfeld der Anschläge stellen sich Fragen.

von Paul Schreyer

Verlorene Ausweise sind seit einigen Jahren ein wiederkehrendes Muster bei großen Terroranschlägen in Europa und den USA. Im Zusammenhang mit dem 11. September 2001 wurden insgesamt 4 Pässe von mutmaßlichen Attentätern an den jeweiligen Absturzstellen gefunden (1), einer sogar am Tattag unmittelbar neben dem World Trade Center, dort laut Behördenangaben der Polizei überreicht von einem Mann, der „wegrannte" (2), bevor man seine Personalien aufnehmen konnte. Die Feuerbälle der Flugzeugcrashs, so hatte man fortan zu glauben, sollten gerade diese entscheidenden Identifizierungsdokumente verschont haben, was die Ermittlungen erleichterte.

In jüngerer Zeit ermöglichten von Attentätern mitgeführte bzw. „verlorene" Ausweise unter anderem die Identifizierung der Attentäter beim Charlie-Hebdo-Anschlag im Januar 2015, bei den Anschlägen in Paris vom November 2015 sowie auch beim LKW-Anschlag in Nizza im Juli diesen Jahres. In allen diesen Fällen waren die Täter nach dem Ereignis tot, bei Charlie Hebdo und dem Anschlag von Nizza erschossen von der Polizei. Der mutmaßliche Täter von Berlin wird derzeit noch gesucht.

Ohne den Fund seiner Brieftasche (3), welche wiederum ein Ausweisdokument – einen Duldungsbescheid – enthielt, wäre eine Fahndung mangels Indizien und Kenntnissen zum Täter wohl kaum möglich gewesen. Man hätte bis auf weiteres keinen Täter präsentieren, und damit den Anschlag möglicherweise auch nicht aufklären, geschweige denn politisch nutzen können. Das ist nun, mit der gefundenen Brieftasche, anders.

Ungeklärt bleibt, warum die Fahndung nach dem Mann erst am Mittwoch begann, also mehr als 24 Stunden nach dem Anschlag. Bekanntlich hatte man zunächst einen anderen Verdächtigen festgenommen, der sich aber als unschuldig erwies. Die Brieftasche tauchte offenbar genau in dem Moment am Dienstag auf, als den Ermittlern klar wurde, dass der Festgenommene nichts mit der Tat zu tun hatte – noch ein bemerkenswerter Zufall. Soll man glauben, dass die Brieftasche im Führerhaus (laut Spiegel Online „unter dem Fahrersitz" (4)) bis zu diesem Zeitpunkt unbemerkt geblieben war?

Laut der Berliner Polizei war es so. Ein Sprecher erklärte (5): „Es ist hundertprozentig und eindeutig: Die Berliner Polizei hat erstmals am Dienstagnachmittag im Führerhaus des Lkw Hinweise auf einen tunesischen Tatverdächtigen gefunden." Und weiter (6): „Wir können mit hundertprozentiger Sicherheit sagen, dass es am Montag keinen Anhaltspunkt für den tunesischen Verdächtigen gab." Diese Aussage steht jedoch im Widerspruch zu Äußerungen (7) des Pegida-Gründers Lutz Bachmann, der schon Montag Abend über Twitter verlauten ließ (8), dass ein Informant aus der „Berliner Polizeiführung" ihm mitgeteilt habe, ein Tunesier sei tatverdächtig.

Der nun präsentierte mutmaßliche Täter steht auch insofern für ein bekanntes Muster, als dass er den Sicherheitsbehörden laut Medienberichten „seit geraumer Zeit bekannt" (9) war, von ihnen sogar überwacht (10) wurde und auch ein V-Mann (11) sich in dessen Umfeld bewegte. Der New York Times zufolge hatten ihn außerdem US-Geheimdienste „im Visier" (12). All diese „Zutaten" kennt man von vielen anderen Anschlägen bzw. Anschlagsplänen, insbesondere von der viel zitierten „Sauerlandzelle" (13), wo die Verwicklung diverser Geheimdienste bis heute nur sehr unzureichend geklärt ist.

Nicht jeder Terroranschlag ist ein Angriff „unter falscher Flagge", doch gerade bei den Anschlägen, die sich in westlichen Metropolen ereignen, bleiben regelmäßig erstaunlich viele Fragen offen – ohne dass die Leitmedien diese bislang mit großer Neugier aufgriffen. Auffällig ist in diesem Zusammenhang die zurückhaltende Formulierung der ARD-Tagesschau, wo es in der 20-Uhr-Ausgabe am Mittwochabend hieß, die Duldungspapiere seien „angeblich gefunden" worden. Vielleicht kommt auch manchem Kollegen im Mainstream der immer wieder zu beobachtende Ablauf mit den verlorenen Ausweisen langsam suspekt vor. Die FAZ zitiert (14) in einem aktuellen Artikel den Linken-Politiker Frank Tempel, einen ehemaligen Kriminalbeamten und derzeitigen Vizevorsitzender des Innenausschusses im Bundestag, der im Zusammenhang mit dem Portemonnaie eine „absichtlich falsch gelegte Spur" nicht ausschließt und darauf hinweist dass es „eher ungewöhnlich" sei, „dass ein Terrorist seine Börse samt Ausweispapieren am Tatort hinterlegt".

Zusammenhang zum Syrien-Konflikt?

Eine andere Frage ist die nach dem Zeitpunkt. Warum schlugen der oder die Täter gerade am 19. Dezember zu? Das vorgebliche islamistische Motiv „Hass auf den Westen" hätte auch an jedem anderen Tag des Jahres gegolten. Ein konkreter zeitlich plausibler Anlass für einen islamistisch motivierten Anschlag an diesem Tag ist nicht ersichtlich. Der 19. und der 20. Dezember waren allerdings, unabhängig von Berlin, auf internationalem diplomatischem Parkett sehr turbulente Tage. Nur wenige Stunden vor dem LKW-Angriff ereigneten sich gleich mehrere Ereignisse:

- Der UN-Botschafter Syriens enthüllte (15) vor der Presse die Namen von zwölf westlichen Geheimagenten, die sich zu diesem Zeitpunkt noch in Ost-Aleppo unter den „moderaten Rebellen" versteckt halten würden, unter ihnen vor allem Saudis, aber auch ein Amerikaner, sowie Bürger der Türkei, Israels, Katars, Jordaniens und Marokkos.
- Ein hochrangiger russischer Diplomat wurde in Moskau ermordet (16).

• Der russische Botschafter in der Türkei wurde erschossen (17).

Zumindest letztere Tat steht klar in Beziehung zu einem russisch-iranisch-türkischen Treffen am 20. Dezember, über das die internationalen Leitmedien nun, im Schatten von Berlin, nur am Rande berichteten, obwohl es geopolitisch von kaum zu überschätzender Bedeutung ist. Exemplarisch sei ein Bericht (18) der FAZ vom Dienstag zitiert:

„Mit dem Fall von Aleppo haben Russland und Iran einen strategischen Sieg errungen. Nun treffen sich Minister beider Staaten mit ihren türkischen Amtskollegen in Moskau. Die Vereinigten Staaten bleiben außen vor. (…) Moskau hat zu Syrien-Verhandlungen in einem neuen Format eingeladen: Erstmals werden am Dienstag Russland, die Türkei und Iran an einem Tisch sitzen. In getrennten Runden werden die Außenminister und die Verteidigungsminister der drei Mächte über die nächsten Schritte in dem Kriegsland beraten. Das Treffen ist eine Demonstration der Stärke. In Moskau versammeln sich die drei Mächte, die mit den größten ausländischen Truppenkontingenten in Syrien kämpfen. Gerade erst konnten die Truppen des syrischen Präsidenten Baschar al Assad die Stadt Aleppo zurückerobern – mit Hilfe der russischen Luftwaffe am Himmel und iranischer Milizen am Boden. Russlands Außenminister Sergej Lawrow sprach von den Ländern, die realen Einfluss ausüben und Gebiete kontrollieren. Andere Mächte, vor allem die Vereinigten Staaten, bleiben ausgesperrt."

Für den Westen unter Führung der USA ist das ein scharfer Affront und auch ein diplomatischer Gesichtsverlust. Russland dominiert für alle sichtbar die weitere Politik in Syrien. Präsident Putin ist es sogar gelungen, das NATO-Land Türkei für Gespräche mit ins Boot zu holen, was nicht nur Amerikaner sondern auch deutsche Transatlantiker wie Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, als sehr bedrohlich empfinden (19). Das Treffen in Moskau symbolisiert erkennbar den enormen Machtzuwachs Russlands im Nahen Osten.

Zunächst war Russlands Dreiergipfel für den 27. Dezember angesetzt gewesen (20). Doch am Samstag vergangener Woche verlegte Putin den Termin überraschend um eine Woche vor. Nur zwei Tage später fand dann am Montag zuerst das Attentat auf den russischen Botschafter statt, danach der Anschlag in Berlin. Der Mord am Botschafter durch einen türkischen Polizisten sollte erkennbar Zwietracht zwischen den beiden Staaten säen, was aber nicht gelang.

Sollte auch das Berliner Attentat in Zusammenhang mit Syrien stehen – was derzeit noch spekulativ ist, worauf aber zumindest die enge zeitliche Abfolge hindeutet – dann wäre ein denkbares Erklärungsmuster, dass der Anschlag zum einen Deutschland als wichtige europäische Kraft, aber auch alle Verbündeten, weiter auf Krieg und Konfrontation im Nahen Osten einschwört, und dass der Anschlag zum anderen absehbar für einige Zeit die internationalen Schlagzeilen dominieren würde und dass damit die westliche Schmach des offenkundigen russischen Machtzuwachses und diplomatischen Reputationserfolgs zumindest in den Medien marginalisiert und überdeckt würde. Sollten das einige der Ziele gewesen sein, dann wurden sie zumindest erreicht.

Unabhängig davon, wer dahinter steckt, soll ein Terroranschlag immer eskalieren, Feindschaft anstacheln und natürlich auch die Medien beeinflussen. Um so wichtiger für seriöse politische Schlussfolgerungen sind eine gründliche Aufklärung – die nicht schon zu Beginn zur Farce wird – und kritische Medien, die nicht jeder amtlichen Verlautbarung gleich auf den Leim gehen.

QUELLEN:

1 Gefundene Pässe nach den Abstürzen von 9/11: <http://911blogger.com/news/2006-11-03/complete-911-timeline-managed-paul-thompson-updates-added-november-2-2006>

2 Passübergabe durch anonymen Finder: <http://911blogger.com/news/2011-11-14/fbi-agent-dan-coleman-explains-how-passport-911-hijacker-satam-al-suqami-was-found>

3 Ein Portemonnaie und viele Fragen – FAZ 21.12.2016: <http://www.faz.net/aktuell/politik/anschlag-in-berlin/verdaechtiger-anis-amri-gehoert-zu-salafisten-netzwerk-14586662.html>

4 Polizei fahnet nach verdächtigem Tunesier – Spiegel 21.12.2016: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/anschlag-in-berlin-polizei-sucht-tunesier-a-1126931.html>

5 Was wusste Lutz Bachmann – FAZ 22.12.2016: <http://www.faz.net/aktuell/politik/anschlag-in-berlin/terror-in-berlin-was-wusste-lutz-bachmann-14587347.html>

6 Die Ereignisse vom Donnerstag im Minutenprotokoll – Spiegel 22.12.2016: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/anschlag-in-berlin-polizei-durchsucht-fluechtlingsheim-in-nrw-a-1127100.html>

7 Twitter-Äußerungen von Lutz Bachmann: <https://twitter.com/lutzbofficial/status/810956972401053697?lang=de>

8 Was wusste Lutz Bachmann – FAZ 22.12.2016: <http://www.faz.net/aktuell/politik/anschlag-in-berlin/terror-in-berlin-was-wusste-lutz-bachmann-14587347.html>

9 Das war kein Einzeltäter – Tagesschau 21.12.2016: <http://www.tagesschau.de/inland/schalte-berlin-101.html>

10 Süddeutsche Zeitung: <http://www.sueddeutsche.de/politik/anschlag-auf-berliner-weihnachtsmarkt-was-wir-ueber-den-moeglichen-taeter-und-den-vorfall-in-mailand-wissen-1.3302499>

11 Polizei fahnte nach Tunesier Anis A. – Tagesschau 21.12.2016: <http://www.tagesschau.de/inland/suche-tatverdaechtiger-103.html>

12 Bruder fordert Amri zur Aufgabe auf – Tagesschau 22.12.2016: <http://www.tagesschau.de/inland/anis-amri-109.html>

13 Ferngelenkte Terroristen? – Telepolis 2010: <https://www.heise.de/tp/features/Ferngelenkte-Terroristen-3384836.html>

14 Ein Portemonnaie und viele Fragen – FAZ 21.12.2016: <http://www.faz.net/aktuell/politik/anschlag-in-berlin/verdaechtiger-anis-amri-gehoert-zu-salafisten-netzwerk-14586662.html>

15 Syrischer UN-Botschafter nennt vor Sicherheitsrat Namen der NATO-Offiziere und Agenten in Ostaleppo – RTdeutsch.com 20.12.2016: <https://deutsch.rt.com/kurzclips/44481-syrischer-un-botschafter-nennt-nato-agenten-aleppo/>

16 Russischer Diplomat in Moskau ermordet – Independent.co.uk 20.12.2016: <http://www.independent.co.uk/news/world/europe/russian-diplomat-found-dead-moscow-before-ambassador-turkey-assassin-andrei-karlov-a7486546.html>

17 Attentat gegen russischen Botschafter – RTdeutsch.com 21.12.2016: <https://deutsch.rt.com/der-nahe-osten/44542-attentat-in-ankara-ubersicht/>

18 Russland, Iran und Türkei beraten sich zu Syrien – FAZ 20.12.2016: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/syrien-krise-russland-laedt-iran-und-tuerkei-zum-gespraech-14583663.html>

19 Sorge über russisch-türkisches Bündnis im Syrien-Konflikt – Deutsche Welle 18.12.2016: <http://www.dw.com/de/sorge-%C3%BCber-russisch-t%C3%BCrkisches-b%C3%BCndnis-im-syrien-konflikt/a-36815959>

20 Russland, Türkei und Iran planen Treffen zu Syrien – FAZ 17.12.2016: <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/russland-tuerkei-und-iran-bestaetigen-baldiges-treffen-zu-syrien-14579075.html>

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für Telepolis und die NachDenkSeiten. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller. Paul Schreyer lebt in Mecklenburg-Vorpommern.

paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst auf Nachdenkseiten.de unter der URL <https://paulschreyer.wordpress.com/2016/12/22/einige-fragen-zum-anschlag-in-berlin/> veröffentlicht. Lizenz: Paul Schreyer

<http://www.free21.org/?p=26002>

Was **Obama** aus **Afrika** gemacht hat

Zum Ende von Barack Obamas Amtszeit müssen viele verschiedene Bilanzen erstellt werden. Wie gewohnt, gibt es dabei meist keinen Fokus auf Afrika. Dabei hat der erste afroamerikanische US-Präsident die Eskalation auf dem afrikanischen Kontinent vorangetrieben wie kein anderer. Aus dem Schatten heraus hat der US-Imperialismus Afrika wieder voll im Griff.

Emran Feroz

Der Schattenkrieg des Weißen Hauses umfasst mittlerweile fast fünfzig afrikanische Staaten. Geografisch betrachtet, erfasst dieses Kriegsgebiet, welches offiziell keines ist, die Größe der Vereinigten Staaten, Europas, Chinas und Indiens. Laut der US-Regierung befindet man sich in Afrika nicht im Krieg.

Ein Teil dieser Kriege wird zum Beispiel von US-amerikanischen Drohnen geführt. Abseits jeglicher Öffentlichkeit wurde der Drohnen-Krieg auf Afrika vor wenigen Wochen massiv ausgeweitet. In Tunesien wurden sowohl unbemannte Flugzeuge als auch amerikanisches Militärpersonal verlegt. Vorläufiges Ziel: Spionagemissionen in Libyen, jenem Land, welches seit der NATO-Intervention im Jahr 2001 als „failed state" schlechthin gilt und mittlerweile von zahlreichen extremistischen Gruppierungen, unter anderem auch vom IS, heimgesucht wird. Hinzu kommt noch die Tatsache, dass Libyen seit letztem August abermals vom US-Militär bombardiert wird. In der Region um die Küstenstadt Sirte fanden in den letzten vier Monaten über 400 Luftangriffe statt. (The Intercept / New York Times)

Das Pentagon lässt offen, ob

Misrata, Libyen 2011. (Foto: mojomogwai / flickr / CC BY-NC-ND 2.0)

in naher Zukunft auch bewaffnete Drohnen in Libyen zum Einsatz kommen. Der Drohnen-Standort Tunesien ist hierbei lediglich als eine weitere strategische Erweiterung des Pentagons auf dem afrikanischen Kontinent zu betrachten. Weitere Drohnen-Basen lassen sich im Niger und in Dschibuti finden. Eine Basis in Äthiopien wurde Anfang 2016 geschlossen. (BBC)

Ein mutmasslicher Terrorist und mehrere andere sind bei dieser Gelegenheit in 2014 ums Leben gekommen. (Foto: Reuters)

Washingtons Rhetorik ist in diesem Kontext ein weiteres Mal bezeichnend. So heißt es etwa seitens der US-Regierung, Tunesien könne als „junge Demokratie" eine wichtige Rolle im „Krieg gegen den Terror" in der Region spielen. De facto ist allerdings die geografische Lage des Landes von Bedeutung. Alle anderen Drohnen-Basen in Afrika liegen für Operationen in Libyen zu weit entfernt. (Washington Post)

Zunahme um 200 Prozent

Der Drohnen-Krieg in Afrika ist nur ein Aspekt des amerikanischen Schattenkrieges auf dem Kontinent. Unter Barack Obama hat dieser Schattenkrieg einen noch nie dagewesenen Höhepunkt erreicht. Abgesehen von Drohnen-Angriffen haben Spezialmissionen von Bodentruppen, „klassische" Luftangriffe und der Aufbau lokaler Armeen und Milizen zugenommen – und zwar um ganze 200 Prozent laut dem amerikanischen Journalisten Nick Turse, einem der besten Kenner auf diesem Gebiet.

Obama macht selbst in den letzten Monaten seiner Amtszeit deut-

Zerstörter Panzer in Libyen. (Foto: mojomogwai/lickr/CC BY-NC-ND 2.0)

lich, dass er an dieser Strategie festhalten möchte. Dies wurde vor Kurzem etwa durch die Ausweitung weiterer Befugnisse von Spezialkräften des US-Militärs deutlich. Die Begründung: „Militante Kämpfer" müssen weltweit „effektiver" gejagt werden.

Konkret geht es hier um die elitäre Kommandoeinrichtung Joint Special Operations Command (JSOC). Gegenwärtig führt JSOC weltweit, unter anderem auch in Afrika, zahlreiche Operationen aus. Aufgrund ihrer klandestinen Natur verlieren US-Offizielle nur ungern ein Wort über die Kommandoeinrichtung. Fakt ist allerdings, dass sie unter der Obama-Administration zu einem bedeutenden Instrument im Schattenkrieg geworden ist. (Washington Post)

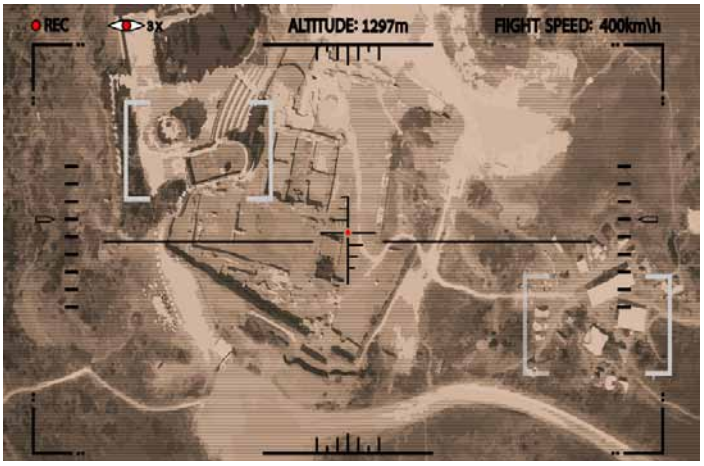
Ein medial nahezu unbeachteter Faktor ist diesbezüglich vor allem die Bewaffnung lokaler Armeen, die im Laufe der letzten Jahre zahlreiche Menschenrechtsverbrechen begangen haben. Ein Beispiel hierfür ist etwa die nigerianische Armee, die seit Jahren vom Pentagon ausgebildet und durch Geld und Waffen unterstützt wird. In den letzten Jahren gingen nigerianische Soldaten immer brutaler im Kampf gegen die extremistische Gruppierung Boko Haram vor, was unter anderem letztendlich dazu geführt hat, dass aus der kleinen Sekte eine brutale Terrorgruppe, die eine Bedrohung für die gesamte Region darstellt, wurde. Einfach ausgedrückt: Die Brutalität der Armee hat noch mehr Menschen in die Arme der Extremisten getrieben und die Schimäre wachsen lassen.

Ähnliches ist auch bei anderen afrikanischen Armeen der Fall. Die Menschenrechtsverbrechen der kongolesischen, kenianischen, äthiopischen oder ugandischen Armee wurden in den letzten Jahren immer wieder von zahlreichen Menschenrechtsorganisationen ausführlich dokumentiert. All diese Armeen werden ausgiebig von den Vereinigten Staaten unterstützt. Sie werden sowohl ausgebildet als auch bewaffnet und aufgerüstet, um dann als verlängerte Arme des Pentagons in der Region agieren zu können.

Fallbeispiel Somalia

Ein Paradebeispiel der Folgen einer solchen Politik ist Somalia – der führende „failed state" in der Region. Das Land könnte ein Schauplatz aus einem dystopischen Kriegsfilm sein. In Somalia herrscht nämlich je nach Sicht des Betrachters niemand oder jeder. Von einer Regierung kann praktisch keine Rede sein. Mehrere Akteure haben das Sagen und bekämpfen sich stets gegenseitig. Dazu gehören etwa die offiziellen, somalischen „Sicherheitskräfte", extremistische Gruppierungen wie Al-Shabab, schwer bewaffnete Milizen und zum Teil sogar Piraten. Um das ganze Chaos noch abzurunden, kommt die US-Armee hinzu, die in Somalia ebenfalls sehr aktiv ist, etwa durch regelmäßig stattfindende JSOC-Operationen oder Drohnen-Angriffe. Durch die jüngst erteilten Befugnisse des Weißen Hauses könnte JSOC in Somalia sogar vollständig unilateral handeln.

Ähnlich verhält es sich auch mit den Drohnen-Angriffen des Weißen Hauses, die dank der aktuellen „Reformen" weiterhin stattfinden können. Diesbezüglich behauptet die US-Regierung seit Jahren – wie in allen anderen Fällen – sie würde in Somalia lediglich „Terroristen", sprich, Mitglieder von Al-Shabab liquidieren. In der Vergangenheit wurde allerdings oftmals deutlich, dass auch Zivilisten getötet wurden. Im vergangenen März wurden mindestens 150 Menschen durch mehrere Drohnen-Angriffe getötet. Laut der US-Administration wurden „somalische Terroristen"



Luftaufnahme vom Angriff auf „somalische Terroristen" bzw. „mutmaßliche Extremisten".

und „mutmaßliche Extremisten" getötet. Von vielen Medien wurden diese Angaben kritiklos übernommen. De facto ist allerdings bis heute nicht klar, wer die Opfer gewesen sind. (The Intercept)

Daten aus Somalia sind jedoch stets rar. Es gibt weder eine funktionierende Regierung noch eine Medienlandschaft. Auch in der westlichen Berichterstattung spielt das Land praktisch keine Rolle. Für die US-Regierung sind diese Umstände ideal. Sie kann in Somalia vorgehen, wie sie will und sich jeglicher Verantwortung entziehen. Selbiges gilt auch für Deutschland.

Eine Schlüsselrolle, sowohl im Drohnen-Krieg als auch in anderen Operationen in der Region, spielt Stuttgart. Seit 2008 liegt dort die Zentrale von US AFRICOM (United States Africa Command). Von Stuttgart ausgehend werden demnach alle US-Militäroperationen auf dem afrikanischen Kontinent koordiniert – und von der Bundesregierung weiterhin wie gewohnt ignoriert respektive toleriert.

Autor:

Emran Feroz

Journalist. Blogger. Gehöre weder einer Partei, noch irgendeiner anderen Gruppierung an. Er betreibt seinen eigenen Blog mit Schwerpunkte Politik, Naher & Mittlerer Osten, Migration, Europa & die islamische Welt

https://pakhtunkhwa911.wordpress.com

Quellen:

The Intercept: US says new bombing campaign against ISIS in Libya has no "end point at this particular moment" *<https://theintercept.com/2016/08/01/u-s-says-new-bombing-campaign-against-isis-in-libya-has-no-end-point-at-this-particular-moment/>*

New York Times: Obama Expands War With Al Qaeda to Include Shabab in Somalia *<http://www.nytimes.com/2016/11/27/us/politics/obama-expands-war-with-al-qaeda-to-include-shabab-in-somalia.html?_r=1>*

BBC News: US shuts drone base in Ethiopia *<http://www.bbc.com/news/world-africa-35220279>*

Washington Post: U.S. has secretly expanded its global network of drone bases to North Africa *<https://www.washingtonpost.com/world/national-security/us-has-secretly-expanded-its-global-network-of-drone-bases-to-north-africa/2016/10/26/ff19633c-9b7d-11e6-9980-50913d68eacb_story.html?postshare=8011477567524369&tid=ss_tw>*

Washington Post: Obama administration expands elite military unit's powers to hunt foreign fighters globally *<https://www.washingtonpost.com/news/checkpoint/wp/2016/11/25/obama-administration-expands-elite-military-units-powers-to-hunt-foreign-fighters-globally/?wpisrc=al_alert-COMBO-world%252Bnation>*

The Intercept: Nobody Knows the Identities of the 150 People Killed by U.S. in Somalia, but Most Are Certain They Deserved It *<https://theintercept.com/2016/03/08/nobody-knows-the-identity-of-the-150-people-killed-by-u-s-in-somalia-but-most-are-certain-they-deserved-it/>*

Helfen Sie uns bitte bei unserer Arbeit mit einer Spende!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Dieser Text wurde zuerst am 08.12.2016 auf den Nachdenkseiten unter der URL <http://www.nachdenkseiten.de/?p=36173> veröffentlicht. (LizenZ: CC-BY-2.0)

‹http://www.free21.org/?p=25992›

Publiziert auf Free21 am 23.12.2016, 08:35 Uhr, von Emran Feroz auf Nachdenkseiten, Lizenz: CC-BY-SA

Oval Office, Nixon und Mobutu Sehe Sekt von Zaire (Foto: Jack E. Kightlinger, White House photographer / gemeinfrei)

Der **Fluch** des **Reichtums**

Afrika ist ein Kontinent, der äußerst reich ist an Rohstoffen, wie Erdöl, Gold und Diamanten. Hier befinden sich auch die bedeutendsten Vorräte von Uran, Kupfer, Eisenerz, Bauxit und Coltan, das immer mehr für die Massenproduktion von Handys gebraucht wird. Die Frachtladungen dieser Produkte gehen hauptsächlich nach Nordamerika, Europa, vermehrt auch nach China.

von Jean Feyder

Tom Burgis Buch „Fluch des Reichtums“ zeigt, wie diese Naturschätze von multinationalen Unternehmen ausgebeutet werden, von in Steueroasen registrierten Konzernen, aber auch, zunehmend von mächtigen, chinesischen Gesellschaften, die all diese Produkte für den riesigen chinesischen Markt erobern und sichern wollen.

Die systematische Plünderung all dieser Reichtümer erfolgt in Zusammenarbeit mit einflussreichen Mitgliedern afrikanischer Regierungen und deren Hintermännern. Sie basiert auf diskreten Komplizenschaften, auf geheimen Abmachungen, auf mafiösen Geschäftsverbindungen und Schmugglernetzen. Es geht um regelmäßige Bestechung, um private Bereicherung auf Kosten der Bevölkerung, die weiterhin arm bleibt. Die an den neuen Imperien beteiligten Regierungen legen nationalen Institutionen oder Parlamenten in keiner Weise Rechenschaft über ihr Tun ab.

Diese Ausbeutung begann schon vor der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten, als Shell bereits Erdöl aus dem Boden Nigerias pumpte. Sie hat eine lange Tradition, die in die Kolonialzeit zurückgeht und auf „Helden“ wie Cecil Rhodes in Südafrika oder König Leopold II. im früheren Belgisch-Kongo.

Wie vernichtend kann Freihandel sein? 300 000 Nigerianer verloren ihre Arbeitsplätze in der Textilindustrie durch Billigimporte aus China, die skrupellose, einheimische Millionäre über Schmuggelwege organisierten. Eine halbe Million Bauern war gezwungen, die Baumwollproduktion aufzugeben, die für die einst bestehenden 175 Textilfabriken bestimmt war. Heute leben in Nigeria fast zwei Drittel der Bevölkerung von weniger als 1,25 Dollar am Tag. Kein Wunder, wenn dann arbeitslose Jugendliche sich von Terrororganisationen wie Boko Haram anziehen lassen. Nigeria erlebt keinen Boom, wie solide Wachstumsraten vortäuschen, sondern einen Abstieg in die Armut. Im Nigerdelta in Nigeria haben sich Milizen und Verbrecherbanden organisiert und gleichzeitig schließt die Ölfirma Shell dubiose, dunkle Geschäftsvereinbarungen mit der Regierung ab. Oft kommt es zu gewalttätigen Konflikten, wenn sich die lokale Bevölkerung gegen diese Beraubung und gegen die Umweltverschmutzung durch Erdöl zur Wehr setzt.

Vieles läuft über einflussreiche Mittelsmänner wie den Chinesen Sam Pa, Präsident des für Infrastrukturarbeiten zuständigen Unternehmens namens China International Fund und Leiter der mächtigen Queensway-Gruppe, die sowohl in Hongkong als auch in Singapur angesiedelt ist. Er half in Angola etwa bei der Gründung der „Futungo GmbH“, die einen Machtkomplex im Ölbereich aufbaute, hinter dem sich private Händler und Mitglieder der Regierung und der Armee verstecken.

Im Osten des Kongos hat der Coltanhandel zur Finanzierung lokaler Milizen und ausländischer Armeen beigetragen, die seit zwei Jahrzehnten dieses Gebiet terrorisieren und zu einem Schauplatz unzähliger lokaler Kriege verwandelt haben. Nur ein kleiner Anteil der Milliarden Dollar, die die Bergbauindustrie im Kongo an Einkünften generiert, fließt in den mageren Haushalt dieses Landes.

Dennoch gibt es auch Lichtblicke: Wenn zum Beispiel in Guinea der neu gewählte Präsident Alpha Condé Verträge im Eisenerzbereich, die seine Vorgänger, brutalste Diktatoren, mit korrupten rivalisierenden Potentaten und Bergbaugesellschaften abgeschlossen hatten, überprüfen und zum Teil auffliegen lässt. Wenn Niger, eines der ärmsten Länder Afrikas, im Erdölsektor Geschäftsverbindungen mit China aufnimmt und so seine Wirtschaftsbeziehungen diversifizieren und die einseitige Abhängigkeit von Frankreich abschwächen kann. Wenn in den letzten Jahren zwei Drittel der afrikanischen Ausgaben für Infrastruktur durch China finanziert und zum großen Teil auch von China gebaut werden. Und wenn beispielsweise in Angola zwischen 2002 und 2012 jährlich 15 Milliarden Petrodollar in Verträge für den Bau von Straßen, Wohnungen, Eisenbahnlinien und Brücken investiert wurden.

Auch auf Südafrika, Ghana, Simbabwe und die Weltbank wirft der Autor Tom Burgis sein eindringliches Scheinwerferlicht. Als Auslandsreporter für die Financial Times reiste er im Verlauf mehrerer Jahre in all diese Länder und kennt die dortigen Verhältnisse aus eigener Erfahrung. Er trat vor Ort sowohl mit einer Reihe von Hauptakteuren wie mit kritischen Beobachtern in Kontakt und konnte sich so ein kohärentes Bild über meist versteckte Geschäftsverbindungen machen, wie auch über die sozialen Missstände. Der „Fluch des Reichtums“ ist ein vielseitiges und gut recherchiertes Buch, das jedem an Afrika, Entwicklungspolitik und internationalen Beziehungen interessiertem Leser nur zu empfehlen ist.

Quellen:

Buch, Der Fluch des Reichtums, Tom Burgos, Westendverlag 2016 *<https://www.westendverlag.de/buch/der-fluch-des-reichtums-ebook/>*

Tom Burgos auf Facebook *<https://www.facebook.com/profile.php?id=100008502166952>*

Financial Times, Queensway Group, Bestechungsaffaire Guineas Minister *<https://www.ft.com/content/ab829b86-c1f6-11e6-81c2-f57d90f6741a>*

United Nation, Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) *<http://unctad.org/Sections/wcmu/docs/ECOSOC2010_Feyder_en.pdf>*

Autor:

Jean Feyder

ist luxemburgischer Diplomat und war Ständiger Vertreter Luxemburgs bei der WTO in Genf, zuvor Direktor für Entwicklungszusammenarbeit beim Außenministerium in Luxemburg. Seit 2006 ist er bei der WTO außerdem Vorsitzender des Komitees für die am wenigsten entwickelten Länder der Welt (Least Developed Countries, LDC), einer Gruppe von 50 Ländern, die häufig auch als Vierte Welt bezeichnet wird.

Dieser Text wurde zuerst am 21.12.2016 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=36383› veröffentlicht. (Lizenz: Jean Feyder)

‹http://www.free21.org/?p=26238›

„It's a leak, not a hack!"

Hat der laufende Irrsinn seit der Trump-Wahl irgendwie den Turbo eingelegt ?

von Mathias Broeckers

Es scheint so, denn anders als mit einem bizarren Hyper-Modus kann man kaum erklären, was Medien und Politik derzeit produzieren: Großwarnungen vor dem „postfaktischen Zeitalter" und „Fake News" einerseits – bei gleichzeitig permanenter Großproduktion derselben durch Verbreitung der Verschwörungstheorie, dass die US-Wahlen durch russische Hacker manipuliert worden seien. Dass die von Wikileaks publizierten emails der demokratischen Parteizentrale Hillary Clinton geschadet haben ist zwar ziemlich sicher, aber weder handelte es sich dabei um „Fakes" – keines der von Wikileaks seit zehn Jahren publizierten Dokumente hat sich bisher als Fälschung erwiesen – noch liegt bis heute irgendein Beleg vor, dass die Daten gehackt wurden, dass es sich bei den Hackern um russische Staatsbürger handelt und dass sie gar im Auftrag ihrer Regierung gehandelt haben. Die gesamte story beruht einzig auf Behauptungen von anonymen „senior officials" der CIA und „17 US intelligence agencies", doch selbst wenn es nächste Woche alle 24 Schlapphut-Dienste der USA wären und nochmal hunderte Artikel und Sendungen mit demselben Geschwalle durchgenudelt werden, wird es davon nicht wahrer. Dass der Kreml bestreitet, mit der Sache zu tun zu haben – geschenkt; dass Julian Assange mehrfach klargestellt hat, dass die Quelle der Mails keine russische sei, ist dagegen schon deutlich schwerwiegender, zumal wenn ein weiterer, sehr glaubwürdiger Zeuge – der Universiätsprofessor und ehemalige britische Botschafter in Usbekistan Craig Murray – Assanges Aussage explizit bestätigt. Murray hat die Quelle der DNC-Mails persönlich getroffen und sagte es sei ein Insider gewesen. Der „Guardian" brachte dieses Zitat Murrays am Sonntag für drei Stunden auf

der Startseite, um den Artikel dann schnell mit einem „passenden" zu ersetzen, der die Russenstory weiterspinnt. Craig Murray sagte:

„I've met the person who leaked them, and they are certainly not Russian and it's an insider. It's a leak, not a hack; the two are different things. If what the CIA are saying is true, and the CIA's statement refers to people who are known to be linked to the Russian state, they would have arrested someone if it was someone inside the United States. America has not been shy about arresting whistleblowers and it's not been shy about extraditing hackers. They plainly have no knowledge whatsoever."

Craig Murray war 2004 von seinem Job als Botschafter zurückgetreten, nachdem er den massenhaften Herointransport über die afghanisch-usbekische Grenze dokumentiert hatte, die Blair-Regierung aber nicht dagegen einschritt, weil sie ihren Warlord General Dostum damit finanzierte (in „Die Drogenlüge" habe ich ausführlich darüber geschrieben) – der Mann kennt sich aus im „deep state". Ebenso wie Edward Snowden, der schon im Juli mitteilte, dass die NSA den DNC-Hack durchaus attributieren kann, also weiß wohin die Datenpakete gegangen sind. Ein weiterer NSA-Whistleblower, William Binney, sagte dasselbe.

Diese namhaften Zeugen und Sachverständigen müssen nicht zwingend recht haben, aber vertrauenswürdiger als die notorisch anonymen „senior officials" der CIA sind sie allemal. Und wenn selbst schon der für ein Ministeramt im Trump-Team gehandelte Neocon (und somit False Flag Spezialist) John Bolton laut „False Flag" ruft, sollte man den russsischen Hack definitiv in die Tonne treten. Aber nein, die Spindoktoren sind im Hyper-Mode und stricken das Garn jetzt auch nach Europa und Deutschland weiter: der böse Dr.Putin und seine Cyberarmeen planen auch hier den Umsturz. „Es ist schon jetzt absehbar, dass von Russland gesteuerte Online-Medien Fehldeutungen und Falschinformationen verbreiten. Das ist die Spitze des Eisbergs. Damit soll unser Land destabilisiert und die AfD gestärkt werden. „ Nötig seien „Qualitätsmedien", so FDP-Chef-Lindner. Letzterem stimmen wir vollen Herzens zu, sobald dieselben aufhören, uns nicht nur permanent Fehldeutungen und Falschinformationen zuzumuten, sondern auch 100-prozentigen Bullshit wie diesen Russenhack für „Qualität" halten.

Quellen:

Craig Murray: The CIA's Absence of Conviction *<https://www.craigmurray.org.uk/archives/2016/12/cias-absence-conviction/>*

The Guardian: CIA concludes Russia interfered to help Trump win election, say reports *<https://www.theguardian.com/us-news/2016/dec/10/cia-concludes-russia-interfered-to-help-trump-win-election-report?CMP=share_btn_tw>*

MailOnline: Britain is protecting the biggest heroin crop of all time *<http://www.dailymail.co.uk/news/article-469983/Britain-protecting-biggest-heroin-crop-time.html>*

Washingtonsblog.com: How To INSTANTLY Tell If Russia Hacked the Election *<http://www.washingtonsblog.com/2016/12/tell-russia-hacked-election.html>*

n-tv: Bolton spricht von einer „false flag" *<http://www.n-tv.de/politik/Bolton-spricht-von-einer-false-flag-article19309241.html>*

Handelsblatt: Könnten Hacker die Bundestagswahl beeinflussen? *<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/russland-und-die-us-wahl-koennten-hacker-die-bundestagswahl-beeinflussen/14965422.html>*

Autor:

Mathias Bröckers

geboren 1954 ist ein deutscher freier Journalist, der vorallem für die taz und Telepolis schreibt. Ab 2001 hat er mehrere Bücher über den 11. September geschrieben.

www.broeckers.com

Dieser Text wurde zuerst am 12.12.2016 auf dem Blog von Mathias Broeckers unter der URL ‹http://www.broeckers.com/2016/12/12/its-a-leak-not-a-hack/5› veröffentlicht. (Lizens: Mathias Broeckers)

‹http://www.free21.org/?p=25981›

Die **Existenzkrise** der EU

Nach der Entscheidung vom 23. Juni 2016 verlässt mit Großbritannien erstmals ein Mitgliedsland die EU. Auch Linke sprachen sich in der vorausgegangenen Kampagne für den Austritt aus. Einige sehen im Brexit bereits den Beginn der Auflösung der Union, da weitere Länder diesem Beispiel folgen könnten.

von Jens Wernicke

Der Tod des Lokoon (Foto: Marie-Lan Nguyen / Wikimedia / gemeinfrei)

Die andauernde Krise um Griechenland offenbart exemplarisch die Schwächen des Eurosystems: Statt zu sozialer und ökonomischer Konvergenz unter den Euroländern beizutragen, führt es zur Auseinanderentwicklung von Löhnen und Produktivität. Neben Griechenland sind auch Portugal, Spanien und selbst Italien hiervon betroffen. In einigen Ländern mehren sich daher bereits die Forderungen, nicht nur die Eurozone, sondern auch die EU zu verlassen. Es sei dringend an der Zeit, offensiv „Gegen eine EU der Banken und Konzerne und für Solidarität und Demokratie“ einzutreten, meint auch Winfried Wolf, Autor von „Die griechische Tragödie. Rebellion, Kapitulation, Ausverkauf“ und Chefredakteur von Lunarpark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie, im Interview mit Jens Wernicke.

JENS WERNICKE: *Herr Wolf, Sie sind einer der herausgebenden Autoren von „FaktenCheck: Europa“, einer Zeitschrift, die gerade mit der zweiten Ausgabe erschien und in ganz Deutschland verteilt wird. Worum geht es dabei?*

WINFRIED WOLF: „Europa“ bzw. die „Europäische Union“ sind ja Begriffe, die von vielen Mythen und Legenden umrankt sind. Eine dieser Legenden ist die Gleichsetzung des geographischen Begriffs mit der politischen Einheit EU, die wiederum in der Namensgebung eine „Union“ für ganz Europa, also einschließlich Schweiz, Norwegen, Island und vor allem Ukraine, Weißrussland und Russland, behauptet. Noch ohne Berücksichtigung des Brexit steht die EU mit 508 Millionen Einwohnern allerdings nur für gut 60 Prozent der europäischen Bevölkerung mit 820 Millionen Einwohnern. Nach vollzogenem Brexit werden es nur noch rund 55 Prozent sein. Es handelt sich dabei übrigens um dasselbe Konstrukt, das auch mit der Staatenbundbezeichnung „USA“ praktiziert wird. Wobei wir hier in der Regel mit der Begrifflichkeit „US-amerikanisch“ in aller Regel noch die Anmaßung zu relativieren versuchen, dass „Amerika“ sich ausschließlich auf die USA beschränkt.

Ein weiterer Mythos, der mit „Europa“ und der „EU“ verbunden ist, bezieht sich auf die griechische Götterwelt und die in dieser auftretenden Gestalt Europa, der heimlichen Geliebten von Zeus. Eng damit zusammenhängend gibt es dann die vielfach vorgetragene Behauptung, die EWG, später die EG und heute die EU stünden für Demokratie, wobei in jüngerer Zeit hinzugefügt wird, dass schließlich die „Wiege der Demokratie“ in Griechenland zu finden sei. Liest man die Gründungstexte der EU, also die Römischen Verträge aus dem Jahr 1957 als Grundlage der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG, fällt allerdings auf, dass die Worte „Demokratie“ oder „demokratisch“ dort gar nicht vorkommen. Erst im Maastrichter Vertrag – inzwischen als „Vertrag über die Europäische Union“ bezeichnet – gibt es ein Bekenntnis zu den „Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte“.

Was davon allerdings zu halten ist, hat die Sendung „Die Anstalt“ in ihrer Folge „Grand Hotel Europa“ wunderbar seziert. In einem Satz: Demokratie ist, was die Eliten darunter verstehen. Da geht es dann folgelogisch primär um Profite und kaum überhaupt mehr um soziale Standards und Lebensabsicherung.

JENS WERNICKE: *Beispielsweise in Griechenland, zu welchem Sahra Wagenknecht im NachDenkSeiten-Interview bereits vor einiger Zeit konstatierte: „Von Demokratie kann in Griechenland keine Rede mehr sein.“*

WINFRIED WOLF: So ist es, Demokratie wird zunehmend nur noch als „Standortnachteil“ und Wirtschaftsbremse interpretiert und überall dort bekämpft, wo sie die Profite der Reichen und Mächtigen bedroht.

Und was in Griechenland geschah und noch immer geschieht, ist, davon dürfen wir ausgehen, auch nur ein autoritär-neoliberaler Testballon, dessen Etablierung nur die Probe ist, derlei Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung auch andernorts in der EU zu etablieren.

JENS WERNICKE: *Viele behaupten aber, die Bevölkerung in Griechenland hätte das so gewollt – und überhaupt sei alternativlos, was dort aktuell geschieht.*

WINFRIED WOLF: Beide Aussagen sind falsch. 2015 erlebte Griechenland eine Art demokratisches Desaster: Dort sagte der demos, das Volk, im Referendum vom 5. Juli, mit 61,3 Prozent „Ochi“, also „Nein“ zu einem weiteren „Memorandum“, einem dritten Spardiktat der EU. Doch die Europäische Union bzw. die EU-Institutionen in Brüssel und die Bundesregierung in Berlin ignorierten diese Entscheidung souverän und zwangen der griechischen Regierung am 13. Juli 2015 eben ein solch neues, nochmals härteres Spardiktat auf. Gegen das klare Votum der Bevölkerung hiergegen, eine Tatsache, die gern in Vergessenheit gerät.

Vor diesem Hintergrund ist es im Übrigen grotesk, dass der scheidende US-Präsident Barack Obama am 15. November in Athen eine Rede zum Thema Demokratie hielt, die er als eine Art Vermächtnis seiner Amtszeit ansieht. Er ging in der Rede nicht auf das Referendum ein und auch nicht darauf, dass die USA damals, vermittelt über ihren starken Einfluss auf den IWF, es in der Hand ge-

Im Interview:

Winfried Wolf

Jahrgang 1949, ist Diplompolitologe und Dr. phil. Er war von 1994 bis 2002 Bundestagsabgeordneter für die PDS und ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac. Er verfasste eine größere Zahl von Büchern zu Weltwirtschaft und Globalisierung sowie zu den Themen Auto, Verkehr und Bahn. Seine jüngste Veröffentlichung ist „Die griechische Tragödie. Rebellion, Kapitulation, Ausverkauf“. Er ist Chefredakteur von Lunapark21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie.

habt hätten, eine solche Verletzung elementarer Demokratie-Grundsätze zu verhindern.

Hier ist im Übrigen der Vergleich mit Großbritannien interessant. Am 23. Juni 2016 sprach sich mit 51,9 Prozent der Stimmen eine wesentlich knappere Mehrheit für den wesentlich weiterreichenden Schritt eines Austritts aus der EU aus. Doch seither sind sich alle relevanten Kräfte in der EU und in Großbritannien einig: Brexit heißt Brexit.

Die unterschiedliche Bewertung der zwei angeführten Referenda hat offensichtlich wenig mit Demokratie und viel mit wirtschaftlichem Gewicht zu tun. Etwas, das im Übrigen auch bereits Anfang der 1990er Jahre demonstriert wurde, als die Däninnen und Dänen solange über den Maastrichter Vertrag abstimmen mussten, bis das Ergebnis im Sinne der Mainstream-EU passend war. Und was dann vor wenigen Wochen nochmals verdeutlicht wurde, als die wallonische Regionalregierung, die gewagt hatte, CETA abzulehnen, solange gegrillt wurde, bis sie sich eines Schlechteren besann.

Vor dem Hintergrund dieser immer deutlicher zutage tretenden antidemokratischen Entwicklungen, die beständig von Propaganda begleitet werden, die den europäischen Bevölkerungen den Geist vernebeln soll, hatten ein paar Freunde und ich im Frühjahr 2015 die Publikation Faktencheck: HELLAS ins Leben gerufen, die mit ihren fünf Ausgaben eine addierte Auflage von immerhin 240.000 Exemplaren erreichte und mit Übersetzungen in fünf Sprachen erschien. Unser Folgeprojekt FaktenCheck: EUROPA erschien mit der ersten Ausgabe bewusst zum Jahrestag des Griechenland-Referendums, Anfang Juli 2016, und trägt den Untertitel: „Gegen eine EU der Banken & Konzerne – für Solidarität und Demokratie". Denn es muss etwas geschehen gegen diese EU der Konzerne, die sich mehr und mehr abzeichnet, und wir bemühen uns hier um Aufklärung sowie die Widerlegung von Mythen

Griechenlandkrise (Foto: by hslergr1 / pixabay / CCo Public Domain)

und Propaganda, die dringend notwendig erscheint.

Und überhaupt ist „die EU" kein linkes Projekt und war das auch nie…

JENS WERNICKE: *Inwiefern?*

WINFRIED WOLF: Nun, historisch… Die Römischen Verträge mit dem Vorläufer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl stehen in einer langen Tradition deutscher Eliten-Politik. Nur wenige Wochen nach Beginn des Ersten Weltkriegs, am 7. September 1914, formulierte der AEG-Industrielle Walter Rathenau:

„Unter diesen Umständen erscheint es als der stärkste Umschwung unserer Politik, wenn wir Frankreich zu einem freiwilligen Frieden gewinnen. (…) Das Endziel wäre der Zustand, der allein ein (sinnvolles) künftiges Gleichgewicht Europa bringen kann: Mitteleuropa geeinigt unter deutscher Führung – gegen England und Amerika einerseits, gegen Russland andererseits politisch und wirtschaftlich gefestigt. (…) Es ist die deutsche Aufgabe, den alteuropäischen Körper zu verwalten und zu stärken."

Und in einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes vom 9. September 1943 wurde formuliert:

„Die Einigung Europas (…) ist eine zwangsläufige Entwicklung. (…) Die Lösung der europäischen Frage kann nur auf föderativer Basis herbeigeführt werden (…) Ziel ist eine europäische Zollunion und ein freier europäischer Markt, europäische (…) feste Währungsverhältnisse mit dem späteren Ziel einer europäischen Wirtschaftsunion."

Das heißt: Aufgeklärte deutsche Unternehmer wollten bereits im Ersten Weltkrieg – und wohlgemerkt als Resultat des Angriffskriegs! – eine „Union des alteuropäischen Körpers" unter deutscher Dominanz schaffen. Dieses Ziel wurde vom NS-Regime auch mit dem Zweiten Weltkrieg verfolgt.

Natürlich gab es gewaltige Brüche in der deutschen Geschichte; ich will hier nicht behaupten, dass sich die EU direkt aus den im Ersten und Zweiten Weltkrieg formulierten Kriegszielen ableiten ließe. Dennoch gibt es eben diese lange Tradition von „Europastrategien des deutschen Kapitals" – so ja auch der Titel einer 1100-seitigen Dokumentensammlung, die Reinhard Opitz zusammengestellt hatte und der die beiden Zitate entnommen sind.

JENS WERNICKE: *In welcher Situation befindet sich die EU heute und wie bewerten Sie den innerlinken Streit, ob mit dieser EU, wie wir sie haben, eine linke Utopie jemals verwirklichbar sein wird?*

WINFRIED WOLF: Ich bin mir unsicher, ob es jemals größere linke Utopien gab, die sich mit den Projekten EWG, EG und EU verbanden. Es war wohl vielmehr so, dass die Linke den Prozess der behaupteten europäischen Einigung zur Kenntnis nahm und diesen dann weder kritisch noch euphorisch begleitete; die Marxistinnen und Marxisten sahen hierin wohl eine Art objektive Tendenz des Kapitals. Es gab ja auch ein Vierteljahrhundert lang kaum eine Debatte darüber, dass diese EU keinerlei demokratische Legitimation hatte. Die erste Europawahl fand 1979 statt.

Wenn die Sozialdemokratie und die Friedrich-Ebert-Stiftung in den 1970er und 1990er Jahren in größerem Maß in der EG bzw. in der EU aktiv wurden, dann gingen damit damals bereits problematische und wenig demokratische Tendenzen einher. So ging es bei entsprechenden Interventionen in Spanien und Portugal etwa darum, gegen die starken Positionen der jeweiligen Kommunistischen Partei und der kommunistisch geprägten Gewerkschaften, die erhebliche Verdienste im Kampf gegen das Caetano-Regime und gegen den Franco-Faschismus errungen hatten, mit viel Geld anzugehen, starke sozialdemokratische Parteien aufzubauen und für einen Eintritt in die EU und eine Stärkung der Nato zu werben. Die derart aufgebauten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien müssen heute als extrem korrupt und als machtversessen bezeichnet werden.

Eine wirkliche innerlinke Debatte über die EU entwickelte sich dann erst in den 1990er Jahren, weitgehend als Reaktion auf den Maastrichter Vertrag. In den 1990er Jahren zeigte sich auch, dass ausgerechnet die EU in Europa spalterisch auftrat: Es waren die EU im Allgemeinen und die deutsche Regierung im Besonderen, die maßgeblich dazu beitrugen, dass damals Jugoslawien in ein halbes Dutzend Einzelstaaten aufgespalten, die gesamte Region in Kriege und Bürgerkriege gestürzt und der Lebensstandard der dort lebenden Menschen teilweise drastisch gesenkt wurde. Das war besonders tragisch, weil es mit der strikt föderal ausgerichteten Bundesrepublik Jugoslawien immerhin ein halbes Jahrhundert lang geglückt war, die Region

Publiziert auf Free21 am 01.01.2017, 17:22 Uhr, von Jens Wernicke auf Nachdenkseiten, Lizenz CC-BY-2.0

Balkan, auf der sich zuvor mehr als 150 Jahre lang unterschiedliche Volksgruppen blutig bekämpft hatten, zu befrieden, wofür auch mehr als sieben Millionen interethnische Mischehen Zeugnis ablegten.

Der Höhepunkt dieses spalterischen Vorgehens der EU auf dem Balkan war dann der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg, in dem deutsche, britische, italienische, französische und spanische Kampfflugzeuge – zusammen mit dem „Marktführer" auf diesem Gebiet, den USA – überwiegend zivile Strukturen mit Bomben belegten. Es ist bezeichnend, dass der einzige echt europäische Konzern, den es bislang überhaupt gibt, als Resultat dieses Krieges entstand – und dass es sich dabei mit EADS um einen Rüstungskonzern handelt.

Es war im Übrigen der Ex-BND-Agent Erich Schmidt-Eenbohm, der im Detail darlegte, dass der deutsche Geheimdienst BND im Verbund mit den Geheimdiensten Österreichs und Italiens seit dem Tod von Marschall Tito im Jahr 1980 systematisch auf eine Aufspaltung Jugoslawiens hingearbeitet hatte, um dann in den 1990er Jahren schließlich Vollzug melden zu können.

In seinem Buch „Der Schattenkrieger – Klaus Kinkel und der BND" stellt Schmidt-Eenboom fest:

„In Rom gab es bereits 1981 ernsthafte Konsultationen zwischen Deutschland, Österreich und Italien über die Frage, wer welche Aufgabe beim Zerfall des Tito-Staates nach dem Tod des Marschalls am 5. Mai 1980 übernehmen sollte. Selbst auf der politischen Bühne Deutschlands waren bald darauf die ersten Versuche zu verzeichnen, einen kroatischen Nationalstaat zu fördern. Als Mate Mestrovic, der Sohn des berühmten Bildhauers und CIA-Agenten Ivan Mestrovic, 1982 nach Bonn kam, empfing ihn der Bundespräsident persönlich. Richard von Weizsäcker versicherte ihm, dass er die Forderung nach einem unabhängigen Kroatien unterstütze. Als die jugoslawische Spionageabwehr davon erfuhr (…), war sie einigermaßen erstaunt, weil die offizielle Politik Bonns zu diesem Zeitpunkt noch für den Erhalt Gesamtjugoslawiens als Stabilitätsfaktor in Südosteuropa eintrat."

So sehr die Aufspaltung Jugoslawiens eine Scheidewende und der Kosovo-Krieg einen Tabubruch darstellten, so gab es damals in der EU doch gleichwohl nur erste Risse, die auf eine kommende, umfassende Krise hindeuteten. Nochmals zwei Jahrzehnte später erleben wir jedoch eine tiefe ökonomische, soziale und politische Krise dieser EU, die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit schließlich zu einem Aufbrechen der Eurozone, zu einem Ende des Euro als Einheitswährung für eine große Zahl von EU-Mitgliedsländern und möglicherweise sogar zu einer Auflösung der EU führen wird.

JENS WERNICKE: *Zum Thema EU gibt es eine rege linke Debatte. Die Positionen, soweit ich sie nachzuvollziehen vermag, sind „Wer gegen die EU ist, ist völkisch und nationalistisch; wir müssen für eine soziale EU streiten" auf der einen und „Mit dieser EU ist nichts Soziales mehr zu realisieren, wer diese Mär weiter kolportiert, macht sich mit der Macht der Banken und Konzerne und den diese schützenden Legenden nur gemein" auf der anderen Seite. Oskar Lafontaine hat diesbezüglich schon vor Längerem ein „Ende des Euro" gefordert. Wie bewerten Sie diesen Disput?*

WINFRIED WOLF: Wir sollten die Themen Euro und EU voneinander trennen.

Eine Debatte über die EU als Ganzes mit der Forderung, aus dieser auszutreten, fand bislang hierzulande kaum statt. Das britische Ja zum Brexit hat jetzt auch diese Debatte auf die Tagesordnung gesetzt. Dabei entschied das Thema EU in der Ukraine über Krieg und Frieden. Es war dort die 2013/14 von Brüssel und Berlin ultimativ vorgetragene Forderung, das Land solle in die EU eintreten und gleichzeitig die privilegierten Beziehungen zu Russland aufgeben, die zur Spaltung des Landes und zu den bekannten kriegerischen Auseinandersetzungen geführt hatten.

Das Brexit-Ja in Großbritannien wiederum kann noch enorme Turbulenzen bewirken. In Schottland wurde damit die Forderung nach Abspaltung vom United Kingdom erneut auf die Tagesordnung gesetzt. In Bälde könnte sich auch die Forderung nach einer Einheit Irlands stellen. Immerhin gestatteten die EG/EU, dass es mit Großbritannien einen Mitgliedsstaat gibt, der sich mit Nordirland faktisch eine innereuropäische Halbkolonie hält.

Übrigens wurden in den Römischen Verträgen in einem „Annex IV" mehr als ein halbes hundert „Überseegebiete" aufgeführt, für die der EWG-Vertrag ganz oder in Teilen Gültigkeit haben sollte. Es handelte sich dabei überwiegend um Kolonien und Halbkolonien der EWG-Mitgliedstaaten – zum Beispiel Belgisch-Kongo oder Französisch-Äquatorial-Afrika oder das zu den Niederlanden gerechnete Neu Guinea. Es waren dann nicht hehre europäische Prinzipien, die zur Entkolonialisierung geführt hatten, sondern der antikoloniale Kampf der betreffenden Völker.

Völlig übersehen in der grundsätzlichen Debatte EU Ja oder Nein wird, dass diese Frage für ein europäisches Land jüngst existentielle Bedeutung erhielt: für Island. Dieser Inselstaat stand vor einem Jahrzehnt an der Schwelle zu einem EU-Beitritt. Dann geriet Island in eine hausgemachte Finanzkrise. Das Land konnte die Krise in nur vier bis fünf Jahren überwinden – mit Maßnahmen wie einer drastischen Abwertung der Währung und der Verstaatlichung des Bankensektors. Als EU-Mitgliedsland oder gar Eurozonenland hätte Island deutlich weniger Chancen gehabt, die Krise zu bewältigen.

Dies wird deutlich, wenn man die beiden Inselstaaten Island und Zypern miteinander vergleicht: Zwei weitgehend gleich große Inselrepubliken, beide gerieten in eine hausgemachte Finanzkrise. Island konnte sich, wie beschrieben, aus eigener Kraft aus dieser Krise befreien. Im EU-Land Zypern, zugleich Mitglied der Eurozone, kam es nach Ausbruch der Krise zu massiven Interventionen seitens der EU und der Troika. Das Land wurde zu einem Sparprogramm gezwungen, ähnlich den Memoranden, die Griechenland auferlegt wurden. Das Ergebnis ist eine ständig steigende Arbeitslosenquote – von 2010 auf 2015 etwa von 6,3 auf 16 Prozent – eine Verdopplung der öffentlichen Schulden und deutliche Einschnitte beim Lebensstandard der Bevölkerung.

Wie dies von Leuten wie Flassbeck, Lafontaine oder Wagenknecht immer wieder richtig betont wird, spielt der Euro für die Eurozonen-Peripherie-Länder eine die Krisentendenzen verschärfende Rolle. Das ist inzwischen so deutlich, dass auch Linke, die am Euro festhalten wollen, das einräumen. Der Parteichef der LINKEN, Bernd Riexinger, sagte jüngst:

„Wir haben einen Konsens, dass der Euro als Währungssystem in der bestehenden Form die Schwachen schwächt und die Starken stärkt.".

An sich ist das ja eine klare Ansage, die klare Kante erfordern sollte. Doch Riexinger argumentiert im Anschluss:

„Die Forderung nach einem Austritt aus dem Euro spaltet überall, in den europäischen Linksparteien und in den Gewerkschaften."

Tatsächlich können wir Riexingers wesentliche Aussage, wonach mit dem Euro „die Schwachen schwächer und die Starken stärker" werden, auf drei Ebenen konkretisieren: hinsichtlich der sozialen, der ökonomischen und der politischen Realität.

Soziale Realität:

Wir haben inzwischen in allen Peripheriestaaten der Eurozone – und dazu zähle ich Frankreich, Spanien, Portugal, Irland, Italien, Zypern und Griechenland – eine deutlich überproportionale Arbeitslosenquote. Vor allem haben wir dort eine skandalös hohe Jugendarbeitslosigkeit, die bei 35

bis 50 Prozent liegt. In all diesen Ländern kam es zu einem Reallohnabbau.

Ökonomische Realität:

Alle Eurozonen-Peripherieländer erleben seit Einführung des Euro eine beschleunigte Deindustrialisierung und einen rasanten Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit. So wurde zum Beispiel in Italien die Autoproduktion seit Einführung des Euro von jährlich 2 Millionen Kraftfahrzeugen auf weniger als 750.000 im Jahr 2016 reduziert. Während Fiat die Kfz-Fertigung im Euroland Italien herunterfährt, erhöht es diese in Polen – nicht Eurozone – und bei der Fiat-Tochter Chrysler in den USA. Weniger prominent, aber ebenfalls eindrucksvoll: Seit 2004 wurde in Italien die Fertigung von Kühlschränken von 30 Millionen auf weniger als 10 Millionen geschrumpft.

Politische Realität:

Parallel mit der Einführung der Einheitswährung wurde die Eurogroup als Treffen der Finanzminister der Eurozone eingeführt. Eine Eurogroup ist als EU-Institution nirgendwo in den EU-Verträgen vorgesehen und schon gar nicht demokratisch legitimiert. Doch die Eurogroup agiert inzwischen wie ein geheim tagendes Politbüro der EU. Die von der EU und dem IWF installierte Troika wiederum agiert im Auftrag der Eurogroup u.a. in den Peripherie-Ländern. Sie verordnete dort Radikalkuren, die in Widerspruch zu den Grundsätzen der EU stehen. So nennt die EU als offizielle Ziele eine allgemeine „Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte“ und die „Verringerung des Abstands zwischen den einzelnen Gebieten“. Die Maßnahmen der Eurogroup und der Troika haben die entgegengesetzte Intention und Wirkung.

Meine Bilanz lautet: Das Projekt EWG war von Anfang kein demokratisches oder allgemein fortschrittliches Vorhaben. In den 60 Jahren, in denen dieses Projekt vorangetrieben wurde, kam es zu keiner Demokratisierung. Seit mindestens 15 Jahren und weitgehend

Eurokrise (Foto: moritz320 / pixabay / CCo Public Domain)

seit Einführung des Euro kommt es in der EU, wie beschrieben, zu Verschlechterungen hinsichtlich der ökonomischen Lage bei rund einem Drittel der EU-Mitgliedsländer und zu einer Verschlechterung der sozialen Lage bei rund der Hälfte der in der EU lebenden Menschen. Insbesondere gibt es in der gesamten EU einen allgemeinen Demokratieabbau. Es ist die EU selbst, die spaltet. Ich sehe keine Chance für eine demokratische Revitalisierung der EU.

JENS WERNICKE: *Wenn die EU, wie wir sie kennen, aber zunehmend zur Geißel der Finanzeliten wird und deren Wirken mit bisherigen Praxen kaum aufzuhalten ist – nun, was tun wir dann als Demokraten und Basisbewegte, welche Art Widerstand organisieren wir?*

WINFRIED WOLF: Notwendig sind Aufklärung und Gegenformation. Erforderlich ist eine offene Debatte über die EU und ein Ende mit der Tabuisierung einer linken EU-Kritik. Die Behauptung, eine solche Kritik spalte oder man arbeite damit den Rechten in die Hände, ist falsch. Das verkrampfte Festhalten an der Möglichkeit einer „Demokratisierung der EU“ trägt vielmehr zur Stärkung der rechten und faschistischen Positionen bei. Auf diese Weise bleibt die Kritik von EU und Euro das Monopol der Rechten.

Das heißt natürlich auch, dass die Entwicklung eines linken Gegenmodells zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaft mit ihren Nationalstaaten und supranationalen Blöcken wie NAFTA und EU erforderlich ist. Ein solches Gegenmodell einer solidarischen, nichtkapitalistischen Gesellschaft kann sich jedoch nur aus den konkreten Kämpfen heraus entwickeln.

Diese Kämpfe sind aktuell defensiver Art: CETA und TTIP bekämpfen. Dem Aufstieg der Rechten und Faschisten begegnen. Sich für eine solidarische Praxis gegenüber den Geflüchteten engagieren. Sich gegen die kapitalistischen, zerstörerischen Großprojekte wie Airportausbau, Stuttgart 21, Braunkohleabbau und atomares Endlager zur Wehr setzen.

Vor allem aber gilt es, alle unsere Kräfte darauf zu konzentrieren, dass die Kriegsgefahr gebannt, die Rüstungsexporte eingestellt und die Auslandseinsätze der Bundeswehr beendet werden. Für das Letztere gibt es klare Mehrheiten in der Bevölkerung. Dieses Thema muss auch als Lackmus-Test für jede Art linker Ablösung der gegenwärtigen Regierung, also für Rot-Rot-Grün, gelten.

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spendenkonto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

JENS WERNICKE: *Gibt es etwas, das jeder Einzelne von uns tun kann, um den Eliten bei ihrem Schalten und Walten ggf. ein wenig „Sand im Getriebe“ zu sein?*

WINFRIED WOLF: Ich glaube, dass jeder Einzelne in seinem Umfeld konkrete Betätigungsfelder finden wird für ein soziales und solidarisches Engagement, wie ich es eben skizzierte.

Oft eröffnen sich auch erstaunliche, neue Möglichkeiten. Als wir Ende 2015 im Rahmen einer Bilanz, die die Griechenland-Solidaritätskomitees zogen, das Projekt vorstellten, die Zeitung FaktenCheck: HELLAS in ein mehr allgemeines Projekt FaktenCheck: EUROPA zu überführen, da meldeten sich Leute aus Wuppertal. Sie schlugen vor, für ihre Stadt dann eine eigene ergänzende Zeitung zu machen, in der gewissermaßen das neoliberale Modell der EU-Politik für die Verhältnisse in Wuppertal das Hauptthema ist.

Gesagt, getan. Seit Mitte November gibt es FaktenCheck: WUPPERTAL. In Wuppertal wird seit dem 15. November eine 12-seitige Zeitung verteilt, diese besteht als „Buch 1“ aus der vierseitigen FaktenCheck: WUPPERTAL und als „Buch 2“ aus der 8-seitigen FaktenCheck: EUROPA Nummer 2. Die – aus meiner Sicht ganz ausgezeichneten! – Texte in FaktenCheck:WUPPERTAL entstanden vor Ort – in einer neuen Bündnisstruktur, in der die meisten relevanten linken Kräfte in Wuppertal zusammenfanden. Wir als „Zentralredaktion“ konnten wesentliche Hilfe dafür leisten, dass dieses lokale Projekt auch konkret umgesetzt werden konnte – unter anderem, indem wir die Gestaltung und den Druck von FaktenCheck: WUPPERTAL organisierten.

Die Wuppertaler und wir sind der Meinung: Solch eine Publikation als Kombi von FaktenCheck: Europa und lokaler ergänzender, aber autonomer Publikation sollte Schule machen. Und wir ermuntern dazu, im Frühjahr 2017, wenn Nummer 3 von FaktenCheck: EUROPA erscheint, in mehreren Städten solche lokale Zeitungen ins Leben zu rufen und weitere

Publiziert auf Free21 am 01.01.2017, 17:22 Uhr, von Jens Wernicke auf Nachdenkseiten, Lizenz CC-BY-2.0

„Huckepack“-Publikationen mit FaktenCheck: EUROPA ins Leben zu rufen.

JENS WERNICKE: *Ich bedanke mich für das Gespräch.*

Quellen:

Mikroskop, Europ. Linksparteien verstärken Ruf nach Plan B *<https://makroskop.eu/2016/11/europaeische-linksparteien-verstaerken-ruf-nach-plan-b/>*

Telepolis, „Demokratie ist, was die Eliten darunter verstehen“ *<https://www.heise.de/tp/features/Demokratie-ist-was-die-Eliten-darunter-verstehen-3399370.html>*

Die Anstalt auf YouTube, Folge 21 vom 06.09.2016: „Grand Hotel Europa“ *<https://www.youtube.com/watch?v=rrJ70ixPWNY>*

Nachdenkseiten, „Von Demokratie kann in Griechenland keine Rede sein“ *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=27052>*

Jens Wernicke: „Demokratie als Standortnachteil“ *<https://jensewernicke.wordpress.com/2013/06/08/demokratie-als-standortnachteil/>*

YouTube, Winfried Wolf: „Griechenland unterm Hammer: Scheitern des Reformismus?“ *<https://www.youtube.com/watch?v=1An_o6lgRPM>*

Faktencheck: Hellas *<http://factencheckhellas.org>*

Nachdenkseiten: „Es begann mit einer Lüge“ *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=33128>*

Spiegel Online, „Krise Griechenland“ Lafontaine fordert Ende des Euro *<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/oskar-lafontaine-fordert-ende-des-euro-a-1043084.html>*

Harald Schumann auf YouTube: „Macht ohne Kontrolle – die Troika“ *<https://www.youtube.com/watch?v=LFNGN3HTJGk>*

Faktencheck Europa, Ausgabe 2 *<http://faktencheckhellas.org/faktencheckeuropa-ausgabe-2-online/>*

Wolf, Winfried / Chilas, Nikos: „Die griechische Tragödie. Rebellion, Kapitulation, Ausverkauf“, Promedia-Verlag, 2016. ISBN: 978-3-85371-403-4

Dieser Text wurde zuerst am 14.12.2016 auf Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=36261› veröffentlicht. (Lizenz: CC-BY-2.0)

‹http://www.free21.org/?p=26084›

Free21.org braucht Ihre **Fördermitgliedschaft!**

Bitte helfen Sie uns, unabhängige journalistische Berichterstattung zu unterstützen.

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem Herbst 2014 gibt es das alternative Medienprojekt free21. Was als Ein-Mann-„Show“ mit Tommy Hansen in Dänemark begonnen hat, ist mittlerweile dank einem Netzwerk von ehrenamtlichen Helfern zu einer festen, wenn auch noch kleinen Größe in der alternativen Medienlandschaft geworden.

Inzwischen werden viele wichtige Artikel aus dem Netz in professionell durchlayouteter Form veröffentlicht, die der Leser selbst ausdrucken und weiter geben kann. Seit dem Frühjahr 2015 erstellen wir zusätzlich die Essenz unserer Website als praktisches Magazin, dass selbst ausgedruckt oder als Druck-Aktiv-Abonnement beim Aboservice von Lukas Puchalski bestellt werden kann.

Um unsere Arbeit auf solide Füße zu stellen, haben wir im letzten Jahr den gemeinnützigen „Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.“ gegründet.

Seitdem haben wir schrittweise die Arbeit der Redaktion und des Web-Teams im Rahmen des Vereins organisiert.

Dadurch kann zukünftig eine Ausweitung der Reichweite ermöglicht werden. Aber schon jetzt, auch ohne diese Zukunftspläne, müssen monatliche Unkosten bestritten werden. Server-, Software- und die anfallenden Telefonkosten der Redaktion sind noch nicht vollends abgesichert. Für Vorträge und Veranstaltungen wird Info-Material benötigt und die Reise- und Übernachtungskosten werden bisher ausschließlich privat finanziert.

So, nun aber genug gejammert! Wir möchten Sie an dieser Stelle bitten, darüber nachzudenken, als Fördermitglied unserem Verein beizutreten. Für alle Vereinsmuffel: Ihre Fördermitgliedschaft verpflichtet Sie nicht, an Vereinssitzungen und dergleichen teilzunehmen. Sie unterstützen unsere Arbeit „nur“ mit 5,– Euro pro Monat. Natürlich können Sie noch mehr helfen, in dem Sie layouten, Korrektur lesen oder bei Veranstaltungen neue Mitglieder für unser Projekt begeistern. Alles ist möglich.

Mit Ihrer Fördermitgliedschaft ermöglichen Sie uns eine regelmäßige, sichere finanzielle Grundausstattung. Eine jährliche Spendenbescheinigung gibt es natürlich auch.

Um Ihnen Ihre Entscheidung noch etwas zu versüßen, verlosen wir unter den ersten 100 Fördermitgliedern **zehn von Dr. Daniele Ganser handsignierte Exemplare** des Buches „Regime-Change in der Ukraine?“. Es lohnt sich also doppelt, jetzt Fördermitglied zu werden!

Vielen Dank für Ihre Unterstützung – wir freuen uns auf Sie!

Marika Matthaei

Mitglied des Vorstandes

---

*Eine Fördermitgliedschaft können Sie auch unter **www.free21.org/verein** abschließen.*

Ja, ich möchte jetzt Fördermitglied werden!

Bitte tragen Sie hier Ihre persönlichen Daten ein und schicken das Formular per Briefpost an:

Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.,
c/o Marika Matthaei,
Karl-Lade-Str. 36a, 10369 Berlin
Eingetragen beim Amtsgericht Charlottenburg VR 34774B.
St.Nr. 27/680/76987

Kontoinhaber
Vorname, Name:

Str., Nr.:

PLZ, Ort, Land:

E-Mail-Adresse:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE84ZZZ00001969982
Mandatsreferenz-Nr.

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (Gläubiger-ID: DE84ZZZ00001969982) Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Illustration: Pixabay, CCo

Krebs im **Wirtschaftsleben**

Leistungslose Einkommen machen uns krank

von Christian Kreiß

Die Grundidee der folgenden Ausführungen ist einfach: Leistungslose Einkommen, also Einnahmen, für die man nicht arbeiten muss, sind nicht nur asozial und unethisch, sondern machen unsere Wirtschaft krank. Wir haben riesige Ströme von Renteneinkommen in Form von Dividenden, Mieten, Pachten und Zinsen in unserem Wirtschaftssystem: beinahe ein Drittel des Volkseinkommens. Diese Geldströme zahlt jeder von uns jeden Tag, jedes Mal, wenn er einkaufen geht. Dieses leistungslose Geld müsste eigentlich zu den leistungslosen Menschen fließen, also denjenigen, die nicht arbeiten können: zu unseren Kindern, Senioren und Kranken. Dann wäre unser Wirtschaftsleben gesund, das Geld würde im sozialen Organismus wie das Blut im natürlichen Organismus zirkulieren.

Dorthin fließt es aber nicht. Sondern es fließt – weitestgehend willkürlich, weil leistungslos – auf die Girokonten privater Vermögensbesitzer. Diese wissen ab einer bestimmten Menge nicht mehr wohin damit, kumulieren es immer weiter, in immer neue Anlagen, die zuletzt kein Mensch mehr braucht. Geld und Vermögen vermehren sich selbst immer weiter wie Krebs. Und der endet oft tödlich.

Übertragen auf unsere Gesellschaft: Unser Wirtschaftsleben ist schwer krebskrank und steht vor einer tragischen Bereinigung, sei es durch Depression, Bürgerkrieg oder Krieg – wenn wir nichts ändern. Die ersten Symptome dieser schweren Krankheit sind 2007/2008 in Form der Finanz- und Eurokrise aufgeflackert. Sie ist jedoch alles andere als vorbei. Sie hat noch nicht einmal wirklich angefangen.

Den kommenden Crash zu vermeiden wäre extrem einfach: Die krebsartig gewucherten Vermögen auf ein gesundes Maß beschneiden und das Geld den einkommensschwachen Menschen zurückgeben, von denen es stammt. Die leistungslosen Einkommen dahin kanalisieren wo sie hingehören: zu den leistungslosen Menschen. Dann brauchen wir keine über uns hereinbrechende blinde, tragische Bereinigung mehr, sondern dann lösen wir das Problem mit gesundem Menschenverstand.

Wer zahlt an wen?

Unser gegenwärtiges Geldsystem kaschiert, verbirgt verschiedene Zahlungsströme, die unterirdisch, gewissermaßen unbewusst in unserem täglichen Wirtschaftsleben stattfinden. Ein bestimmter Teil dieser Zahlungsströme soll daher nun dargestellt werden.

Der Preis eines jeden Produktes, das wir kaufen, enthält Kapital- und Arbeitsanteile. Man kann sich das am Beispiel eines Brotkaufs klar machen. Um das Korn für Brot zu ernten, braucht der Landwirt Boden, Kapital und seine Arbeitskraft. Für den Boden muss der Landwirt Pacht oder Zinsen zahlen, oder, wenn er ihm selbst gehört, entsprechende Eigenkapitalkosten dafür ansetzen, denn er könnte sein Land ja verpachten oder verkaufen. Für sein Betriebskapital, also die eingesetzten Maschinen oder das Saatgut, muss der Landwirt entweder Zinsen zahlen oder entsprechende Eigenkapitalkosten dafür ansetzen. Diese Kosten werden auf das geerntete Getreide umgelegt. So ruht auf jedem geernteten Korn eine bestimmte Summe von Kapitalkosten für Pachten, Zinsen und Eigenkapital.

Das Korn wandert zur Mühle, dort gilt das Gleiche. Die Mühle steht auf Grund und Boden, für den Kosten anfallen. Die Getreidemühle selbst stellt ein Kapitalgut dar, für das auch Kapitalkosten anfallen.

Beim Bäcker passiert das Gleiche. Die Bäckerei steht auf Grund und Boden, benötigt Kapital in Form von Backöfen, Inneneinrichtung, Vorräten usw., wofür wiederum Pacht und Kapitaldienst anfallen.

In der Summe enthält also der Brotpreis einen bestimmten Anteil von Kapitalvergütung. Für jeden Laib Brot, für jedes Brötchen, die wir kaufen, zahlen wir, ob wir wollen oder nicht, ob wir es wissen oder nicht, einen bestimmen Betrag an Geld an die Eigentümer von Boden und Kapital, ohne dass diese Menschen an dem Arbeitsprozess beteiligt sind. Diese Einkünfte bezeichnen die Ökonomen als „Renten“, das sind Einnahmen, denen keine Arbeitsleistung gegenübersteht, leistungslose Einkommen, die man erhält, wenn man Vermögen besitzt.

Da stellen sich zwei Fragen. Erstens: Wie hoch sind diese Geldströme? Und zweitens: An wen fließen sie?

Der Sachverständigenrat der deutschen Wirtschaft (die „5 Weisen“) beziffert die Höhe dieser „Nicht-Arbeits-Einkommenszuflüsse“ oder Rentiereinkommen an die Rentiers für die Jahre 2006 bis 2008 auf durchschnittlich € 518 Mrd. pro Jahr. Das ist sehr viel Geld. Zum Vergleich: Herr Schäuble, unser Bundesfinanzminister, hat jedes Jahr ungefähr 300 Mrd. Euro zur Verfügung, also deutlich weniger. Bezogen auf die Konsumausgaben der privaten Haushalte von durchschnittlich 1.361 Mrd. Euro in diesen drei Jahren beträgt die Abgabenquote der privaten Haushalte an die Rentiers 38%. Auch heute, 2015, gelten ähnliche Relationen.

Im Durchschnitt beträgt also der Kapitalanteil, den wir mit jedem Produkt- oder Dienstleistungskauf zahlen, gut ein Drittel des Kaufpreises. Jeder von uns zahlt also täglich Zinsen, Dividenden und Pachten an die Bezieher dieser leistungslosen Einkommen, auch wenn wir keinen Kredit bei der Bank aufgenommen haben und in den eigenen vier Wänden wohnen.

An wen fließt dieser riesige Geldstrom von über 500 Mrd. Euro pro Jahr? Der größte Teil, nämlich 80%, fließt an die wohlhabendsten 20% der Bundesbürger, denn diese besitzen etwa 80% des deutschen Nettovermögens – das ist Vermögen abzüglich Schulden –, während die unteren 50% der Bundesbürger zusammen so gut wie kein Nettovermögen haben (siehe Bild 1: Individuelles Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002, 2007 und 2012). Das sind auch die offiziell von der deutschen Bundesregierung verwendeten Zahlen. Frau van der Leyen sagte 2013, die untere Hälfte der Bundesbürger besitze ein Prozent des Gesamtvermögens. Es findet also im täglichen Leben eine Umverteilung statt durch leistungslose Zahlungsströme, die von allen zu vergleichsweise wenigen Menschen fließen, gewissermaßen ein Umverteilung „von fleißig nach reich“.

Reichensteuer

Wir haben also in Deutschland (ebenso wie in praktisch allen anderen Ländern) eine perfekt, geräuschlos und höchst effizient arbeitende Reichensteuer. Jedes Mal, wenn wir einen Cappuccino oder etwas anderes für einen Euro kaufen, fließen etwa 20 Cent davon an die oberen 20 Prozent, 10 Cent an das obere ein Prozent. Ob wir es wollen oder nicht, ob wir es wissen oder nicht spielt dabei keine Rolle.

Publiziert auf Free21 am 00.00.2016, 10:42 Uhr, von Autorname auf webseite.de, Lizenz: der Originalseite oder unsere

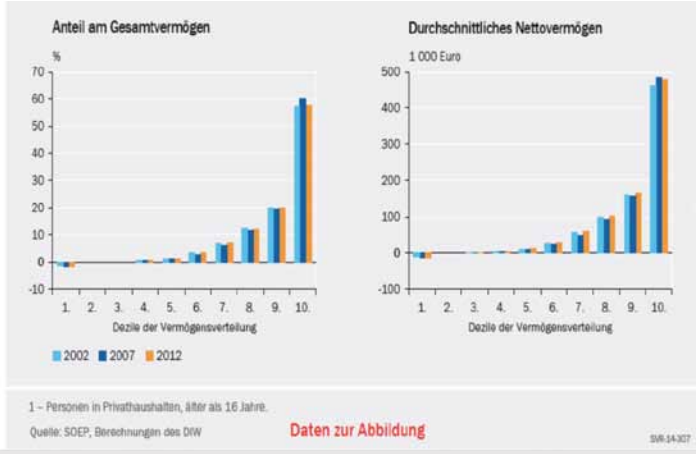
Grund und Boden

Nehmen wir an, fünf Familien wohnen in fünf Häusern. Die Familien 3 bis 5 sind nicht Eigentümer ihrer Häuser, sondern bewohnen sie zur Miete. Die Häuser befinden sich im Eigentum der Familien 1 und 2, wobei Familie 1 vier Häuser besitzt und Familie 2 eines, dasjenige, das sie selbst bewohnt. Diese Eigentumsverteilung an Häusern gibt in etwa die tatsächliche Eigentümerstruktur in Deutschland wieder: Bei uns wohnen 56–62% (je nach Zählung) der Menschen zur Miete, die Eigenheimquote liegt entsprechend bei etwa 38–44 %

In obiger Tabelle wird stark vereinfacht angenommen, dass alle fünf Familien ein Arbeitseinkommen von 1.000 Einheiten pro Jahr erzielen. Die Miete soll 30 % des Einkommens betragen. Dadurch, dass die Familien 3 bis 5 in Wohnungen leben, die Familie 1 gehören, fließen die Mietzahlungen von diesen drei Familien an Familie 1. Familien 3 bis 5 haben dadurch nur noch ein Nettoeinkommen von 700, Familie 1 dagegen ein Nettoeinkommen von 1.900.

Geht man davon aus, dass wohlhabendere Haushalte eine höhere Sparquote haben, wofür es zahlreiche empirische Belege gibt, so zeigt sich, dass Familie 1 aufgrund der Mietzahlungen etwa 600 Geldeinheiten sparen kann. Familie 2, die weder vermietet noch selbst mietet, könnte demnach etwa 200 Geldeinheiten pro Jahr sparen, die Familien 3 bis 5 hingegen deutlich weniger, vielleicht zwischen 10 und 70 Geldeinheiten pro Jahr, obwohl sie schon wesentlich weniger konsumieren als die oberen Familien. Durch diese Zahlungsströme wird im Laufe der Zeit das Vermögen von Familie 1 praktisch von alleine immer höher, die Ungleichverteilung nimmt automatisch immer mehr zu.

Familie	Häuser	Arbeits-einkommen	Miete	Netto-einkommen	Konsum-ausgaben	Ersparnis-bildung
1	4	1.000	+ 900	1.900	1.300	600
2	1	1.000	0	1.000	800	200
3	0	1.000	- 300	700	630	70
4	0	1.000	- 300	700	660	40
5	0	1.000	- 300	700	690	10



Individuelles Nettovermögen nach Dezilen in Deutschland 2002, 2007 und 2012 (Quelle DIW)

Wenn im Jahre 0, bei der Flucht nach Ägypten, Maria und Joseph einen Pfennig bzw. einen Cent zu einem Zinssatz von 4 % angelegt hätten, so wäre daraus bis zum Jahre 1750 über Zins und Zinseszins ein Geldbetrag im Wert unserer Erdkugel aus Gold geworden. Eine solche Kapitalvermehrung wäre natürlich nur zu Lasten aller anderen Menschen möglich. Alle Arten von Zinseszins führen im Verlauf langer Zeiträume über die Exponentialfunktion zu explosionsartigem Wachstum, das durch die reale Wirtschaft nicht gedeckt werden kann. Allen Naturwissenschaftlern und Ingenieuren ist das immer unmittelbar einleuchtend, nur den Ökonomen nicht immer.

Exponentiell wachsende Vermögen funktionieren so ähnlich wie eine Bakterien- oder Vireninfektion. Diese unsympathischen kleinen Lebewesen wachsen in unserem Körper häufig eine Weile lang exponentiell. Wenn ihre Menge eine bestimmte Schwelle überschritten hat, bricht das, was vorher kaum wahrnehmbar in uns gewuchert hat, plötzlich als Krankheit offen aus und wird offensichtlich. Ähnlich ist es bei Krebsgeschwüren. Auch bei Krebs vermehren sich einzelne Zellgruppen eine Weile lang weitgehend unbemerkt, im Stillen, exponentiell, bevor die Krankheit offen ausbricht und sichtbar wird. In dem Moment, wo die Krankheit offen ausbricht, ist es oft zu spät. Wir stehen seit 2007 vor solch einer Situation. Die weitgehend unbemerkte, im Stillen vor sich gehende ungehemmte Geld- und Vermögensvermehrung seit 1948 hat durch den Zinseszinseffekt, mit über 500 Mrd. Euro pro Jahr, eine solche Wucht erreicht, dass sie nun als offene Krankheit ausbricht. Und wir stellen plötzlich bestürzt fest: Unser sozialer Organismus ist krank, schwer krank, ist durchwuchert von krebsartigen Gebilden.

Machtkonzentration und soziale Krebsbildung

Durch die soeben geschilderten Umverteilungsflüsse muss die Ungleichverteilung ab einem bestimmten Zeitpunkt also immer stärker zunehmen. Und in der Tat kann man das für fast alle Länder der Welt und in fast allen Regionen der Welt feststellen: Fast überall nahm seit etwa 1980 die Ungleichverteilung sowohl der Einkommen wie der Vermögen zu. Das hat bestimmte ökonomische Auswirkungen.

Steigt die Ungleichverteilung, so steigt normalerweise auch die Sparquote in dem betreffenden Land und damit das Angebot an anzulegendem Kapital. Durch die steigende Fülle an Kapital entsteht tendenziell Druck auf die Zinsen. Genau dies trat in den letzten Jahrzehnten in fast allen Ländern der Erde ein. Kapital war in großer Fülle vorhanden, die Kreditstandards seitens der Banken wurden teilweise dramatisch gelockert, wie zahlreiche Beispiele zeigen und wie ich selbst in meiner Zeit als Investment Banker von 1995 bis 2002 erlebt habe.

Weltweite Blasen

Weltweit betrachtet hat das in den letzten etwa 35 Jahren exponentiell wachsende Kapitalangebot zu Druck nach unten auf die Zinsen geführt. Die verstärkt wachsenden Kapitalmassen suchten international nach rentierlichen Anlagemöglichkeiten. Diese (über)reichlich zur Verfügung stehenden „vagabundierenden" Geld- bzw. Kapitalmittel führten zu hohen Investitionen in Sachanlagen aller Art weltweit.

Wo ist das Problem? Sind Investitionen nicht gut und segensreich, weil sie uns einen höheren Lebensstandard in der Zukunft ermöglichen? Nehmen wir den Hausbau: solange die Menschen kein Dach über dem Kopf haben ist der Bau neuer Häuser ein Segen. Wenn jedoch schon alle eine Wohnung oder ein Haus haben und wir bauen immer noch mehr neue Häuser, dann wird das zum Fluch. Das sieht man zum Beispiel an Spanien seit 2007. Die Spanier bauten über viele Jahre viel mehr Häuser als sie brauchten und stecken daher seit 2007 in einer tiefen Depression, weil die ganze Baubranche kollabierte. Der spanische Ökonom Montalvo sprach daher 2008 von einem Immobilientumor in Spanien, eine sehr zutreffende Bezeichnung.

Man kann also des Guten zu viel tun und dann wird es schädlich. Und genau hier liegt die Hauptursache der derzeitigen globalen finanziellen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Die wachsenden Kapitalmassen führten über niedrige Zinsen zu weltweiten Überinvestitionen, zu krebsartigen Investitionen in praktisch alle Arten von Anlageobjekten: nicht nur in Immobilien, sondern auch in Unternehmensanteile, Rohstoffe, Nahrungsmittel, Gold, und vor allem: In reale Produktionsanlagen wie Maschinen, Produktionsgebäude und Infrastrukturanlagen.

Die Weltwirtschaftslage 2016: Ähnlich wie 1929 ist eine tiefe Bereinigung überfällig.

Die Abbildung „Tatsächlicher vs. nachhaltiger Wachstumspfad" zeigt den stilisierten Verlauf des weltweiten Wirtschaftswachstums von etwa 1980 bis heute Die untere Linie zeigt das Wachstum der Massenein-

kommen und damit den nachhaltigen Wachstumspfad der Nachfrage durch die privaten Haushalte, der aus eigener Kraft, aus nachhaltigem Einkommen möglich gewesen wäre. Die steiler ansteigende, obere, durchgezogene Linie beschreibt den stilisierten tatsächlichen Wachstumspfad der letzten etwa 35 Jahre. Die Lücke dazwischen, der Keil, der sich innerhalb der letzten 35 Jahre bildete, zeigt das durch die gestiegene Ungleichverteilung bewirkte oben geschilderte Zurückbleiben der Masseneinkommen und damit der Massenkaufkraft hinter dem Wachstum des Sozialproduktes.

Ein paar Zahlen dazu aus den USA: Das reale BIP pro Kopf der USA wuchs in den 33 Jahren von 1978 bis 2011 laut Regierungsangaben von 100 auf 173, also real um 73%. Die Medianeinkommen stiegen im gleichen Zeitraum real laut offiziellen Regierungsangaben dagegen nur von 100 auf 105. Das stellt sich die Frage: Wer hat eigentlich die ganzen Burger gegessen? Wer hat die vielen Autos, Bildschirme, Kühlschränke, die produziert wurden, eigentlich gekauft, wenn doch die Massennachfrage nur um 5% gestiegen ist, das Angebot aber um 73%?

Die Antwort ist einfach: Das wurde über Kredite gekauft. Die Leute sind shoppen gegangen ohne eigentlich das Geld dafür zu haben. In den Industrienationen erhöhte sich die reale, inflationsbereinigte Verschuldung der privaten Haushalte von 1980 bis 2010 auf das Sechsfache. Vermutlich weit über 100 Millionen Familien weltweit sowie einige Länder lebten in den letzten 30 Jahren deutlich über ihre Verhältnisse, gaben mehr aus als sie einnahmen und finanzierten diese künstliche Nachfrage durch höhere Verschuldung.

Eigentlich wäre langfristig aber nur die untere Linie des Wirtschaftswachstums möglich gewesen. Denn Massenproduktion setzt Massennachfrage und damit Massenkaufkraft und Masseneinkommen voraus. Auf Dauer können Produktion und Wirtschaft nur wachsen, wenn die Massenproduktion auch abgenommen wird. Dass dennoch die obere Wachstumslinie erreicht wurde, lag an der künstlich überhöhten Nachfrage seitens vieler Millionen von Privathaushalten durch Kredite.

So entstand ein auf Pump und damit auf Sand gebautes Wirtschaftswachstum in Höhe des Keils zwischen den beiden durchgezogenen Linien. Dieser Keil steht nun vor einer Bereinigung. Wie groß dieser Keil in etwa ist zeigen die Zahlen aus den USA: Der Massennachfrage von 105 stehen Produktionskapazitäten von 173 zur Verfügung. Teilt man 105 durch 173 ergibt sich etwa 0,6. Das heißt: zur Befriedigung der Massennachfrage würde eine Kapazität von 60% ausreichen. Es ist also viel zu viel Kapazität vorhanden. Oder anders ausgedrückt: Da ist eine gewaltige Nachfragelücke aufgebaut worden, die nun vor einer Bereinigung steht. Wenn man ähnliche Zahlen wie für die USA auch für die übrigen Industrieländer unterstellt, heißt das: Etwa drei von fünf Produktionsanlagen, Hotels, Restaurants usw. usw. brauchen wir nicht und dürften in den kommenden Jahren stillgelegt werden! Was das für Arbeitslosigkeit und soziale Entwicklungen bedeutet, kann man nur erahnen.

Was tun?

Die Antwort ist eigentlich verblüffend einfach: Wir brauchen nur die falschen und schädlichen Trends der letzten ein bis zwei Generationen rückabwickeln und das Geld dorthin zurückgeben, von wo es auch kommt: zu den Normal- und Kleinverdienern.

1 Entweder auf einmal durch eine einmalige Vermögensabgabe von etwa 30 Prozent auf alle Vermögen nach Abzug von Freibeträgen von vielleicht einer Million Euro pro Kopf.

2 Oder durch eine spürbare Erbschaftssteuer von beispielsweise 50% auf vererbte Vermögen nach Freibeträgen von vielleicht ein oder zwei Millionen Euro pro Empfänger. Erbschaften sind ja der Inbegriff von leistungslosen Einkommen. Pro Jahr werden derzeit in Deutschland etwa 300 Milliarden Euro vererbt, davon 100 Milliarden durch das wohlhabendste ein Prozent der Bevölkerung. Die real bezahlte Erbschaftssteuer beträgt zur Zeit etwa 5 Milliarden Euro pro Jahr. Das heißt unser Erbschaftssteuersatz liegt momentan bei ungefähr 1,7%. Das verfestigt die Ungleichheit und die ungleichen Startchancen in unserem Land.

3 Oder durch eine allmähliche Rückabwicklung in den nächsten 35 Jahren. Anstatt dass immer mehr Geld „von fleißig nach reich“, von den Normal- und Kleinverdienern zu den Vermögenden wandert wie in der Vergangenheit, also einfach das Gegenteil tun: Das Geld „von reich nach fleißig“ fließen lassen. Die Mittel dazu sind im Prinzip auch ziemlich einfach: Die drei Hauptvermögensarten sind zu belasten. Also beispielsweise:

a) Eine Vermögenssteuer von 3% des tatsächlichen Marktwertes auf nicht selbst genutzten bzw. bearbeiteten Grund und Boden inklusive Immobilien. Von dieser Steuer wären also nicht betroffen beispielsweise Familien, die im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung wohnen, oder der Landwirt, der seinen eigenen Grund und Boden bearbeitet. Dagegen würde Großgrundbesitz besteuert. De facto wären von dieser Steuer lediglich 10 bis 18% der deutschen Bevölkerung betroffen. Das Argument der Steuerflucht zieht hier nicht, denn Grundbesitz kann sich nicht in die Schweiz absetzen, er ist notorisch immobil.

b) Eine Vermögenssteuer auf Unternehmenseigentum in Höhe von 3% des tatsächlichen Markt- bzw. Verkehrswertes pro Jahr nach Berücksichtigung eines Freibetrages von vielleicht 2 Mio. Euro. Diese Steuer müssten maximal 10% aller Bundesbürger entrichten.

c) Einführung von umlaufgesichertem Geld, wie z.B. in der kleinen Gemeinde Wörgl in Österreich 1932/33.

Mit den hierdurch eingenommenen erheblichen Mitteln von deutlich über 100 Mrd. Euro pro Jahr könnte man im Gegenzug die Sozialversicherungsbeiträge für die arbeitende Bevölkerung oder die Einkommensteuersätze für Niedrigverdiener senken. Dadurch wäre das oben beschriebene Problem der Unterkonsumtion bzw. der Überkapazitäten gemildert oder gelöst, und wir stünden nicht vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch, sondern hätten das Problem mit Vernunft statt mit Unvernunft, wie es heute geschieht, gelöst.

Das gilt auch für Griechenland oder Spanien. Deren derzeitigen massiven Konjunkturprobleme wären durch die obigen drei Maßnahmen problemlos lösbar. Onassis war bekanntermaßen ein Grieche. Es gibt sehr viele sehr wohlhabende Griechen und Spanier. Wenn man diese stärker zur Finanzierung der Staatsfinanzen heranziehen würde anstatt die kleinen Leute, wie man es heute macht, wären die Konjunkturprobleme in Griechenland und Spanien erledigt. Diese Maßnahmen würden also einen Geldstrom von reich zu fleißig auslösen, anstatt den derzeitigen riesigen Geldstrom von fleißig nach reich weiter zu perpetuieren.

Autor:

Christian Kreiß

geboren 1962 ist ein deutscher Ökonom. Er arbeitete ab 1993 bei der Commerzbank als Bankangestellter, ab 1995 im Investmentbanking bei der Bayerischen Landesbank München, ab 1998 in der Dresdner Bank Gruppe. Seit 2002 ist Kreiß Professor für Finanzierung und Wirtschaftspolitik an der Hochschule Aalen Technik und Wirtschaft.

www.menschengerechtewirtschaft.de/

Dieser Text wurde zuerst am 20.12.2016 auf den KenFM unter der URL ‹https://kenfm.de/krebs-im-wirtschaftsleben/› veröffentlicht. (Lizenz: KenFM)

‹http://www.free21.org/?p=26233›

Publiziert auf Free21 am 00.00.2016, 10:42 Uhr, von Autorname auf webseite.de, Lizenz: der Originalseite oder unsere

Die NSA und „die Kontrolle der Zukunft“

Die Aktivitäten der National Security Agency (NSA) lassen sich insbesondere vor dem Hintergrund langfristig eher geringer, denn größer werdender Finanzmittel der öffentlichen Hand erklären, die den USA zum Führen von Überseekriegen zur Verfügung stehen.

von Lars Schall

(Foto: Pixabay, Lizenz: CCo Public Domain)

Vor dem Hintergrund langfristig eher geringer, denn größer werdender Finanzmittel der öffentlichen Hand, die zum Führen von Überseekriegen zur Verfügung stehen, lässt sich die Aktivität der National Security Agency (NSA) erklären, wie der US-Historiker Alfred McCoy nahelegt. Über die Informationsschwemme, die durch den ehemaligen NSA-Mitarbeiter Edward Snowden in ausgesuchten Organen der internationalen Presse Mitte / Ende 2013 enthüllt wurde, schreibt McCoy, dass „niemand auf die Kombination von Faktoren (hinwies), die die Erweiterung der NSA-Programme zur Beobachtung der Welt zu einer Slam Dunk-Entwicklung für Washington machten“. Dabei sei die Erklärung doch „denkbar einfach. Für eine imperiale Macht, die ihren wirtschaftlichen Klammergriff um den Planeten verliert und in Richtung strengere Zeiten marschiert, sehen die neuesten technologischen Durchbrüche der NSA wie ein Schnäppchen-Angebot aus, wenn es um das Projizieren von Macht und das In-Reihe-Halten von Verbündeten geht.“ (1)

Aus historischer Perspektive legt McCoy dar:

„Seit mehr als einem Jahrhundert, von der Befriedung der Philippinen im Jahre 1898 bis hin zu Handels-Verhandlungen mit der Europäischen Union heute, sind die Überwachung und ihre Cousins, die Skandale und skurrilen Informationen, eine Schlüsselwaffe um die globale Herrschaft für Washington gewesen. Nicht überraschend haben George W. Bush und Barack Obama in einer parteiübergreifenden post-9/11-Ausübung der Exekutivgewalt den Vorsitz über den schrittweisen Aufbau der NSA in ein geheimes digitales Panoptikum innegehabt, um die Kommunikation von jedem amerikanischen und ausländischen Führer weltweit zu überwachen.

Was genau war das Ziel eines solch beispiellosen Programms der massiven inländischen und planetaren Spionage, die die Gefahr von Kontroversen im In- und Ausland in sich trug? Hier kann uns ein Bewusstsein für die mehr als hundertjährige Geschichte der US-Überwachung (…) zur strategischen Bedeutung eines solchen Programms für die letzte Supermacht der Erde führen.“ Die Vergangenheit zeige, so McCoy, „eine langfristige Beziehung zwischen amerikanischer staatlicher Überwachung und politischen Skandalen“, und diese Beziehung könne helfen, „den unbestätigten Grund zu beleuchten, warum die NSA engste Verbündete Amerikas überwacht.

Nicht nur hilft eine solche Überwachung beim Gewinnen von Geheiminformationen, die von Vorteil für die US-Diplomatie, die Handelsbeziehungen und Kriegsführung sind, sondern sie schöpft auch intime Informationen ab, die Hebelwirkung – ähnlich wie Erpressung – bei sensiblen globalen Geschäften und Verhandlungen aller Art haben können. Das globale Panoptikum der NSA erfüllt damit einen alten Traum von Imperien. Mit wenigen Tastendrücken eines Computers hat die Behörde das Problem gelöst, das die Weltmächte zumindest seit der Zeit von Kaiser Augustus plagte: Wie kontrolliert man widerspenstige lokale Führer, die die Grundlage für die imperiale Herrschaft sind, indem man entscheidende, oft skurrile Informationen aufspürt, um sie geschmeidiger zu machen.“ (2)

Und hier folgen nun die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen der Vorgang zu betrachten ist:

„Da die Lücke zwischen der globalen Reichweite Washingtons und dessen geschrumpfter gepanzerten Faust gewachsen ist, indem es darum kämpft, 40% der Welt-Rüstung mit nur 23% der weltweiten Bruttowirtschaftsleistung aufrecht zu halten, müssen die USA neue Wege finden, ihre Macht weitaus wirtschaftlicher auszuüben. Als der Kalte Krieg anzog, war das Heavy-Metal-US-Militär – mit 500 Basen weltweit um ungefähr 1950 herum – nachhaltig, weil das Land rund 50 % des globalen Bruttosozialprodukts kontrollierte.

Indem sein Anteil an der Weltproduktion jedoch fällt – auf geschätzte 17% bis zum Jahr 2016 – und seine sozialen Wohlfahrtskosten unaufhaltsam von 4% des Bruttoinlandsprodukts im Jahre 2010 auf voraussichtlich 18% im Jahre 2050 steigen, wird eine Kostensenkung unumgänglich, wenn Washington als ‚einzige Supermacht‘ der Erde überstehen will. Im Vergleich zu den $ 3 Billionen an Kosten für die USA zur Invasion und Besetzung des Irak, sieht der NSA-Haushalt 2012 von nur $11 Milliarden für die weltweite Überwachung und Cyberkriegsführung wie eine Kostenersparnis aus, auf die das Pentagon schlecht verzichten kann.

Durch das Sammeln von Wissen – routinemäßiges, intimes oder skandalöses – über ausländische Staats- und Regierungschefs haben kaiserliche Statthalter des alten Roms bis hin zum modernen Amerika sowohl das Geheimwissen wie auch die Aura der Autorität gewonnen, die für die Herrschaft über fremde Gesellschaften notwendig sind. Die Bedeutung und Herausforderung, diese lokalen Eliten zu kontrollieren, kann nicht überbewertet werden. Während der Befriedung der Philippinen nach 1898 zum Beispiel hielt das US-Kolonialregime umstrittene Filipino-Führer durch die Überwachung, die politische Geheiminformationen und persönliche Skandale hervorbrachte, klein. Und das war natürlich genau das, was J. Edgar Hoover in Washington in den 1950er und 1960er Jahren tat.“

Mit dem „überschwellenden Fluss von NSA-Dokumenten“, den Edward Snowden freisetzte, habe

die Öffentlichkeit „einen Einblick in die veränderte Architektur der globalen US-Macht“ erlangt. „Im weitesten Sinne ergänzt Obamas digitaler ‚Pivot’ seine gesamte Verteidigungsstrategie, die er 2012 zur Reduzierung konventioneller Streitkräfte ankündigte, während die Expansion in die neuen, kostengünstigen Domänen des Cyberspace vorangetrieben werden.“ Derweil im Rüstungsbereich und bei der Größe des Militärs „bescheidene Abstriche“ gemacht wurden, „hat Präsident Obama Milliarden in den Bau einer neuen Architektur für die globale Informationskontrolle investiert.“ (3)

Eine Zukunftsinvestition in einen neuen Weltmachtapparat, die McCoy auf insgesamt $ 1.2 Billionen beziffert. (4)

Im Grunde ist das, was gerade beschrieben wurde, eine Spielart der Frage, „wie man das meiste Territorium mit den wenigsten Akteuren als möglich kontrolliert.“ (5)

In deutlichen Umrissen zeichnet sich „die Kontrolle der Zukunft“ und „das neue Erdzeitalter“ ab, wie sich Elmar Altvater für die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ ausdrückte:

„Snowden hat bloßgelegt, in welchem Ausmaß die Fünferbande der Geheimdienste – die ‚Five Eyes‘ aus den USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland – die Bürgerinnen und Bürger in aller Welt ausspionieren, in welch planetarischer Größenordnung sie Daten klauen, speichern und für ihre Zwecke nutzen – und damit die Privatheit aller Menschen zerstören, die nach Art. 12 der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen geschützt ist. Damit aber ist auch die Meinungsfreiheit, die Grundlage von politischer Betätigung wie auch von Widerstand gegen die Herrschenden, im Kern bedroht und folglich auch die Demokratie.

Die Geheimdienste rechtfertigen ihre gemeingefährlichen Machenschaften – die Wissensbeschaffung aus der planetarischen Cloud, aus den verschlüsselten Handys von Regierungschefs wie Angela Merkel oder Dilma Rousseff und aus der unübersehbaren Masse (un)verschlüsselter E-Mails normaler Bürgerinnen und Bürger – mit dem fadenscheinigen Argument, es ginge um Früherkennung terroristischer Aktivitäten und damit um den Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Doch die Bespitzelung der Welt ist mehr als ein gigantischer Datenfischzug im ‚World Wide Web‘ im Dienste der ‚Sicherheit‘. Sie passt nämlich exakt zu den Denk- und Handlungsmustern, die das Geo-Engineering einer neuen Menschheitsepoche bestimmen.“

Es werde „mit sophistischen technischen Mitteln“ eine planetarische Verwaltung oder „planetary stewardship“ eingerichtet, will heißen: „ein effizientes Management mit Prokura für den Planeten Erde (…), um nicht nur den Informationsfluss, sondern die vielfältigen sonstigen Krisenprozesse unserer Zeit zu steuern – bei Aufrechterhaltung des herrschenden kapitalistischen Systems.“ (6)

In diesem argumentativen Fahrwasser bewegt sich auch Snowden-Mittelsmann Glenn Greenwald, wenn er schreibt:

„Lange Zeit galt das Internet als ein beispielloses Instrument der Demokratisierung und Liberalisierung, ja sogar der Emanzipation. Nach Ansicht der amerikanischen Regierung aber drohen dieses weltweite Netzwerk und andere Kommunikationstechnologien die Macht der USA zu untergraben. Aus dieser Sicht betrachtet, ist das zentrale Ziel der NSA, ‚alles zu sammeln‘, letztlich schlüssig. Die Beobachtung sämtlicher Bereiche des Internets und aller anderen Kommunikationsmittel durch die NSA ist entscheidend dafür, dass niemand der Kontrolle der amerikanischen Regierung entgeht.“

Es sei, so Greenwald, „leicht zu verstehen, warum die Behörden in den USA, aber auch in anderen westlichen Ländern, der Versuchung unterlagen, ein derart omnipräsentes Spionagesystem zu entwickeln, das auch – und nicht zuletzt – gegen die eigenen Bürger gerichtet ist. Eine immer größere Kluft zwischen Arm und Reich, die durch den Zusammenbruch des Finanzsektors im Jahr 2008 noch vertieft wurde, hat zu einer schweren innenpolitischen Instabilität geführt.“

Konfrontiert mit Unruhen stünden Machthaber im Allgemeinen vor zwei Alternativen: „die Bevölkerung mit symbolischen Zugeständnissen zu beschwichtigen oder ihre Kontrolle zu festigen, um die eigenen Interessen so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Die Eliten im Westen scheinen die zweite Option als die beste, vielleicht als den einzig gangbaren Weg zu betrachten, um ihre Position zu wahren. Die Occupy-Bewegung wurde mit Gewalt – durch Tränengas, Pfefferspray – und durch strafrechtliche Verfolgung zerschlagen. Polizeikräfte, die wie paramilitärische Einheiten agierten, zeigten in allen amerikanischen Städten massive Präsenz und trieben mit Waffen, wie man sie auf den Straßen Bagdads gesehen hatte, die weitgehend friedlichen Demonstranten auseinander, die sich legal versammelt hatten. Die Strategie war, Angst vor der Beteiligung an Protestmärschen und Demonstrationen zu erzeugen, und sie funktionierte. Gleichzeitig verfolgte man damit das umfassendere Ziel, das Gefühl hervorzurufen, dass ein solcher Widerstand gegen ein starkes und undurchschaubares Establishment sinnlos ist.

Um all das zu erreichen, ist ein System allgegenwärtiger Überwachung noch viel wirksamer. Wenn die Regierung alles beobachtet, was die Menschen tun, wird allein schon das Organisieren von Widerstand schwierig. Aber die Massenüberwachung erstickt jedes abweichende Verhalten auch auf einer tieferen und noch entscheidenderen Ebene: im Kopf. Der Einzelne richtet sich selbst dazu ab, nur noch in eine Richtung zu denken, die erwartet und verlangt wird.“ (7)

Im Kontext der Eindämmung von Massenprotesten arbeitet das Pentagon an der Militarisierung der Sozial- und Verhaltensforschung, um sie gezielt gegen unliebsame politische Bewegungen einsetzen zu können. Das Pentagon betreibt ein Forschungsprogramm, das Universitäten finanziert, „um die Dynamik, Risiken und Wendepunkte großer Unruhen in der ganzen Welt zu modellieren“, jeweils „unter der Aufsicht von verschiedenen US-Militärbehörden. Das Multi-Millionen-Dollar-Programm wurde entwickelt, um sofortige und langfristige ‚Warfighter-relevante Erkenntnisse’“ für hohe Entscheidungsträger zu liefern. (8)

Gestartet im Jahre 2008, geht das Verteidigungsministeium (Department of Defense, DoD) bei der sogenannten „Minerva-Forschungsinitiative“ Partnerschaften mit Hochschulen ein, „um das grundlegende Verständnis des DoD von den sozialen, kulturellen, verhaltensbezogenen und politischen Kräften zu verbessern“, die jene Regionen der Welt beeinflussen, „die von strategischer Bedeutung für die USA sind.“ (9)

Das Programm umfasst eine Studie, an der die Cornell University unter dem Management des US Air Force Office of Scientific Research führend beteiligt ist. Sie soll „ein empirisches Modell ‚der Dynamik der Mobilisierung und Ansteckung sozialer Bewegungen‘ entwickeln. Das Projekt wird „den kritische Massen (-Umkehrpunkt)“ sozialer Ansteckungen durch das Studium ihrer ‚digitalen Spuren‘ bestimmen“, die 2011 bei der ägyptischen Revolution, den russischen Duma-Wahlen 2011, der Kraftstoff-Subventionskrise in Nigeria 2012 und den Gezi-Park-Protesten in der Türkei 2013 verzeichnet wurden.“ Ein weiteres Projekt, das von der University of Washington betrieben wird, „zielt darauf ab, die Bedingungen zu entdecken, unter denen politischen Bewegungen entstehen, die auf großen politischen und wirtschaftlichen Wandel ausgerichtet sind“. Das Projekt, das unter dem Management des US Army Research Office steht, „konzentriert sich auf ‚große Bewegungen, die mehr als 1.000 Teilnehmer in dauerhafter Aktivität einbeziehen“. Insgesamt werden 58 Länder von der Studie abgedeckt werden. (10) Ferner finanzierte die Minerva-Initiative 2013 „ein Projekt, um festzustellen, ‚Wer wird kein Terrorist,

Publiziert auf Free21 am 13.01.2017, 16:41 Uhr, von Lars Schall auf www.larsschall.com (Lizenz: Lars Schall)

und warum?', die jedoch friedliche Aktivisten mit 'Unterstützern politischer Gewalt' verschmolz, die sich von Terroristen nur dadurch unterschieden, dass sie selbst nicht zu 'bewaffneter Militanz' übergingen." (11)

Im gleichen Jahr verteilte die Minerva-Initiative Geldmittel an ein Projekt der University of Maryland in Zusammenarbeit mit dem Pacific Northwest National Laboratory des US Department of Energy, „um das Risiko von Unruhen aufgrund des Klimawandels zu beurteilen. Hierbei werden Unruhe-Risiken in Anbetracht verschiedener Klimaszenarien durchgespielt." In einem Fünf-Jahres-Zeitraum gab die Minerva-Initiative über 75 Millionen US-Dollar für Sozial- und Verhaltensforschung aus. Offensichtlich geht es führenden Personen im Pentagon darum, „Fähigkeiten zu entwickeln, die schnell verfügbar gemacht werden können", und zwar in der Form von „Modellen und Werkzeugen, die bei Operationen integriert werden können". Laut Professor David Price, Kulturanthropologe an der St. Martins-Universität in Washington DC und Autor von Weaponizing Anthropology: Social Science in Service of the Militarized State, existiert ein Pentagon-Programm namens Human Terrain Systems (HTS), in dem es darum geht, Sozialwissenschaftler in militärischen Feldoperationen einzubetten. Hierzu werden routinemäßig Trainingsszenarien in Regionen der Vereinigten Staaten durchgeführt, die eigentlich für Aufstände in Afghanistan und im Irak entwickelt wurden. In den Szenarien wurde die lokale Bevölkerung – d. h. die US-Bevölkerung – „von militärischer Perspektive her als gefährdend für die etablierte Balance der Macht und des Einflusses" angesehen, als eine Herausforderung von Law and Order.

„Solche Kriegsspiele stehen im Einklang mit einer Reihe von Pentagon-Planungsunterlagen, die darauf hindeuten, dass die Massenüberwachung der National Security Agency (NSA) zum Teil motiviert ist, um sich für die destabilisierenden Auswirkungen der kommenden Umwelt-, Energie- und Wirtschafts-Schocks vorzubereiten." (12)

Währenddessen dominieren immer weniger Unternehmen den Markt für Sicherheitsdienstleistungen, die von Privatfirmen für die US-Regierung erledigt werden. Der Branchenprimus war 2016 das Unternehmen Leidos, gefolgt von Booz Allen Hamilton, CSRA, SAIC und CACI International. Zusammen beschäftigten diese fünf Firmen im Jahre 2016 nahezu 80 Prozent der privatwirtschaftlichen Mitarbeiter, die beauftragt sind, für Spionage- und Überwachungsbehörden der USA zu arbeiten. (13) Leidos Holdings, ein großer Auftragnehmer des Pentagon, fusionierte im August 2016 mit der Information Systems & Global Solutions-Abteilung von Lockheed Martin. Booz Allen Hamilton befindet sich teilweise im Besitz der Carlyle Group und „ist im Grunde der Consigliere der Geheimdienst-Community". CSRA Inc. ging aus einem Zusammenschluss von CSC und SRA International hervor. CSC managt die internen Kommunikationskanäle der NSA, nachdem es diese auch entwickelt hatte, indes SRA International eine lange (hochprofitable) Geschichte im Bereich Geheiminformationsgewinnung, Überwachung und Aufklärung (Intelligence, Surveillance, Reconnaissance, ISR) aufweisen konnte. CSRA Inc. arbeitet unter anderem rund um die Uhr an der Unterstützung der „globalen Operationen" der US-Kommandozentren in Europa und Afrika. SAIC ist mit dem Kauf von Scitor ins Spionagegeschäft eingestiegen, indem es seither an der Arbeit des National Reconnaissance Office (NRO) beteiligt ist, das mit der NSA und der National Geospatial-Intelligence Agency (NGA) kooperiert. Und CACI International kaufte in jüngerer Vergangenheit zwei Unternehmen, die umfangreiche Arbeiten für die NSA und die CIA verrichten: National Security Solutions und Six3 Intelligence Solutions. (14) Diese fünf Firmen – Leidos, Booz Allen Hamilton, CSRA, SAIC und CACI International – beschäftigten im Jahre 2016 rund 45.000 Mitarbeiter, die Zugang zu Geheiminformationen besaßen. Das entsprach fast 80 Prozent aller privatwirtschaftlichen Mitarbeiter, die ausgelagerte Geheimdienstarbeiten für die USA verrichteten (58.000), und etwa einem Fünftel aller Beschäftigten im Bereich der nationalen und militärischen Geheimdienstinformationsgewinnung in den USA (183.000). (15)

Autor:

Lars Schall

wurde am 31. August 1974 in Herdecke an der Ruhr geboren. Er studierte an den Universitäten Dortmund und Knoxville, Tennessee in den USA unter anderem Journalistik. Er ist freier Finanzjournalist mit den Schwerpunkten Erdöl, Edelmetalle, Geldsystem und Geopolitik. Er veröffentlicht u. a. auf ASIA TIMES ONLINE und CONSORTIUMNEWS. Darüber hinaus arbeitet er als Übersetzer von Finanz- und Wirtschaftstexten. Lars Schall lebt im Ruhrgebiet.

Dieser Text wurde zuerst am 01.12.2016 auf www.larsschall.com unter der URL ‹http://www.larsschall.com/2016/12/01/die-nsa-und-die-kontrolle-der-zukunft/› veröffentlicht. (Lizenz: Lars Schall)

‹http://www.free21.org/?p=26117›

Quellen:

(1) Alfred McCoy: "Surveillance and Scandal – Time-Tested Weapons for U.S. Global Power", veröffentlicht von TomDispatch am 19. Januar 2014 *<http://www.tomdispatch.com/post/175795/tomgram%3A_alfred_mccoy%2C_it%27s_about_blackmail%2C_not_national_security/>*

(2) Ebd.

(3) Ebd.

(4) Vgl. ebd.

(5) Lars Schall: "Behind the Wheel", Interview mit Catherine Austin Fitts, veröffentlicht von LarsSchall.com am 29. August 2010 *<http://www.larsschall.com/2010/08/29/behind-the-wheel/>*

(6) Elmar Altvater: „Die Kontrolle der Zukunft: Edward Snowden und das neue Erdzeitalter", veröffentlicht im April 2014 auf „Blätter für deutsche und internationale Politik" *<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2014/april/die-kontrolle-der-zukunft.> Unter dem Stichwort Planetary Stewardship verweist Altvater auf Will Steffen: "The Anthropocene: From Global Change to Planetary Stewardship", in: „AMBIO", 40/2011, S. 739-761, Royal Swedish Academy of Sciences, 2011.*

(7) Glenn Greenwald: „NSA: Die Schere im Kopf – Wie Massenüberwachung jeden Protest im Keim erstickt", veröffentlicht auf Blätter für deutsche und internationale Politik im Juni 2014 *<https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2014/juni/nsa-die-schere-im-kopf>*

(8) Nafeez Ahmed: "Pentagon preparing for mass civil breakdown", veröffentlicht auf The Guardian am 12. Juni 2014 *<http://www.theguardian.com/environment/earth-insight/2014/jun/12/pentagon-mass-civil-breakdown>*

(9) Ebd.

(10) Ebd.

(11) Ebd.

(12) Ebd.

(13) Tim Shorrock: "5 Corporations Now Dominate Our Privatized Intelligence Industry", veröffentlicht von The Nation am 8. September 2016 *<https://www.thenation.com/article/five-corporations-now-dominate-our-privatized-intelligence-industry/>*

(14) Ebd.

(15) Ebd. Der Rest, der nicht von den großen fünf Akteuren Leidos, Booz Allen Hamilton, CSRA, SAIC und CACI International im privatwirtschaftlichen Sektor der Geheimdienstarbeit beschäftigt wird, steht im Sold von Unternehmen wie Northrop Grumman, Boeing, Raytheon, BAE, Accenture, ManTech International Corporation, Engility Corporation, L-3 Communications und PAE.

Die **Demokratie** des George **Soros**

von Paul Schreyer

George Soros - World Economic Forum - Jahrestreffen (Foto: Copyright by World Economic Forum swiss-image.ch/Photo by Michael Wuertenberg / flickr / Creative Commons Attribution-Share Alike 2.0 Generic)

Der Multimilliardär George Soros ist ein ebenso schillerndes wie widersprüchliches Phänomen: zum einen der Börsenspekulant, der sein Geld auch damit verdient, im großen Stil auf den Niedergang von Währungen und Volkswirtschaften zu wetten, zum anderen der freigiebige Spender, Intellektuelle und politische Aktivist, der nach eigenen Worten die Demokratie fördern und Menschen in aller Welt zu mehr Freiheit in einer „offenen Gesellschaft" verhelfen will. Nun sind tausende interne Dokumente der von ihm geführten politischen Stiftungen aufgetaucht, die zeigen, mit welchen Methoden er dabei vorgeht. Die Leitmedien schweigen bislang zu den Enthüllungen.

George Soros wurde 1930 in Budapest geboren, verließ das Land nach dem Zweiten Weltkrieg, um in England Philosophie zu studieren und machte anschließend in den USA im Finanzsektor Karriere, erst als Wertpapierhändler, dann als Fondsmanager. Sein Vater, ein Schriftsteller, war im Ersten Weltkrieg in einem sibirischen Arbeitslager interniert gewesen, kehrte später nach Ungarn zurück und emigrierte 1956, nachdem die Sowjetunion den ungarischen Volksaufstand gewaltsam niedergeschlagen hatte, in die USA. Es liegt nahe, das spätere Engagement seines Sohnes für eine Befreiung Osteuropas von sowjetischer Vorherrschaft auch als Antwort auf diese familiäre Vorgeschichte zu verstehen. Soros selbst beschrieb den Beginn seines politischen Aktivismus und seine Ziele dabei so:

„Ich gründete meine erste Stiftung 1984 in Ungarn. Die Idee dahinter war einfach. Das von den herrschenden Kommunisten propagierte Staatsdogma war falsch und wir konnten diese Lüge entlarven, indem wir eine Alternative anboten. Daher unterstützten wir jede kulturelle Initiative, die nicht das herrschende Dogma vertrat. Geleitet wurde ich durch das Konzept der ‚offenen Gesellschaft', das ich vom Philosophen Karl Popper übernahm. In meinen Augen war die offene Gesellschaft eine höher entwickelte Form des sozialen Zusammenlebens, als die totalitären geschlossenen Gesellschaften des Ostblocks. Letztere versuchten, zentralistische Pläne umzusetzen; in einer offenen Gesellschaft konnte jeder Einzelne seinen eigenen Plan verfolgen. Die Umwandlung von einer geschlossenen zu einer offenen Gesellschaft erforderte Hilfe von außen – und diese sollten meine Stiftungen gewähren."

Soweit die Leitgedanken des Milliardärs zur Gründung seiner berühmten „Open Society Foundations", die eigenen Angaben zufolge mittlerweile in 41 Ländern mit insgesamt 1800 Mitarbeitern tätig sind. Ihr Jahresetat für 2016 beträgt 930 Millionen Dollar. Damit gehören die Soros-Stiftungen zu den einflussreichsten politischen Organisationen der Welt – und sind doch letztlich nur einer einzigen Person und deren privaten Zielen verpflichtet.

Zweifelhafte Quellen der „Open Society"

Immer wieder wird Soros vorgeworfen, er handle im Sinne einer aggressiven US-Außenpolitik und unterstütze den Kampf der Amerikaner gegen missliebige Regierungen, wie etwa 2014 in der Ukraine. Tatsächlich überschneiden sich die Interessen der Weltmacht USA mit denen von Soros an vielen Stellen, wie eben in Osteuropa und das schon seit Jahrzehnten.

Es ist seit langem bekannt, dass die CIA in ihrem Kampf gegen den Kommunismus im Kalten Krieg viele Intellektuelle förderte, vor allem mittels der von ihr verdeckt finanzierten Organisation „Congress for Cultural Freedom". Es ging darum, dem kommunistischen Block mit seinem populären Versprechen sozialer Gerechtigkeit und seinen antikapitalistischen Idealen etwas Geistiges entgegenzusetzen, das die Intellektuellen im Westen wie im Osten als attraktiv empfanden. Man wählte die Idee der „Freiheit", die sich gut dem dogmatisch klingenden Politjargon und der offensichtlichen Zensur im Osten gegenüberstellen ließ, und förderte über die Jahre eine Vielzahl von intellektuellen Zeitschriften, sowie Künstlern und Publizisten, sofern diese nicht offen mit dem Kommunismus sympathisierten. Meist wussten die geförderten Intellektuellen und Künstler selbst nicht, dass ihre Unterstützung auf einer Finanzierung der CIA beruhte, da das Geld diskret über zwischengeschaltete Stiftungen verteilt wurde. Wie der Historiker Anselm Doering-Manteuffel schrieb, diente der „Congress for Cultural Freedom" den USA nach 1945 „als Waffe im Kampf gegen den Kommunismus und bald auch als ideelles Angebot an die Intellektuellen Westeuropas, ein gemeinwestliches kulturelles Bewusstsein zu entwickeln und die traditionelle Abgrenzung von europäischer Hochkultur gegen die amerikanische Massenkultur zu überwinden".

Eine der wichtigsten Tochterorganisationen dieses CIA-Programms war die 1966 gegründete „Fondation pour une entraide intellectuelle européenne" („Europäische Stiftung für intellektuelle Zusammenarbeit"), welche Dissidenten in Osteuropa unterstützte, sofern diese nicht emigrierten, sondern im Osten blieben und dort weiter kritisch wirkten. Ab 1978 beteiligte sich George Soros an der Finanzierung dieser Stiftung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschmolz die Stiftung im Jahr 1991 vollständig mit der von Soros neu geschaffenen „Open Society"-Organisation. Der Finanzier baute seine Stiftung somit direkt auf einem osteuropäischen Netzwerk auf, das mit verdeckter CIA-Finanzierung über Jahrzehnte hinweg geschaffen worden war.

An dieser Stelle liegt einer der Widersprüche von Soros´ Aktivismus: Einerseits propagiert er eine „offene Gesellschaft" ohne zentrale Planung einer mächtigen Elite. Andererseits plant er selbst gemeinsam mit einer mächtigen

Publiziert auf Free21 am 24.01.2017, 12:15 Uhr, von Paul Schreyer auf PaulSchreyer.wordpress.com, Lizenz: Paul Schreyer

Elite. Er geht die Partnerschaft mit einer Weltmacht ein und baut auf die Mittel und Netzwerke von deren Geheimdienst auf. Diese Weltmacht und ihr Geheimdienst verfolgen mit ihrer Förderung von ehemals sowjet- und nun russlandkritischen Intellektuellen vor allem macht- und geopolitische Ziele. Russland soll geschwächt werden und kein eigenständiger Machtfaktor in der Weltpolitik sein. Am Ende geht es um Vorherrschaft und Marktanteile, letztlich um den Profit für einige Wenige und nicht um die Selbstbestimmung von Völkern.

Soros sieht das offenbar nicht, gibt sich an dieser Stelle naiv – oder ist es tatsächlich. Betrachtet man seine Auftritte und Äußerungen, könnte man Letzteres vermuten, doch ein Blick in die nun geleakten internen Dokumente seiner Stiftungen zeigt, dass dieser erfolgreiche Geschäftsmann ganz und gar nicht naiv ist, sondern sich mit politischen Tricks und Strategien gut auskennt.

Die Soros-Leaks

Unter den tausenden Papieren befindet sich auch ein 44-seitiges internes Protokoll eines Ukraine-Besuches von George Soros im März 2014, also unmittelbar nach dem Putsch in Kiew. Das Dokument zeigt ihn als selbstbewussten Patriarchen, der erst den amerikanischen Botschafter in Kiew instruiert und dann reihenweise die Minister der Übergangsregierung Jazenjuk zum Rapport antreten lässt.

Dem Stiftungs-Protokoll zufolge betont US-Botschafter Geoffrey Pyatt zu Beginn des Gespräches mit dem Milliardär, wie wichtig es im Moment sei, die Sichtweise der neuen ukrainischen Regierung „mit professionellen PR-Werkzeugen zu verbreiten“. Soros pflichtet dem bei und verweist auf das „Crisis Media Center“, das seine Stiftung im Land schon aufgebaut habe und dass Ministerpräsident Jazenjuk nun auch stärker nutzen müsse.

Der Botschafter teilt außerdem mit, dass US-Außenminister Kerry sehr interessiert daran sei, die Einschätzung von Soros zur derzeitigen Situation zu erfahren. Später im Gespräch bittet der Diplomat ausdrücklich um eine „Kritik der US-Politik“ und fragt direkt, was die amerikanische Regierung aus Soros´ Sicht „tun soll“. Die Antwort des Finanziers: Obama sei „zu weich gegenüber Putin“, es brauche „kraftvolle, kluge Sanktionen“. Nötig sei dabei eine „Arbeitsteilung zwischen den USA und der EU“, bei der die USA, so Soros, „die Rolle des ‚bad cop‘ spielen“ und Sanktionen gegenüber Russland verhängen sollten, und zwar „für 90 Tage, oder bis die russische Regierung die Ergebnisse der Wahlen anerkennt“.

Nebenbei erfährt man, dass der Milliardär offenbar auch einen hochrangigen Informanten im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages hat. Er sei „noch immer beunruhigt“, so Soros im März 2014, von Informationen, die er aus dem Ausschuss erhalten habe und denen zufolge Merkel einer möglichen Föderalisierung der Ukraine, wie Putin sie anstrebe, wohlwollend gegenüberstehe.

Was die ukrainische Innenpolitik angeht, regt Soros eine Justizreform „im Saakaschwili-Stil“ an. „Schlechte Richter“, so der Milliardär, sollen ausgesondert und entlassen werden. Gegenüber dem Justizminister Pawel Petrenko wiederholt er in einem separaten Gespräch, dass es nötig sei, „die Mehrheit der Richter zu ersetzen“, um einen „echten Regimewechsel“ abzusichern. Er selbst könne außerdem „Experten“ aus seiner Stiftung schicken, die beim Schreiben neuer Gesetze helfen. Der Justizminister reagiert dem Protokoll zufolge „sehr empfänglich“ auf diese Idee.

General Philip Breedlove, U.S. Air Force, bei der zeremoniellen Übergabe des Kommandos als Oberbefehlshaber des strategischen NATO-Kommandos in Europa (SACEUR) am 01. Mai 2013 (Foto: Sgt. 1st Class John Laughter/ NATO photo by Sgt Emily Langer GER Army / commons.wikimedia.org / public domain)

Demokratie „von oben“

Die Lektüre dieses Protokolls vom März 2014 macht vor allem eines deutlich: Soros betrachtet die Ukraine ähnlich wie ein Großgrundbesitzer sein neu erworbenes Land. Zwar möchte er dort, ganz modern und liberal, „Demokratie spielen“ lassen – allerdings eben unter Aufsicht. Diese Rolle ermöglichen ihm zum einen sein immenses Vermögen (laut Forbes Magazine gehört er zu den 25 reichsten Menschen der Welt), und zum anderen sein über Jahrzehnte hinweg aufgebautes Netzwerk im Land.

Man gewinnt dabei den Eindruck, dass Soros einer grotesken Selbsttäuschung erliegt, wenn er glaubt, dass allein mit genügend Geld, Mitarbeitern und Planungsaufwand eine Demokratie „von oben“ verankert werden könne. Um so fragwürdiger erscheint das Vorhaben, wenn die neue „Offenheit“ der Gesellschaft sich darin erschöpft, das Land vom einem Machtzentrum (Russland) zu lösen und einem anderen (EU / NATO / USA) anzunähern, sich ansonsten aber kaum etwas ändert, insbesondere an den wirtschaftlichen Spielregeln. Bei solch einer Strategie kann eigentlich nur ein geändertes Patronage-System entstehen, ein Tausch der Herrscher – aber keine sich selbst organisierende Gesellschaft.

Münchner Sicherheitskonferenz 2012: George Soros, Vorsitzender Soros Fund Management (Foto: by Frank Plitt, Creative Commons Attribution 3.0 Germany)

Vielleicht ist das am Ende die bittere Ironie in Soros´ Lebenswerk: mit großer Mühe etwas aufzubauen, das er ursprünglich hatte bekämpfen wollen – nämlich die Herrschaft durch eine zentrale Macht, die verdeckt agiert und niemandem Rechenschaft schuldig ist. Daneben fällt auf, dass Soros´ Rhetorik von den „geschlossenen unfreien Gesellschaften“ sich stets nur gegen die zentrale und autoritäre Machtausübung von Staaten richtet, aber nicht gegen die ganz ähnlich zentrale und autoritäre Machtausübung von Unternehmen oder Superreichen. Mehr noch: Der Finanzier versucht den unmöglichen Spagat, einerseits als Großspekulant in turbokapitalistischer Manier Milliarden zu verdienen, und andererseits als Sozialreformer und moderner liberaler Philosoph die Welt zu retten. Menschlich gesehen erscheint das fast tragisch. Politisch ist es ver-

heerend, so wie eigentlich immer, wenn ein Geschäftsmann kraft seiner über Vermögensgewinne angehäuften Macht glaubt, weiser zu sein als andere und aus seinem Geld und seiner „Weisheit“ dann politische Ansprüche zur Führung der Gesellschaft ableitet. Im Stalinismus diente eine vermeintlich überlegene Ideologie als Rechtfertigung für die autoritäre Herrschaft Einzelner, im Kapitalismus braucht es im Grunde überhaupt keine Rechtfertigung, es reicht der pure Vermögensbesitz.

Das Ausblenden der Armut

Die noblen Worte von der „offenen Gesellschaft“ und der „Freiheit“ des Westens stellten einige osteuropäische Intellektuelle schon Anfang der 1990er Jahre in Frage. So berichtet die ZEIT-Herausgeberin Marion Gräfin Dönhoff (1909-2002) in einem Artikel aus dem Jahr 1991 von ihrem Besuch eines Seminars der schon genannten „Europäischen Stiftung für intellektuelle Zusammenarbeit“ (deren CIA-Finanzierung die Gräfin dabei nicht erwähnt). Dort traf sie unter anderem den ungarischen Philosophen Elemer Hankiss (1928-2015), der selbst von der Stiftung gefördert wurde und der nun, 1991, sagte:

> „In der kommunistischen Ära wurde Freiheit zu einem allumfassenden Begriff, der sämtliche anderen Werte gleich mitliefert: Glück, Zufriedenheit, soziale Gerechtigkeit, Liebe, Loyalität … Wir lebten in der Illusion, dass alle Probleme gelöst wären, sobald wir eines Tages die kommunistische Diktatur los sein würden. Und als dann die Freiheit kam und viele Probleme blieben, fühlten wir uns getäuscht und waren verwirrt. Wir konnten es nicht fassen, dass man in einer freien Gesellschaft hungern und frieren, dass man krank und sogar unglücklich sein kann.“

Während im Osten viele Menschen diesen Unterschied zwischen Illusion (oder Propaganda) und Realität rasch begriffen, scheint die Täuschung in Köpfen wie dem von George Soros fortzuleben. Allerdings nicht nur bei ihm; auch kein einziger Vertreter der sogenannten „Zivilgesellschaft“, die Soros laut dem geleakten Protokoll traf, wies im direkten Gespräch mit dem Gönner auf das weitaus drängendste Problem des Landes hin – nämlich die riesige Armut dort. Stattdessen wiederholten die Ukrainer, die in den Soros-Stiftungen und anderen NGOs vor Ort arbeiteten, bei ihren Reformvorschlägen vor allem Begriffe wie „Transparenz“, „Korruptionsbekämpfung“, „Professionalität“, „zivilgesellschaftliche Partizipation“ und ähnliches.

Diskussionsrunde 48. Münchner Sicherheitskonferenz 2012: Von links: Mario Monti, Italienischer Ministerpräsident, Dr. Josef Ackermann, Vorstandsvorsitzender Deutsche Bank AG, Robert B. Zoellick Präsident, Weltbank USA, Peer Steinbrück, SPD-Bundestagsfraktion, George Soros, Vorsitzender, Soros Fund Management LLC and Open Society Foundations, USA. (Foto: by Sebastian Zwez, CC BY 3.0 DE)

Ohne Frage sind dies wichtige Ziele. Doch ohne eine konkrete materielle Basis, also genügend Arbeitsplätze und ausreichende Löhne, haben sie für die Bevölkerung nur vergleichsweise geringen Wert und sind im Alltag auch kaum durchsetzbar. Die Korruption im Staatsapparat etwa lässt sich nicht nachhaltig bekämpfen, solange Armut herrscht, da die bestochenen Beamten dann auf das illegale „Zubrot“ oftmals real angewiesen sind.

Viele Maidan-Revolutionäre, die oft aus der dünnen oberen Mittelschicht Kiews stammen, scheinen ähnlich abgekoppelt zu sein von den grundlegenden Sorgen der Bevölkerung, wie auch viele Politiker und Journalisten aus der Mittelschicht hier in Deutschland. Sie verengen ihren Blick auf eine wünschenswerte politische Freiheit und wichtige Standards, unterschätzen dabei aber den Wert von ausreichender sozialer Sicherheit für alle (nicht bloß für die Mittelschicht), ohne die eine Gesellschaft insgesamt weder stabil, noch demokratisch sein kann – und am Ende auch nicht frei.

OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

Partner des IWF

Für das Soros-Programm hat soziale Sicherheit keine hohe Priorität. Das Freiheitsversprechen wird konterkariert durch die Partnerschaft mit dem IWF, der im Gegenzug für Kredite bekanntlich die immer gleichen Forderungen erhebt und auch durchsetzt: Deregulierung, Privatisierung und Sozialabbau. Wie sehr die Soros-Stiftung sich in der Ukraine als Partner des IWF sieht, macht eine weitere Passage aus dem geleakten Protokoll deutlich. Yarema Bachynsky, ein gebürtiger New Yorker und Vorstandsmitglied von Soros´ ukrainischer Stiftung, diskutiert dort mit dem Milliardär, wie man Petro Poroschenko einzuschätzen habe, der damals, im März 2014, noch kein Präsident war, aber schon als aussichtsreicher Kandidat für den Posten galt. Bachynsky betont gegenüber Soros, er habe von Poroschenko noch nichts vernommen, was den Prinzipien der Stiftung entgegenlaufe. Er glaube, dass im Falle einer Poroschenko-Präsidentschaft „keine Widersprüche“ zu dem, „was IWF oder OSF in der Ukraine tun“ zu erwarten seien (OSF ist die Abkürzung für Soros´ „Open Society Foundation“). Man müsse daher, so Bachynsky, nun rasch die Aufmerksamkeit Poroschenkos erlangen, um nach seiner möglichen Wahl eine „so enge Verbindung zu ihm“ zu haben, dass sichergestellt sei, dass der Präsident sich dann „den Plänen von OSF oder IWF nicht widersetzt“. In einem anderen Gespräch mit Vertrauten merkt Soros zwar an, man solle die ukrainische Regierung bei Verhandlungen mit dem IWF dahingehend beraten, dass soziale Kürzungen nicht als Kreditbedingungen akzeptiert werden sollten, doch grundsätzlich erscheint der IWF in den Gesprächen als enger Partner.

Maidan ohne Soros nicht erfolgreich?

Welchen Anteil hatte Soros nun am Umsturz 2014? Beim Treffen mit dem Vorstand der Stiftung äußerte sich dazu Victoria Siumar, die viele Jahre für den von der US-Regierung finanzierten Auslandssender Voice of America arbeitete und dann für den von Soros finanzierten Radiosender „Hromadske“, der die Maidanbewegung direkt unterstützte. Siumar saß 2014 im Vorstand der ukrainischen Soros-Stiftung und stieg nach dem Putsch in den „Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat“ unter Ministerpräsident Jazenjuk auf. In dem nun geleakten Protokoll ist nachzulesen, wie sie Ihrem Gönner im persönlichen Gespräch im März 2014 dankt „für alles“, was er „für die Ukraine getan“ habe, da ohne seine Anstrengungen „die Revolution wohl nicht erfolgreich gewesen wäre“. Die Partner der Soros-Stiftungen, so Siumar, seien „der Hauptmotor und die Grundlage der Maidan-Bewegung“ gewesen. Der Milliardär äußert sich daraufhin zustimmend: Es sei „einzigartig“, was seine Stiftung „in jüngster Zeit erreicht“ habe.

Publiziert auf Free21 am 24.01.2017, 12:15 Uhr, von Paul Schreyer auf PaulSchreyer.wordpress.com, Lizenz: Paul Schreyer

Dabei ist das Soros-Netzwerk nur eines von vielen. Ähnlich finanzstark und gut vernetzt waren und sind in der Ukraine etwa die halbstaatliche US-Stiftung „National Endowment for Democracy“, oder die „Eurasia Foundation“, deren Hauptsponsor ebenfalls die US-Regierung ist. Gemeinsam haben sich diese Stiftungen in nahezu allen Strukturen des politischen Lebens der Ukraine mittlerweile so fest etabliert, dass es schwer fällt, noch von einer authentisch „ukrainischen“ Politik oder Bürgerbewegung zu sprechen. Natürlich gibt es auch in Kiew vom Ausland unabhängige Akteure, doch in einer so armen Region haben Sponsoren mit nahezu endlosen Geldmitteln besonders leichtes Spiel, sich durchzusetzen und Menschen vor Ort dauerhaft an sich zu binden. Ob man eine solche Entwicklung als „demokratischen Fortschritt“ bezeichnen kann, bleibt mehr als fraglich.

Die Medien schweigen

In deutschen, aber auch in amerikanischen Leitmedien sucht man Berichte über die Soros-Leaks bislang vergebens. Die in diesem Sommer erstmals in Erscheinung getretene Whistleblower-Plattform „DC Leaks“ hat die Dokumente am 13. August veröffentlicht, ohne dass die zahlreichen investigativen Kollegen von Spiegel, Süddeutscher Zeitung und Co. davon Notiz genommen hätten – ein weiteres Beispiel für die Existenz einer „Lückenpresse“. Lediglich die deutschen Ableger russischer Staatsmedien wie RT oder Sputnik brachten Berichte.

Über die Organisation „DC Leaks“ ist derweil wenig bekannt. Vor den Soros-Leaks hatte das Portal unter anderem Emails von Ex-Nato-Oberbefehlshaber Breedlove öffentlich gemacht, die zeigten, wie der General hinter den Kulissen versuchte, Druck auf US-Präsident Obama auszuüben, damit die Situation in der Ukraine stärker eskalierte. Auch zu dieser Enthüllung hatten die Medien nahezu vollständig geschwiegen, in den USA, wie in Deutschland. Von den großen Leitmedien brachte lediglich der Spiegel einen Artikel, in seiner Printausgabe.

„DC Leaks“ scheint sich bislang auf Material zu Russlands Gegnern zu konzentrieren, was den Verdacht nahelegt, dass der russische Geheimdienst dahinter stecken könnte. Auch ein Bloomberg-Bericht deutet das an. Sollte die Vermutung zutreffen, würde das gleichwohl nichts an der Brisanz der Leaks ändern – schließlich haben weder General Breedlove, noch aktuell die Soros-Stiftungen den Vorwurf erhoben, das veröffentlichte Material sei gefälscht. Selbst wenn ein Geheimdienst für die Leaks verantwortlich sein sollte, wäre das keine Rechtfertigung für die Leitmedien, nicht darüber zu berichten. Die veröffentlichten Informationen sind offenbar zutreffend und authentisch.

Anmerkung:

Die Webseite soros.dcleaks.com mit den geleakten Soros-Dokumenten war einige Tagen nicht mehr aufrufbar und wir können nicht sagen, ob und wie lange die Seite nach der Veröffentlichung dieses Textes online bleibt. Somit führt u.U. auch der Link zu dem in diesem Artikel mehrfach zitierten 44-seitigen Protokoll des Soros-Besuchs in der Ukraine vom März 2014 ins Leere. Die NachDenkSeiten haben das Dokument rechtzeitig gesichert und stellen es ihren Lesern unter <http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/160830_Ukraine-Working-Group-2014_gs-ukraine-visitmarch-2014notes.pdf>zur Verfügung.

Unterstütze Free21.org

Vereins-Spenden-Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Quellen:

ARD, Börse *<http://tinyurl.com/jbjk4sz>*

CNN, Soros: In revolutionary times the impossible becomes possible *<http://tinyurl.com/zycsbb6>*

The Open Society Foundation, ABOUT US *<https://www.opensocietyfoundations.org/about>*

The Open Society Foundation, Jahresbudget 2016 *<http://tinyurl.com/gpaguj7>*

Wikipedia, Kongress für kulturelle Freiheit *<http://tinyurl.com/jekdku3>*

Nachdenkseiten, Soros-Leaks – Bitte um Ihre Mithilfe *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=34637>*

DC Leaks Network *<http://soros.dcleaks.com>*

Nachdenkseiten, Die Demokratie des George Soros *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=34805>*

Sehepunkte, Rezensionsjournal für die Geschichtswissenschaften *<http://tinyurl.com/zqpvjvy>*

Open Society Fundations, *<http://tinyurl.com/jdppqud>*

JSTOR, Abstract, Minerva, von Nicolas Guilhot, erschienen 2006 im Springer Verlag *<http://tinyurl.com/h9gzfeu>*

YouTube, Open Society Foundations, George Soros and Open Society *<http://tinyurl.com/hqdu4n6>*

Forbes, Forbes 400, Top 20 *<http://tinyurl.com/42n4949>*

Zeit Online, Marion Gräfin Dönhoff, Osteuropa zwischen Hoffnung und Sorge *<http://tinyurl.com/jyzj7g7>*

The Aspen Institute, Aspen Ideas Festival, Viktoria Sigmar *<http://tinyurl.com/gln38np>*

National Endowment for Democracy, Regionen, Zentral- und Osteuropa *<http://tinyurl.com/z36nb8z>*

Eurasia Foundation *<http://www.eurasia.org>*

RT Deutsch, Soros-Leak *<http://tinyurl.com/zwpdmys>*

The Intercept, Hacked Emails Reveal NATO General Plotting Against Obama on Russia Policy*<http://tinyurl.com/gs67xpy>*

Spiegel Online, Gefährliche Propaganda *<http://tinyurl.com/jh3fo63>*

Bloomberg, FBI Expands Hacking Investigation *<http://tinyurl.com/htxs7sa >*

Deutsche Wirtschaft Nachrichten, Nato-General Breedlove wollte Obama zu Krieg gegen Russland drängen *<http://tinyurl.com/harurw8 >*

Autor:

Paul Schreyer

Jahrgang 1977, ist Autor und freier Journalist, unter anderem für die Magazine „Telepolis“ und „Global Research“. Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11 und publizierte zu diesem Thema auch in englischer Sprache. 2013 referierte Schreyer an der Seite von Dr. Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, auf einer Juristen-Konferenz an der Universität Bremen zum Stand der Ermittlungen bei 9/11. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren“ wurde ein Spiegel-Bestseller.

https://paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 30.08.2016 auf paulschreyer.wordpress.com unter der URL ‹https://paulschreyer.wordpress.com/2016/08/30/die-demokratie-des-george-soros/› veröffentlicht. (Lizenz: Paul Schreyer)

‹http://www.free21.org/?p=26161›

Mit Irreführungen **gegen Transparenz**

Wieviel zahlen Konzerne und Lobbyverbände, um mit ihrem Stand auf einem Parteitag vertreten zu sein? Beim Politsponsoring geht es um Millionensummen, deren Herkunft vollkommen im Dunkeln bleibt. Als der Bundestag jetzt über die RENTaSOZI-Affäre der SPD diskutierte, versuchten einige Redner, die Öffentlichkeit mit fragwürdigen Behauptungen in die Irre zu führen.

von Laura Gerken

Der deutsche Bundestag. (Foto: Jürgen Matern CC BY-SA 3.0)

Die RENTaSOZI-Affäre hat das Problem des Politsponsorings wieder auf die Agenda gebracht. Unternehmen und Interessenverbände können auf diese Weise immense Beträge an die Parteien transferieren, ohne dass es die Öffentlichkeit mitbekommt (ein positiver Nebeneffekt aus Sicht der Wirtschaft: Sponsoringzahlungen lassen sich im Gegensatz zu klassischen Parteispenden als Betriebsausgaben von der Steuer absetzen).

Anfang Dezember 2016 debattierte der Deutsche Bundestag über einen Gesetzentwurf der Grünen, der strenge Transparenzregeln für Sponsoringeinnahmen der Parteien vorsieht. Doch einige Abgeordnete aus dem Regierungslager stellten in der Debatte Behauptungen auf, die sich bei genauem Hinsehen als bloße Irreführung oder Ablenkungsmanöver entpuppen: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Murmann etwa behauptete:

> „Sponsoring ist transparent."

Stimmt – doch die Sponsoringeinnahmen sind es nicht. Und hier liegt das Problem: Denn niemand erfährt, wie viel ein Unternehmen an eine Partei zahlt, um beispielsweise mit einem Stand auf einem Parteitag vertreten zu sein. MONITOR-Recherchen von 2012 zeigten, dass Unternehmen auf diesem Wege teilweise hohe fünfstellige Beträge an eine Partei transferieren können. Ein weiteres Einfallstor für versteckte Lobbyistenzahlungen: Vollkommen überteuerte Anzeigen in Parteizeitungen.

Philipp Murmann behauptete: „Die Sponsoringeinnahmen werden in den Rechenschaftsberichten ausgewiesen."

Diese Aussage ist eine Irreführung, die Transparenz vortäuschen soll. Denn veröffentlichen müssen Parteien in ihren jährlichen Rechenschaftsberichten nur eine Gesamtsumme. Von der CDU erfahren wir zum Beispiel, dass sie zuletzt rund 12,4 Mio. Euro aus „Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit" kassiert hat - hinter diesem Posten verbergen sich auch Sponsoringeinnahmen. Welches Unternehmen oder welcher Lobbyverband wieviel zahlte, steht nirgends. (Die SPD kassierte übrigens 12,8 Mio. Euro, die CSU 6,6 Mio. Euro, die Grünen 630.000 Euro und die Linken 240.000 Euro. Die Angaben stammen aus den Rechenschaftsberichten der Parteien von 2014, neuere Zahlen gibt es bislang nicht).

Phillip Murmann behauptete: „Mit immer mehr Bürokratie frustrieren Sie nur diejenigen, die noch bereit sind, solche Ämter zu übernehmen, und sich damit für unsere Demokratie einsetzen. Es ist bereits heute nicht einfach, Kandidaten für die Schatzmeisterämter zu finden."

Große Bürokratie?! Murmanns Partei CDU könnte einmal damit beginnen, eine Liste mit den Zahlungen der Lobbyisten ins Internet zu stellen, die in dieser Woche auf dem Essener Parteitag mit einem eigenen Stand die Nähe der Delegierten suchten – doch hierzu fehlt der Wille. Die Grünen etwa tun dies seit längerem. Und auch die SPD hat – als Konsequenz aus der RENTaSOZI-Affäre – angekündigt, ab dem kommenden Jahr ihre Sponsoringeinnahmen aus Standgebühren detailliert offenzulegen.

Michael Frieser von der CSU behauptete: „Alle Einnahmen aus diesen Geschäften – das gilt nicht nur für Parteitage – können eingesehen werden."

Auch dies ist eine Irreführung, die Transparenz vortäuschen soll. Denn Zahlen einsehen kann allenfalls der Bundestagspräsident – und auch nur dann, wenn er einen schwerwiegenden Verdacht auf Unregelmäßigkeiten hat. So sieht es § 23a Abs. 3 des Parteiengesetzes vor. Die Öffentlichkeit hat natürlich keine Möglichkeit, „alle Einnahmen aus diesen Geschäften" einzusehen.

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Gabriele Fograscher erklärte: „Die Ehrenamtlichen müssen einen immensen bürokratischen Aufwand leisten, um zum Beispiel die Brötchen für 40 Euro, die der regionale Bäcker zum Kinderfest geschenkt hat, und die Würstchen für 90 Euro, die der regionale Metzger zum Sommerfest unentgeltlich geliefert hat, auszuweisen."

Auch dies führt am Kern der Sache vorbei. Denn das Problem

Lobbyisten werden von Kritikern oftmals als wahre Strippenzieher bezeichnet. (Foto: Pkahl, CC 3.0)

Publiziert auf Free21 am 17.01.17, 16:24 Uhr, von von Laura Gerken auf www.abgeordnetenwatch.de, Lizenz: Laura Gerken

ist nicht eine 90 Euro-Würstchenspende auf einem SPD-Sommerfest, sondern Sponsoringzahlungen von finanzstarken Unternehmen und Interessenverbänden, die bislang vollkommen im Dunkeln bleiben. Und auch die Logik von Fograschers Argument überzeugt nicht wirklich: Ja, schon jetzt müssen Parteien erfassen, wenn ihnen der örtliche Bäcker einen Korb voll Brötchen überlässt, wie uns die Bundestagsverwaltung auf Anfrage bestätigte. Denn eine Brötchenspende gilt in aller Regel als eine gebräuchliche Form des Sponsoring, die nach den geltenden Vorschriften als „Einnahme aus Veranstaltungen" zu verbuchen ist. Sehr viel mehr bürokratischer Aufwand würde aber nicht dadurch anfallen, dass eine Partei nun auch noch den Namen des Bäckers notieren müsste (aber wie gesagt: das Problem ist nicht der Bäcker).

Der Grünen-Antrag über die Einführung von Transparenzregeln wurde am vergangenen Donnerstag übrigens nicht angenommen. CDU/CSU und SPD setzten mit ihrer Stimmenmehrheit durch, das Thema in die zuständigen Ausschüsse zu überweisen – und dort dürfte bis zur Bundestagswahl im kommenden Jahr nichts mehr passieren. Die Erkenntnis aus der Bundestagsdebatte zum Politsponsoring: CDU und CSU verweigern sich nachwievor jeglichen Transparenzregeln. Die SPD sagt, sie hätte gerne mehr Transparenz, könne aber wegen ihres Koalitionspartners nicht (will aber künftig zumindest auf freiwilliger Basis ihre Einkünfte aus Standmieten offenlegen). Und die Opposition ist mal wieder mit einem Antrag gescheitert, der mehr Einblick in die finanziellen Verbindungen zwischen Politik und Wirtschaft bringen sollte.

Quellen:

Abgeordnetenwatch, Wie Unternehmen die Parteien unerkannt mit Millionen sponsern *<https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2014-09-18/wie-unternehmen-die-parteien-unerkannt-mit-millionensummen-sponsern>*
Deutscher Bundestag, Rechenschaftsbericht <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/079/1807910.pdf>

Bündnis 90 / Die Grünen, Einnahmen aus Sponsoring *<https://www.gruene.de/service/einnahmen-aus-sponsoring.html>*

Abgeordnetenwatch, RentaSozi *<https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2016-12-22/rentasozi-diese-unternehmen-zahlten-fur-gesprache-mit-spd-politikern>*

Abgeordnetenwatch, Nebeneinkünfte von NRW-Landesabgeordneten *<https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/NRW-Nebeneinkuenfte2016>* *YouTube, MONITOR-Beitrag zu verdeckten Sponsoringzahlungen an Parteien <https://www.youtube.com/watch?v=mvwK7E0Xbv0>*

Autor:

Abgeordnetenwatch

ist der direkte Draht von Bürgerinnen und Bürgern zu den Abgeordneten und Kandidierende. „Bürger fragen – Politiker antworten" ist der Kern des Portals.

www.abgeordnetenwatch.de

Dieser Text wurde zuerst am 09.12.2016 auf abgeordnetenwatch.de unter der URL ‹https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2016-12-08/mit-irrefuhrungen-und-ablenkungsmanovern-gegen-transparenz› veröffentlicht. (Lizenz: Laura Gerken)

‹http://www.free21.org/?p=26190›

Tausende **Stellungnahmen von Lobbyisten unter Verschluss**

Fließen Lobby-Forderungen in Gesetzentwürfe ein – möglicherweise gar als wörtliche Zitate? Aufschluss könnten die schriftlichen Stellungnahmen geben, mit denen sich Lobbyisten ins Gesetzgebungsverfahren einbringen. Doch nach abgeordnetenwatch.de-Recherchen halten die Bundesministerien Tausende dieser Papiere unter Verschluss. Eine öffentliche Kontrolle wird dadurch so gut wie unmöglich gemacht.

von Meike Röttjer und Martin Reyher

Wenn die Bundesregierung ein neues Gesetz auf den Weg bringt, fragt sie oftmals Lobbyisten nach ihrer Meinung – und das sogar höchst offiziell: Geregelt ist die Beteiligung von Interessenvertretern in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien, und sie geschieht in einem sehr frühen Stadium des Gesetzgebungsverfahrens. Zu diesem Zeitpunkt ahnen die meisten Abgeordneten noch gar nicht, dass ein Gesetz in Vorbereitung ist.

Illustration: Abgeordnetenwatch.de

Dass Betroffene und Experten angehört werden, ist durchaus sinnvoll, schließlich haben diese oftmals eine ganz andere Sichtweise auf eine Sache als der Referent, der den Gesetzentwurf zu Papier bringt. Allerdings birgt die Beteiligung von Interessenvertretern auch Gefahren. Denn das Ziel von Lobbyisten ist, Gesetzentwürfe im eigenen Sinne zu beeinflussen, und dies versuchen sie auf ganz unterschiedliche Weise, etwa über Hintergrundgespräche mit Ministern, Referenten und Abgeordneten, aber natürlich auch über Positionspapiere, in denen sie ihre Forderungen an ein Ministerium übermitteln. Ob eine Lobbyisten-Position am Ende in den Regierungsentwurf einfließt, liegt letztlich in der Hand der Ministerialbeamten.

weiter nächste Seite

Öffentliche Kontrolle? Fast unmöglich

Gibt es konkrete Fälle, in denen die Forderungen eines Lobbyverbandes in einen Regierungsentwurf übernommen wurden – unter Umständen sogar als wörtliches Zitat? Dies ließe sich herausfinden, indem man die Stellungnahmen der Verbände mit den Gesetzentwürfen der Ministerien in verschiedenen Stadien des Gesetzgebungsverfahrens abgleicht. Das Problem ist aber: Diese Dokumente bleiben in der Regel unter Verschluss.

Nach abgeordnetenwatch.de-Recherchen machen die allermeisten Bundesministerien die Stellungnahmen der Lobbyisten gar nicht oder nur in sehr geringem Umfang öffentlich. Bei Tausenden von Gesetzentwürfen aus dieser und früheren Legislaturperioden fehlen öffentliche Informationen darüber, welche Verbände von einem Ministerium angehört wurden und welche Stellungnahmen diese abgegeben haben. Ob und inwiefern die Positionen von Interessenvertretern in einen Gesetzentwurf eingeflossen sind, lässt sich nicht feststellen – eine öffentliche Kontrolle ist deswegen so gut wie unmöglich.

Nur ein Ministerium fällt positiv auf

Wir haben alle Bundesministerien sowie das Bundeskanzleramt schriftlich gefragt, ob diese die Stellungnahmen von Verbänden und Unternehmen sowie die Referenten- und Regierungsentwürfe auf ihrer Homepage zugänglich machen. Das Ergebnis: Von einer Veröffentlichung wollte so gut wie kein Ministerium etwas wissen, wenn überhaupt werden Dokumente nur in Einzelfällen online gestellt. Gegenüber abgeordnetenwatch.de beriefen sich die meisten Ministerien auf die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO). In § 48 Absatz 3 heißt es: „Über die Einstellung des Gesetzentwurfs in das Intranet der Bundesregierung oder in das Internet entscheidet das federführende Bundesministerium im Einvernehmen mit dem Bundeskanzleramt und im Benehmen mit den übrigen beteiligten Bundesministerien.“ Auf gut Deutsch: Wer nicht will, der muss auch nichts veröffentlichen.

Lediglich ein Ressort fällt positiv auf, es ist das Ministerium für Justiz und Verbraucherschutz. Das Haus von Minister Heiko Maas stellt laut eigenen Angaben seit dem 22. April 2016 „Stellungnahmen kommunaler, beteiligter Fachkreise und Verbände sowie anderer amtlich nicht beteiligter Stellen oder sonstiger Personen zu Referentenentwürfen unter www.bmjv.de/transparenz ein“, wie eine Ministeriumssprecherin auf abgeordnetenwatch.de-Anfrage mitteilte. Ausnahmen gebe es nur, wenn der Veröffentlichung widersprochen wurde. „In diesem Fall würde auf den Internetseiten vermerkt, dass eine Stellungnahme eingereicht wurde und wer diese verfasst hat.“ Bei einer Stichprobe sind wir auf keinen derartigen Fall gestoßen.

Positionspapiere von BDI, Siemens, WWF und der Autolobby

Insgesamt werden im Transparenzportal des Justizministeriums 209 Stellungnahmen zu elf Gesetzentwürfen aufgeführt. Ein Beispiel: Zur geplanten Corporate Social Responsibility-Richtlinie (CSR-Richtlinie) finden sich sowohl die erste Fassung des Gesetzentwurfs (Referentenentwurf) und der spätere Regierungsentwurf als auch die Stellungnahmen von 55 Interessenorganisationen und Unternehmen. Mit der Richtlinie will die Bundesregierung Unternehmen zu verbindlichen Angaben verpflichten, was sie beispielsweise in Sachen Korruptionsbekämpfung, Menschenrechte und Umweltschutz unternehmen. Hierzu haben u.a. der Bundesverband der Deutschen Industrie, der WWF, der Auto-Lobbyverband VDA und der Siemens-Konzern Positionspapiere mit ihren Forderungen ans Ministerium geschickt. Allerdings könnte auch das Justizministerium noch weitaus transparenter sein. Was fehlt, ist zum Beispiel eine eindeutige Markierung, welche inhaltlichen Änderungen an dem CSR-Gesetzesentwurf nach Anhörung der Interessenvertreter vorgenommen wurden – und welche Argumente aus den Stellungnahmen und weiteren Beratungen berücksichtigt wurden (sog. „legislativer Fußabdruck“).

Tausende Stellungnahmen unter Verschluss – ein Rechenbeispiel

Doch auch wenn das Justizministerium mit gutem Beispiel vorangeht und die Stellungnahmen der Interessenvertreter öffentlich macht: alle übrigen Ressorts halten zusammen mehrere tausend Lobby-Papiere unter Verschluss. Ein kleines Rechenbeispiel: Zu den elf veröffentlichten Gesetzentwürfen des Justizministeriums gingen im Schnitt 20 Stellungnahmen von Interessenvertretern ein. Hochgerechnet auf die 137 Regierungsentwürfe aus diesem Jahr wären es über 2.700 Positionspapiere allein seit Januar 2016. Bezogen auf die laufende Legislaturperiode sprechen wir von etwa 7.500 Stellungnahmen.

Diese Zahlen veranschaulichen das Ausmaß des Transparenzdefizits. Politiker und Ministerien, die mit gutem Beispiel vorangehen, sind wichtig. Noch wichtiger wären allerdings verbindliche Transparenzregeln für alle. Deswegen braucht es endlich ein verbindliches und öffentliches Lobbyregister, in dem Interessenvertreter mitteilen müssen, auf welche Gesetzesvorhaben sie Einfluss nehmen. Zeichnen Sie unsere Petition „Geheimen Lobbyismus stoppen - für ein verbindliches Lobbyregister!“

Quellen:

Veröffentlichung von Lobbyistenstellungnahmen: Antworten der Bundesministerien *<https://drive.google.com/file/d/0B9Tq3xXTFAKmMng3ekxKM1I0b1k/view>*

Übersicht zu den Stellungnahmen von Verbänden, Organisationen und Institutionen zu den Gesetzentwürfen des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz *<http://www.bmjv.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Stellungnahmensuche_Formular.html?nn=7563996&templateQueryString=Nach+Gesetzvorhaben+suchen>*

Referentenentwurf *<http://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/RefE_CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=1>*

Regierungsentwurf *<http://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/RegE_CSR-Richtlinie.pdf?__blob=publicationFile&v=1>*

Stellungnahmen *<http://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/DE/CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz.html>*

Geheimen Lobbyismus stoppen - für ein verbindliches Lobbyregister! *<https://www.abgeordnetenwatch.de/stoppt-geheimen-lobbyismus?src=blog_free_0_lobbystellungnahmen>*

Autor:

Abgeordnetenwatch

ist der direkte Draht von Bürgerinnen und Bürgern zu den Abgeordneten und Kandidierende. „Bürger fragen – Politiker antworten“ ist der Kern des Portals.

www.abgeordnetenwatch.de

Dieser Text wurde zuerst am 25.11.2016 auf abgeordnetenwatch.de unter der URL ‹https://www.abgeordnetenwatch.de/blog/2016-11-24/ministerien-halten-tausende-stellungnahmen-von-lobbyisten-unter-verschluss› veröffentlicht. (Lizenz: abgeordnetenwatch.de)

‹http://www.free21.org/?p=26096›

NATO-Verteidigungsminister in Warschau, 2016 (Foto: Tim D. Godbee / flickr / CC BY 2.0)

„Die NATO ist **ein Angriffsbündnis“**

Interview mit dem Schweizer Historiker, Dr. Daniele Ganser zum Thema illegale Kriege

von Paul Schreyer

PAUL SCHREYER: *Herr Ganser, Ihr gerade erschienenes Buch trägt den Titel „Illegale Kriege“ und schildert insgesamt 13 Kriege und Staatsstreiche der jüngeren Geschichte, angefangen mit dem Putsch gegen die demokratische Regierung im Iran 1953, über die Angriffe auf Kuba und Vietnam in den 1960er Jahren, bis hin zu den Kriegen gegen Serbien, Afghanistan, den Irak, Libyen und schließlich Syrien in der Gegenwart. Warum sind all diese Kriege „illegal“?*

DANIELE GANSER: Weil sie alle kein Mandat des UNO-Sicherheitsrates hatten und auch keine Verteidigungskriege waren. Es sind alles illegale Angriffskriege, welche nur stattfinden konnten, weil die Bevölkerung in den NATO-Ländern durch Lügen und Feindbilder getäuscht und verwirrt wurde. Ich habe mich in meinem neuen Buch auf illegale Kriege beschränkt, an denen NATO-Länder wie die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland beteiligt waren. Wenn man die lange Liste der Angriffskriege durchgeht, ist es schon erschreckend. Die historischen Fakten zeigen klar: Die NATO ist kein Verteidigungs-, sondern ein Angriffsbündnis.

PAUL SCHREYER: *Aber ist nicht der UNO-Sicherheitsrat selbst ein Problem? In der UN-Charta heißt es ja, die UNO beruhe „auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder“. Doch schon das stimmt ja nicht. Der Sicherheitsrat mit seinem Vetorecht für die fünf ständigen Mitglieder USA, Russland, China, Großbritannien und Frankreich widerspricht offenkundig der „Gleichheit aller Mitglieder“. Mit welchem Recht darf dieser kleine Club, im Grunde ja die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, eigentlich für alle Zeit darüber entscheiden, welche Kriege „legal“ sind und welche nicht?*

DANIELE GANSER: Da legen Sie den Finger auf den wunden Punkt. Von einer souveränen Gleichheit aller 193 UNO-Mitglieder kann leider nicht die Rede „sein. Die fünf ständigen Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat besitzen das Vetorecht und sind daher klar im Vorteil gegenüber den restlichen 188 UNO-Mitgliedern. Konkret bedeutet das, wenn eines der 188 weniger mächtigen UNO-Länder einen illegalen Angriffskrieg führt, wie zum Beispiel der Angriff des Iraks auf Kuwait 1990, dann wird das vom Sicherheitsrat verurteilt. Der Irak kann sich dann gegen die Verurteilung nicht wehren, weil er ja kein Veto im Sicherheitsrat hat. Wenn aber ein Mitglied des Sicherheitsrates einen illegalen Angriffskrieg führt, wie zum Beispiel die USA gegen Panama 1989 oder die Briten und die USA 2003 gegen den Irak, dann werden diese Angreifer im Sicherheitsrat nicht verurteilt, weil sie sich mit einem Veto vor einer entsprechenden Resolution schützen. Die UNO ist ganz klar eine Zweiklassengesellschaft. Die fünf Sieger des zweiten Weltkrieges mit ständigem Sitz im Sicherheitsrat bilden die Oberschicht, die anderen 188 UNO-Mitgliedsstaaten die Unterschicht.

PAUL SCHREYER: *Sie schildern in Ihrem Buch lediglich Aggressionen von NATO-Staaten. Warum diese Beschränkung?*

DANIELE GANSER: Weil die NATO-Länder seit 1945 am meisten „illegale Kriege geführt haben. Prominent zum Beispiel die illegale Bombardierung von Serbien 1999 ohne UNO-Mandat, an der sich auch Deutschland beteiligte. Oder der illegale Angriff der USA auf Vietnam 1964, wobei die Tonkin-Lüge das amerikanische Volk verwirrte. Oder der illegale Angriff der Briten und Franzosen zusammen mit den Israelis auf Ägypten 1956. Weil aber gleichzeitig drei NATO-Staaten, also die USA, Frankreich und Großbritannien, im UNO-Sicherheitsrat einen ständigen Sitz mit Vetorecht haben, wurden sie praktisch nie verurteilt. Nur einmal, nämlich 1986, wurde das mächtigste NATO-Mitglied USA wegen des illegalen Krieges gegen Nicaragua vom Internationalen Gerichtshof der UNO in Den Haag verurteilt, aber ich zeige im Buch auch, wie Präsident Ronald Reagan sich nicht um das Urteil kümmerte, es ignorierte, und wie machtlos die UNO war, ihren Schuldspruch oder gar Reparationszahlungen durchzusetzen.

Russischer Tabubruch?

PAUL SCHREYER: *Immer wieder wird in der Öffentlichkeit betont, dass Staaten untereinander ihre „territoriale Integrität“ zu achten hätten. Russland etwa habe 2014 auf der Krim Grenzen verschoben und damit erstmals eine Regel gebrochen, an die sich sonst eigentlich alle halten würden. In Ihrem Buch argumentieren Sie mit der 1945 verabschiedeten Charta der Vereinten Nationen, wo es heißt: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ In der UN-Charta ist also tatsächlich von einer Pflicht zur Respektierung der Grenzen die Rede, aber auch, und zwar gleichrangig, von der Pflicht zur Achtung der „politischen Unabhängigkeit“ der Länder. Letztere wird ja nun fraglos regelmäßig verletzt, auch wenn in einem Krieg einmal keine Grenzen verschoben werden, wie etwa in Afghanistan. Sind diejenigen Kritiker, die Russland wegen einer Grenzverschiebung auf der Krim als „Tabubrecher“ angreifen, insofern auf einem Auge blind?*

DANIELE GANSER: Wer nur den „Tabubruch“ der Russen von 2014 sieht, ist nicht nur auf einem Auge, sondern auf beiden Augen blind. Die NATO-Staaten haben nach 1945 wiederholt andere Länder bombardiert, Regierungen gestürzt und die UNO-Charta missachtet. So hat das NATO-Mitglied USA 1953 im Iran die Regierung gestürzt, das war illegal. 1954 haben sie die Regierung in Guatemala gestürzt, indem man, wie heute in Syrien, Söldner bewaffnet und trainiert hat, das war illegal. 1973 haben sie in Chile die Regierung gestürzt, das war auch illegal. 1986 haben die USA Libyen bombardiert, ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrates, daher war auch das illegal. Die Russen haben sich vor allem über den illegalen NATO-Krieg gegen Serbien von 1999 geärgert, sowie über den illegalen Krieg der NATO-Länder Frankreich, Großbritannien und USA gegen Libyen 2011, bei dem Gaddafi gestürzt und getötet wurde. Als die USA am 20. Februar 2014 in der Ukraine die Regierung stürzten, um einen neuen Präsidenten zu installieren, der die Ukraine in die NATO führt, wurde es den Russen zu bunt. Denn sie

wollten auf keinen Fall ihren Militärstützpunkt am Schwarzen Meer verlieren und sicherten sich daher nach dem Putsch in Kiew mit Soldaten und einer Volksabstimmung die Krim. In meinem Buch behandle ich auch den Konflikt in der Ukraine und zeige, dass hier sowohl von den USA, wie auch von Russland auf Machtpolitik gesetzt wurde, die UNO-Charta ging dabei völlig unter.

PAUL SCHREYER: *Sie verwenden in Ihrem Buch eine sehr einfache und klare Sprache, die bei wissenschaftlichen Werken zum Thema nicht gerade üblich ist. Die meisten Kriege seien „illegal", die USA ein „Imperium", Bush und Blair „Kriegsverbrecher", die Nato eine „Gefahr für den Weltfrieden". Wissenschaftler vermeiden solche Aussagen in der Regel, gerade bei kontroversen politischen Fragen. Halten Sie das für ein Problem, also die unklare oder „diplomatische" Wortwahl vieler Wissenschaftler und Intellektueller?*

DANIELE GANSER: Ich habe mein Buch so geschrieben, dass es jeder ab 14 Jahren verstehen kann. Es war immer mein Ziel, mich klar auszudrücken.

PAUL SCHREYER: *Manche unterstellen Ihnen, Sie hätten „eine politische Mission, keine wissenschaftliche Herangehensweise", und seien ein „Wissenschaftspopulist". Eine ähnliche Debatte um Aktivismus und Objektivität gibt es auch im Journalismus. Manche meinen, ein Journalist dürfe nicht aktiv Politik verändern wollen, also kein „Aktivist" sein. Wie sehen Sie das bezogen auf die Wissenschaft? Ist es unwissenschaftlich, wenn ein Forscher aktiv die Politik verändern will?*

DANIELE GANSER: Wissenschaftler und Journalisten verarbeiten und transportieren Information. Diese formt immer Weltbilder, denken Sie zum Beispiel an die kopernikanische Wende, als das geozentrische vom heliozentrischen Weltbild abgelöst wurde. Oder denken Sie an die Berichterstattung zum Syrienkrieg heute. Es ist das Wesen der Information, dass sie formt. Jeder Wissenschaftler und

Übungsraum von Anakonda 2016 (Foto: U.S. Army photo by Spc. Andrew Miller, gemeinfrei)

auch jeder Journalist wird von seinem Weltbild beeinflusst. Objektivität im Sinne von Schreiben und Forschen ohne eigenes Weltbild ist unmöglich. Die Objektivität meines Buches liegt darin begründet, dass ich alle Zitate und Zahlen mit Quellenangabe klar darlege, das ist das Handwerk des Historikers, so kann Jeder Leser prüfen, auf was das Buch aufbaut. Zudem lege ich mein Weltbild transparent dar und erkläre in der Einleitung des Buches und auch in der Widmung ganz offen, dass ich mit diesem Buch die Friedensbewegung stärken will. Insofern ist das Buch nicht neutral in der Mitte zwischen Krieg und Frieden, sondern klar auf einer Seite, nämlich auf der Seite des Friedens. Ich möchte Menschen mit Fakten und Argumenten unterstützen, welche keine Kriege, auch keinen Terror und keine Enthauptungen wollen. Ich möchte Menschen helfen, die aus der Gewaltspirale aussteigen und die Hintergründe verstehen wollen. Wenn man einflussreiche Politiker, die NATO und das US-Imperium kritisiert, macht man sich nicht nur Freunde. Daher werde ich in den Medien manchmal gelobt und manchmal diffamiert. Ich darf aber nicht zu viel auf Lob und Tadel geben, sondern muss versuchen, hier in der Schweiz einfach in aller Ruhe meine unabhängige Forschung zu machen und meine Forschungsresultate klar und verständlich der interessierten Öffentlichkeit zu kommunizieren.

PAUL SCHREYER: *In Ihrem Buch kritisieren Sie auch die großen Medien, die es „nicht wagen, die Politiker, die ohne UNO-Mandat Angriffskriege führen, klar und deutlich als Verbrecher zu bezeichnen". Das habe weitreichende Folgen, schreiben Sie: „Denn was nicht im Fernsehen kommt und nicht in der Zeitung steht, wird auch selten gedacht und diskutiert, weshalb das breite Publikum selten auf die Idee kommt, dass Kriegsverbrecher aus den NATO-Staaten mitschuldig an der Flüchtlingskrise sind, weil es stets nur von kriminellen Schleppern hört, die zwar auch Verantwortung tragen, aber viel weiter unten in der Hierarchie stehen." Denken Sie, dass die Leitmedien zu einem Umsteuern in der Lage sind, weg von der Elitennähe und hin zu der unabhängigen und kritischen Rolle, die das Publikum erwartet? Oder brauchen wir Ihrer Ansicht nach im Grunde ganz neue Medien, um fair und umfassend informiert zu werden?*

DANIELE GANSER: Die Leitmedien tragen die NATO-Propaganda in die gute Stube der Bürger. Es sind immer die gleichen Feindbilder: böse Muslime und böse Russen. Über die Verbrechen der NATO-Länder liest man nichts. Das fällt aber immer mehr Menschen in Deutschland, Österreich und der Schweiz auf. Gerade beim Konflikt in der Ukraine 2014 war es sehr offensichtlich, immer wieder hat zum Beispiel der Spiegel Putin auf der Titelseite dämonisiert, die Rolle der USA beim Putsch jedoch nicht ausgeleuchtet, schon gar nicht auf der Titelseite. Daher suchen wache Menschen heute Medien, die fair und umfassend Hintergründe ausleuchten, und nicht einfach NATO-Propaganda verbreiten.

PAUL SCHREYER: *Im Vorwort Ihres Buches schildern Sie auch ihre eigene familiäre Prägung beim Thema Krieg. Sie selbst sind Schweizer, aber ihre Großeltern stammen aus Deutschland, was dazu führte, dass Ihr Vater mitten im Zweiten Weltkrieg als 21-Jähriger vom deutschen Generalkonsul in Zürich zum Wehrdienst einberufen wurde. Sie erwähnen, dass Ihr Vater, der damals in Basel Theologie studierte, sich dieser Einberufung verweigerte und das auch schriftlich begründete. In seinem Brief an den Konsul heißt es: „Möge Gott Ihnen einmal die Erkenntnis geben, dass die Völker als Brüder nebeneinandergestellt sind, und dies nicht, damit eines dem anderen durch Gewalt seine Weltanschauung aufdränge. Ich kann es heute noch nicht verstehen, dass unser hochchristliches Deutschland jedes Verantwortungsgefühl vor Gott verloren haben sollte." Religion steht heute oft im Ruf, Kriege zu befördern. Das Beispiel ihres Vaters zeigt etwas anderes. Wie ist Ihre persönliche Sicht auf die Religion?*

DANIELE GANSER: Sowohl von meinem Vater wie auch von meiner Mutter habe ich gelernt, dass jedes Menschenleben heilig ist. Daran glaube ich. Wir sollten ohne Folter, ohne Krieg, ohne Terror in Frieden und Respekt miteinander leben, unabhängig davon, welcher Nationalität, Religion, Klasse oder politischer Partei man angehört. Doch leider werden die Menschen mit Kriegspropaganda immer wie-

Publiziert auf Free21 am 17.12..2016, 11:49 Uhr, von Paul Schreyer auf PaulSchreyer.wordpress.com, Lizenz: Paul Schreyer

der genau entlang dieser Bruchlinien gespalten, die Russen gegen die Deutschen (Nationalität), die Sunniten gegen die Schiiten (Religion), die Unterschicht gegen die Oberschicht (Klasse) oder die AfD gegen Die Linke (Parteien). Der britische Schriftsteller Aldous Huxley hat dieses andauernde Spalten und Abwerten schon 1936 klar durchschaut und richtig gewarnt: „Das Ziel der Kriegspropaganda besteht immer darin, erstens zwei Gruppen zu schaffen, und zweitens bei der eigenen Gruppe die Erinnerung auszulöschen, dass die andere Gruppe auch Menschen sind."

Deutungskampf bei Wikipedia

PAUL SCHREYER: *Zum Schluss: Bei Wikipedia tobt schon seit langem ein Deutungskampf um Ihre Person. Ein 2015 veröffentlichter Dokumentarfilm hat in diesem Zusammenhang einiges offengelegt. Der Kampf hinter den Kulissen geht aber weiter. Aktuell wird zum Beispiel mit großem Eifer versucht, eine schon 2008 in der „taz" veröffentlichte positive Rezension zu einem Ihrer Bücher aus dem Wikipedia-Artikel zu Ihrer Person herauszuhalten. Überrascht Sie die Energie, mit der hier über Jahre hinweg in Kleinstarbeit hinter den Kulissen gegen Sie gearbeitet wird?*

DANIELE GANSER: Ja, das ist schon überraschend. Aber es wird nicht nur gegen mich, sondern auch für mich gearbeitet. Es gibt viele Menschen, die meinen Eintrag verbessern wollen und mir helfen möchten. Diese Menschen stört, dass positive Rezensionen meiner Bücher unterdrückt werden und im dritten Satz meines Wikipedia Eintrages, also ganz oben, derzeit steht: „Er greift Verschwörungstheorien zum 11. September 2001 auf und stellt sie als von Historikern zu prüfende Erklärungsansätze dar."Das ist eine Diffamierung, weil das Wort „Verschwörungstheorien" negativ konnotiert ist, das ist nicht sachlich. Es müsste heißen: „Er untersucht die Terroranschläge vom 11. September 2001 kritisch", das wäre neutral. Verschiedene Nutzer von Wikipedia haben versucht, diesen neutralen Satz einzubringen. Aber das ist bisher nicht gelungen, ihr Konto wurde gesperrt, die Änderung rückgängig gemacht. So genannte „Sichter", „Administratoren" und „Bürokraten" kontrollieren, was in der deutschen Wikipedia in meinem Eintrag stehen darf und was nicht. Die Sichter, Administratoren und Bürokraten arbeiten verdeckt, also nicht mit echtem Namen sondern mit Pseudonymen wie „Jesusfreund" oder „Phi". Die Anonymität gibt ihnen eine gewisse Macht. Der Dokumentarfilm zu meinem Eintrag hat inzwischen mehr als 400.000 Views, und er zeigt genau, wer die Sichter und Administratoren sind, die meinen Eintrag manipulieren. „Jesusfreund" zum Beispiel ist der Klavierlehrer Gerhard Sattler. Es tobt ein regelrechter Edit War auf meinem Wikipedia-Eintrag. Natürlich kann man viel lernen über Wikipedia, wenn man diesen Edit War beobachtet, man blickt dann sozusagen hinter die Kulissen, und das ist immer spannend.

Autor:

Paul Schreyer

ist Autor und freier Journalist, unter anderem für die Magazine „Telepolis" und „Global Research". Er veröffentlichte mehrere Sachbücher zu den Anschlägen von 9/11 und publizierte zu diesem Thema auch in englischer Sprache. Sein 2014 gemeinsam mit Mathias Bröckers verfasstes Buch „Wir sind die Guten. Ansichten eines Putinverstehers oder wie uns die Medien manipulieren" wurde ein Spiegel-Bestseller.

/paulschreyer.wordpress.com/

Dieser Text wurde zuerst am 08.11.2016 auf paulschreyer.wordpress.com unter der URL ‹https://paulschreyer.wordpress.com/2016/11/08/die-nato-ist-ein-angriffsbuendnis/› veröffentlicht. (Lizens: Paul Schreyer)

‹http://www.free21.org/?p=25936›

Bericht von der **Friedensfahrt Berlin–Moskau**

Ein Geheimnis war es noch nie, dass das Reisen den Horizont erweitert. Doch im Geheimen liegt, in welchen Farben sich dieser Horizont für einen Jeden darstellt.

Germaid Charlotte Ponge

Wehende, bunte Fahnen, Friedenstauben, Herzen, mit Sprüchen bemalte Autos und Wohnmobile, Musik, Redner, gutes Wetter, fröhliche Gesichter, empörte Gesichter – alles war da an diesem Sonntag, den 7. August 2016 auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor. Freude darüber, dass man einem neuen Abenteuer entgegensehen durfte. Empörung über all die vielen Entscheidungen und Vorgehensweisen in Politik und Medien, die die hier versammelten Menschen nicht teilten. Die Motive der knapp 200 Friedensfahrer, die lange Fahrt von über 4.200 km in zwei Wochen von Berlin nach Moskau und wieder zurück, auf sich zu nehmen, waren sicher bei jedem Einzelnen unterschiedlich.

Viele waren motiviert, ein klares Zeichen für den politischen Frieden zwischen dem Westen und Russland zu setzten. Andere waren motiviert auf die Reise zum eigenen Frieden und zur inneren

(Foto: Germaid Charlotte Ponge)

Versöhnung mit der deutsch-russischen Geschichte zu gelangen. Wieder andere wollten einfach eine gute Zeit haben und neue Freunde finden. Wie auch immer die einzelnen Motive der Friedensfahrer an diesem bunten Sonntag bei der Abschiedsfeier in Berlin waren, gemeinsam teilten sie den Mut sich zu bewegen, den Mut zur Veränderung. Das „Ja"-Sagen zu etwas Neuem. Dieses Neue kennenzulernen, ihm zu begegnen und versuchen es zu verstehen. Gemeinsam begaben sie sich auf eine Reise. *weiter nächste Seite*

Ein bunter Haufen machte sich in 70 Autos, Wohnmobilen und einem Reisebus auf den Weg Richtung Osten. Der Querschnitt der Gesellschaft. Von Mama, Papa, Kind und Hund, über Friedenshippie und ehemaligem Bankangestellten, bis hin zum älteren Ehepaar. Jeder war dabei. Und gleich wurde auch jedem schon klar, auf welche Anstrengungen man sich hier eingelassen hatte. 150 km noch am ersten Abend nach Stettin. 520 km am nächsten Tag bis nach Kaliningrad. Schon am ersten Tag der Fahrt lagen wir hinter dem Zeitplan und kamen erst Stunden später an der polnisch-russischen Grenze an. Es dämmerte bereits und in Kaliningrad warteten unsere russischen Freunde, die in einem Konzertsaal einen großen Empfang mit Musik und Tanz organisiert hatten. Trotzdem war die Stimmung gut. Das Kolonne fahren wurde erprobt. Die Funkgeräte getestet. Das schöne Pommern und seine Storchenfamilien wurden bestaunt. Seifenblasen wurden über die Grenzschranke zwischen Polen und Russland gepustet und zauberten dem grimmig drein blickenden Grenzpolizisten ein kleines Lächeln auf‘s Gesicht.

> „Die beiden schönsten Dinge sind die Heimat aus der wir stammen und die Heimat, nach der wir wandern.“
>
> **Heinrich Jung-Stilling**

Die Anstrengung war vergessen, als uns am ersten Abend die russische Gastfreundschaft in klassischen Trachten und mit Musik im Konzertsaal begegnete. Da wurde auch nach der langen Fahrt gern ein Tänzchen auf‘s Parkett gelegt. Wenn auch die Sprachbarriere eine gewisse Einschränkung darstellte, dass sich Deutsche und Russen unterhielten, so war es ja zunächst auch einmal sinnvoll, dass sich die Friedensfahrer untereinander kennenlernten. Und dafür gab Zeit. Spätestens an der Grenze zwischen Russland und Litauen, als wir alle über sieben Stunden im Niemandsland feststeckten. Es gab kei-

(Foto: Germaid Charlotte Ponge)

nen schöneren Ort als diesen, um darauf zu warten, dass die Mühlen der Bürokratie sich in Bewegung setzten. Hier auf der Brücke über dem Fluss Neman bestaunten wir einen unvergesslichen Sonnenuntergang. Und anstatt uns zu ärgern über die verlorene Zeit, tanzten wir gemeinsam und sangen Lieder, um uns die Zeit zu vertreiben. Dieser Abend zeigte auch deutlich, dass der Frieden eine Einstellung ist, eine Übung, die wir täglich in uns selbst beginnen können.

Und so kamen noch viele Friedensübungen auf uns zu:

Da war zum Beispiel das Kriegsdenkmal in Luga, einer Stadt vor St. Petersburg, an dem wir Blumen niederlegten. Beim feierlichen Empfang erzählte der Bürgermeister, dass hier auf diesem Land die blutigsten Schlachten des zweiten Weltkrieges ausgefochten wurden. Und heute fand an diesem Ort ein kleines Wunder statt. Nach der offiziellen Feier fanden wir uns alle zusammen und sangen deutsche und russische Volkslieder. Ich packte meine Gitarre aus und nach und nach gesellten sich Russen und Deutsche zu uns in den Kreis. Selbst die Opernsängerin, die auf der Bühne zuvor gesungen hatte, stimmte mit ein in die alten Volksweisen. Obwohl wir die Sprache des anderen nicht verstehen konnten, unterhielten wir uns doch in Form unserer Lieder. Kein Ort hätte besser sein können für dieses spontane Konzert. Hier, wo sich Deutsche und Russen noch vor ein paar Jahrzehnten gegenseitig bekämpften, sangen nun Deutsche und Russen gemeinsam Lieder. Die tiefe Wunde auf dieser Erde, in unseren Herzen und in den Seelen all unserer Vorfahren durfte in diesem Augenblick Heilung finden.

Da war der alte Russe auf dem Marktplatz der Stadt Gwardejsk. Er erzählte von diesem Platz auf dem wir standen und wie alles ringsum nach dem Krieg zerstört war. Wie durch ein Wunder blieb nur die Kirche erhalten. Schmerz und tiefe, alte Verletzung lag in seiner Stimme. Was sollte ich sagen? Es waren Deutsche, die diesen Schmerz verursacht hatten. Doch nun, Jahrzehnte später stand ich hier, als Deutsche und wollte eine friedliche Mission überbringen. Der Krieg kommt oft auch zustande, weil wir an dem alten Schmerz festhalten wollen und zu verbittert sind, um zu verzeihen.

Darum erwiderte ich nur: „Es gab auf beiden Seiten Opfer. Kriege kann man nur verlieren. Nur Frieden kann man gewinnen!“ Die Augen des Mannes wurden ruhiger.

„Wir müssen aufhören in der Vergangenheit zu leben. Wir leben heute und können heute die Geschichte ändern und Freundschaft schließen.“

Der Mann schaute mich ungläubig an. „Gibt es solche Deutsche?“, fragte er etwas leiser. „Wie wer?“, fragte ich zurück. „Na, solche wie dich“, seine Stimme wurde sanfter und friedlicher. Mir traten die Tränen in die Augen. „Ja“, sagte ich, „es gibt solche Deutsche.“ Und der alte Russe und das deutsche Mädchen lächelten sich an.

Da war der Schweizer Pastor, der mittlerweile seit über 25 Jahren in einem Vorort von Moskau in einem Heim, Gruppen von geistig und körperlich behinderten Jugendlichen und Erwachsenen betreut.

Er berichtet: „Die Bevölkerung ist sehr einverstanden mit Putins Außenpolitik, doch im Innern gibt es viele Zerwürfnisse.“

Der Pastor hat Probleme damit, die Grundsteuer zu bezahlen, die jährlich angehoben wird. Die Steuer ist mittlerweile so hoch, dass das Land hoch verschuldet ist und der Pastor einiges an Land abtreten muss. Er berichtet weiterhin, dass viele Russen in Moskau eine Eigentumswohnung besitzen. Es sei wichtig, sich eine Wohnung während des Arbeitslebens zu kaufen, da im Alter die Rente so gering ist, dass gerade einmal die Nebenkosten damit gedeckt werden können. Durch den Anstieg der Steuer werden jedoch die Rentner gezwungen, ihre Wohnungen zu verkaufen und auf‘s Land zu ziehen. Es solle Platz gemacht werden im großen, imposanten Moskau für Reiche und für Ausländer. Ab 55 Jahren können Frauen und ab 60 Jahren können Männer in Russland in Rente gehen. Klingt zunächst einmal traumhaft. Doch die Milchmädchenrechnung wird deutlich, wenn man sich klarmacht, dass die Durchschnittsrente für einen russischen Arbeiter 200 Euro beträgt, die Nebenkosten für eine Eigentumswohnung in Moskau jedoch schon bei ca. 200 Euro liegen. Es gibt das Gesetz, dass Rentner trotzdem weiterhin arbeiten dürfen, um sich etwas dazuzuverdienen. Resultat ist, dass die meisten Rentner arbeiten MÜSSEN, um ihre Kosten überhaupt zu decken. Und das Ausmaß ist sichtbar. In jeder U-Bahn arbeiten alte Omis an den Fahrkarten-Verkaufsstellen oder bucklige Babuschkas kehren Moskaus prunkvolle Straßen.

Dies sind nur einige, persönliche Erfahrungen von hunderten, bunten Erinnerungen, die die Friedensfahrer mit nach Hause nehmen. Doch diese Erfahrungen

zeigen, worin die tägliche Herausforderung an die Friedensfahrer und natürlich an alle Menschen besteht. Zum Einen wird klar, Frieden entsteht dann, wenn wir unserem Gegenüber friedlich begegnen. Zum Anderen, wird deutlich, dass sich das Leben nie in schwarz und weiß darstellt, dass die Welt nicht in gut und böse einzuteilen ist. Jede Medaille hat zwei Seiten und so hat auch Russland seine Schattenseiten. Es gibt in Russland Menschen, die korrupt sind, Politiker, die ihre Macht ausnutzen, Medien, die lügen und Propaganda betreiben. Diese dunklen Mächte gibt es in Russland, es gibt sie in Deutschland, es gibt sie in Amerika und es gibt sie überall auf der gesamten Welt. Doch genauso gibt es auch die hellen Seiten. Es gibt Menschen mit guten Ambitionen, enormer Gastfreundschaft, Liebe und Licht im Herzen. Diese Menschen gibt es in Russland, in Deutschland, in Amerika und überall auf der gesamten Welt. Und nun das Geheimnis: Dieses Dunkel und dieses Licht gibt es auch in jedem Einzelnen von uns. Es liegt ganz allein an uns, zu entscheiden, ob wir den Weg des Lichts oder des Dunkel gehen. Das ist der Moment, an dem es sich entscheidet, ob wir den Frieden wirklich leben.

Was ich persönlich von der kurzen Reise nach Russland mit nach Hause genommen habe, ist die Erkenntnis, dass Heimat immer dort ist, wo ich Menschen in Frieden begegne. Wir können uns eigentlich überall auf dieser Erde beheimatet oder befremdlich fühlen. Hauptsächlich liegt es aber an uns selbst, an unserer Bereitschaft friedlich oder kriegerisch den Menschen und anderen Kulturen zu begegnen. Beginnen tut dies in den Gedanken und den Worten, die wir wählen. Schafft es wirklich Frieden, einmal wutentbrannt „Lügenpresse“ in die Menge zu rufen oder steckt vielleicht doch eine tiefere Herausforderung dahinter? Ich habe mir während der Friedensfahrt Berlin-Moskau viele Gedanken über dieses viel verwendete Wort gemacht. - Frieden! - Dabei ist mir klar geworden, dass jeder Einzelne auch eine eigene Definition von Frieden hat. Das Einzige, worin wir uns täglich selbst üben können ist, unseren Gegenüber mit seinen Definitionen von Frieden und Wahrheit und seiner individuellen Geschichte einfach anzuerkennen. Wir müssen seine Meinung nicht teilen. Wir können auch trotzdem auf Missstände in der Gesellschaft und Politik hinweisen. Aber wenn wir dem Dasein unseres Gegenübers keine Anerkennung schenken, wenn wir ihn verurteilen, nur weil wir seine Lebensweise nicht verstehen, handeln wir nicht friedlich. Darin liegt die größte Herausforderung. Friedlich mit dem zu sein, der unsere Meinung teilt, ist sehr leicht und keine Kunst. Wahrer Frieden beginnt dort, wo ich die Größe besitze, jemanden einfach anzuerkennen, dessen Meinung ich nicht teilen kann.

(Foto: Germaid Charlotte Ponge)

Am Sonntag, den 21. August wehten die bunten Fahnen erneut auf dem Platz vor dem Brandenburger Tor. So unterschiedlich die Motive der Friedensfahrer zu Beginn auch waren, so unterschiedlich werden wohl auch die Erkenntnisse sein, die ein jeder mit nach Hause nimmt. Doch gemeinsam haben wir uns über Grenzen hinausgewagt und haben damit unseren Horizont erweitert. Neue Freundschaften wurden geschlossen zwischen Russen und Deutschen, sowie unter den Friedensfahrern selbst. Viele neue Ideen für Projekte und Kooperationen sind entstanden. Wir alle nehmen Erinnerungen mit von freudigen Erlebnissen. Ob es der wodkareiche Banja-Abend war bei unserer Gastfamilie in Moskau, die unvergessliche Party in Utragosh, bei der wir so herzlich von der Dorfbevölkerung aufgenommen wurden oder all die emotionalen Momente an den Kriegsdenkmäler, an denen Deutsche und Russen gemeinsam geweint haben, um den alten Schmerz zu verarbeiten.

Diese Reise hat gezeigt, dass uns nationale oder geopolitische Grenzen nicht davon abhalten können, Freundschaften zu schließen. Das menschliche Sehnen nach Einheit ist stärker, als das Machtstreben einiger Weniger. Es liegt an uns, den Frieden, den wir uns wünschen auch selbst zu leben. Und das haben wir Friedensfahrer getan. Wir haben uns bewegt, damit der Frieden in Bewegung kommt. Wir haben eine menschliche Brücke der Völkerverständigung gebaut.

Es liegt an uns, aus dem Kreislauf von Ego-Rechthaberei und Missverständnissen herauszutreten und Verständnis für unseren Gegenüber zu entwickeln. Dem Krieg der Waffen ist schon immer der Krieg der Worte vorausgegangen! Wenn wir jemanden nicht verstehen, dann sollten wir zu ihm gehen und seine Sprache lernen. Ob dieser Mensch in einem anderen Land wohnt oder mein Nachbar ist, spielt keine Rolle. Verständnis und Frieden können wir an jedem Ort und mit jedem Menschen schaffen.

Helfen Sie uns bitte
bei unserer Arbeit
mit einer Spende!

Free21

Nutzen Sie bitte dazu folgendes Konto:

Empfänger: VzF unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V., GLS Bank, BIC: GENODEM1GLS, **IBAN:** DE84 4306 0967 1185 9021 00, **Verwendungszweck:** FREE21 oder **per Paypal:** verein@free21.org

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Autorin:

Germaid Ponge

ist diplomierte Kulturwissenschaftlerin, Musikerin und Gesangspädagogin. Angetrieben von ihrem Interesse an verschiedenen Kulturen und deren Folklore bereist sie seit vielen Jahren die Welt und singt Lieder unter anderem in Deutsch, Englisch, skandinavischen Sprachen, Gälisch, Spanisch, Russisch und Nepalesisch. Von Kanada bis Russland und von Norwegen bis Jordanien hat sie bereits Konzerte gespielt. Sie war Moderatorin der Weltmusik-Sendung „Songpoeten“ auf Radio Leinehertz und der Musikshow „Acoustic Poeten“.

‹http://www.free21.org/?p=26018›

Von den **Werten** der **NATO**

Während die Türkei immer mehr ins Chaos zu sinken droht, haben türkische Soldaten in Deutschland um Asyl gebeten. Richtig gelesen. Angehörige eines NATO-Staates haben in einem anderen NATO-Mitgliedsstaat Asyl beantragt. In diesem Kontext muss man sich zu Recht folgende Frage stellen: Was ist hier eigentlich los?

von Emran Feroz

Vor wenigen Wochen wurde bekannt, dass mehrere türkische Soldaten aus dem NATO-Quartier in Ramstein Asylanträge in Deutschland gestellt haben. Der Grund: Die Soldaten wollen nicht in die Türkei zurückverlegt werden. Um wie viele Angehörige des türkischen Militärs es sich genau handelt, ist unklar. Beobachter gehen allerdings davon aus, dass das Handeln der Soldaten mit dem Putschversuch im vergangenen Juli zu tun hat.

Seit eben jenem Putschversuch gehört der repressive Umgang der türkischen Regierung zum Alltag in der Türkei. Im Laufe der letzten Monate kam es zu zahlreichen Verhaftungswellen. Tausende von Menschen kamen ins Gefängnis. Unter ihnen befinden sich nicht nur Soldaten, die mutmaßlich am Putschversuch beteiligt gewesen sind, sondern auch Politiker, Journalisten, Aktivisten und Angehörige der Zivilgesellschaft.

Seitens der NATO, die sich immerhin unter anderem auch als „Wertegemeinschaft" betrachtet, war die Reaktion auf die Vorgänge in der Türkei nur spärlich. Von Generalsekretär Jens Stoltenberg wurden die Verhaftungen in keiner Art und Weise kritisiert oder angeprangert. Stattdessen beharrte Stoltenberg darauf, dass er der Türkei in dieser Hinsicht vertrauen werde. Immerhin habe ihm die türkische Regierung versichert, dass jegliche Aktionen im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit geschehen würden. Außerdem, so Stoltenberg, habe die Türkei das Recht, gegen die Verantwortlichen des Putschversuchs vorzugehen.

Stoltenbergs Phrasen scheinen jene Soldaten, die nun Asyl beantragt haben, herzlich wenig zu interessieren. Berichten zufolge sehen die Soldaten sich und ihre Familien in Gefahr und wollen deshalb nicht in ihre Heimat zurückkehren. Völlig unabhängig von den Beweggründen der Soldaten muss man sich fragen, was das ganze Szenario eigentlich für die NATO bedeutet. Immerhin flüchten hier NATO-Soldaten von einem NATO-Staat in einen anderen.

Ganz konkret bedeutet das vor allem, dass es der NATO keineswegs um „Demokratie und Rechtsstaatlichkeit" geht, wie es Stoltenberg in diesem Kontext ein weiteres Mal betont hat. Stattdessen liegt der Fokus – wie sonst auch – auf geostrategischen Interessen. Diese sind mit der türkischen NATO-Mitgliedschaft eng verbunden. Wie lange dies noch der Fall sein wird, ist eine andere Frage. Im Schatten des Syrien-Krieges ist die Türkei immer enger mit Russland zusammengerückt. Auch das Attentat auf den russischen Botschafter wird keinen „dritten Weltkrieg", wie ihn manche bereits kommen sahen, heraufbeschwören, sondern Ankara und Moskau wohl noch näher zusammenrücken lassen.

Ob die NATO in Anbetracht dieser Tatsache nur ein wenig verzweifelt reagiert, um einen wichtigen Partner halten zu können, bleibt offen. In vielerlei Hinsicht macht die Türkei jedoch deutlich, dass man immer weniger auf westliche Partner zählen möchte. Dies betrifft unter anderem auch den Militärsektor. Völlig unbeachtet seitens der Weltöffentlichkeit benutzt die türkische Armee seit einigen Monaten zum ersten Mal bewaffnete Drohnen aus Eigenproduktion. Zuvor war das türkische Militär diesbezüglich noch von ausländischen Produzenten, allen voran israelischen, abhängig.

Wie im vergangenen September bekannt wurde, ist die „Bayraktar TB2" zu „einhundert Prozent original türkisch". Selcuk Bayraktar, der führende Techniker des Waffenproduzenten Baykar Technologies, verbreitete die Aufnahmen der nach ihm benannten Drohne stolz via Twitter.

Seit Ende Oktober sollen durch türkische Drohnen-Angriffe fast 100 Menschen getötet worden sein. Die Angriffe fanden nicht nur innerhalb der Türkei statt, sondern auch im Nordirak. Ziel waren laut der türkischen Regierung stets militante Kämpfer der PKK. Von staatsnahen Medien wie Anadolu Agency wurden alle Drohnen-Opfer stets als „Terroristen" bezeichnet.

Zumindest in dieser Vorgehensweise sowie der damit verbundenen Rhetorik unterscheidet sich die Türkei nicht von anderen NATO-Staaten. Immerhin sind es allen voran die Vereinigten Staaten, die den Drohnen-Krieg in erster Linie etabliert und seine dazugehörigen Narrative („Nur Terroristen werden getötet") konstruiert haben.

Für die Türkei kommt das gelegen. Seitdem der Krieg gegen die PKK im Südosten der Türkei wieder aufgeflammt ist, gehören Flächenbombardements des türkischen Militärs zum dortigen Alltag. Laut Ankara wurden in den letzten Monaten 10.000 „Terroristen" getötet oder gefangen genommen. Währenddessen kritisieren Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International das Vorgehen des türkischen Militärs. Sie berichten von Massenvertreibungen sowie von einer „kollektiven Bestrafung" der dortigen, hauptsächlich kurdischen Bevölkerung.

Für die „Wertegemeinschaft" NATO ist es mittlerweile allerdings Gang und Gäbe geworden, über derartige Dinge hinwegzusehen.

Quellen:

Türkische Soldaten suchen Asyl in Deutschland <*http://tinyurl.com/hk793zh*>

Nato-Generalsekretär verweigert Erdogan-Kritik <*http://tinyurl.com/zhuadr8*>

Turkey's domestically-made armed drone starts patrolling the skies <*http://tinyurl.com/zhlqbuc*>

Her parti için bu tehdit vardır <*http://tinyurl.com/j4ld95w*>

Aerial drones kill 19 PKK terrorists in SE Turkey <*http://tinyurl.com/zyd36uw*>

Armed drones kill six PKK militants in northern Iraq <*http://tinyurl.com/ha87cju*>

Three PKK terrorists killed in southeast Turkey <*http://tinyurl.com/gw55kdc*>

Turkey: Onslaught on Kurdish areas putting tens of thousands of lives at risk <*http://tinyurl.com/hyyv8sh*>

Autor:

Emran Feroz

Journalist. Blogger. Gehöre weder einer Partei, noch irgendeiner anderen Gruppierung an. Er betreibt seinen eigenen Blog mit Schwerpunkte Politik, Naher & Mittlerer Osten, Migration, Europa & die islamische Welt

https://pakhtunkhwa911.wordpress.com

Dieser Text wurde zuerst am 22.12.2016 auf den Nachdenkseiten unter der URL ‹http://www.nachdenkseiten.de/?p=36399› veröffentlicht. (Lizenz: nachdenkseiten.de)

‹http://www.free21.org/?p=26243›

Publiziert auf Free21 am 07.01.2017, 15:16 Uhr, von Emran Feroz auf den Nachdenkseiten,Lizenz: nachdenkseiten.de

Die **Ignoranz** des politischen Establishments

Merkel und von der Leyen fürchten Trumps Annäherung an Russland

von Wolfgang Bittner

Angela Merkel, die sich als „persönliche Freundin" Obmas aufführt, hatte von vornherein Partei für Hillary Clinton genommen und nicht mit der Wahl von Donald Trump gerechnet. In ihrer Gratulationsadresse erinnerte sie den designierten US-Präsidenten an seine Verantwortung für die weltweite Entwicklung und ermahnte ihn indirekt zur Einhaltung demokratischer Grundwerte: „Die Vereinigten Staaten von Amerika sind eine alte und ehrwürdige Demokratie … Deutschland und Amerika sind durch Werte verbunden: Demokratie, Freiheit, den Respekt vor dem Recht und der Würde des Menschen unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder politischer Einstellung. Auf dieser Basis biete ich dem künftigen Präsidenten der Vereinigen Staaten von Amerika, Donald Trump, eine enge Zusammenarbeit an."

Ebenso wenig kann sich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mit Donald Trump abfinden. In der ZDF-Talkshow „maybrit illner" mahnte sie ihn zur Bündnistreue in der NATO: „Was ihm hoffentlich seine Berater sagen und was er lernen wird, ist, dass die NATO kein Geschäft ist … So regiert man kein Land …". Die Nato sei eine Wertegemeinschaft, „die Werte verkörpert und verteidigt, die den Amerikanern genauso wichtig sind wie den Europäern", nämlich „Demokratie, Respekt vor der Menschenwürde", also „Werte, die den Amerikanern heilig sind."

Außerdem warnte sie Trump als den künftigen Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte vor Nachgiebigkeit gegenüber Russland. Er müsse „sehr klar sagen, auf welcher Seite er ist, „ob er auf der Seite des Rechts, der Friedensordnung, der Demokratien steht, oder ob ihm das egal ist und er so eine Art Männerfreundschaft macht." In den Verhandlungen mit Putin müsse die „Annexion" der Krim ebenso zur Sprache kommen wie die Bombardierung Aleppos, wo eine Viertelmillion Menschen verhungerten, woran Putin schuld sei.

Willy Wimmer, ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium, fand dazu deutliche Worte: „Was ist eigentlich davon zu halten, wenn die Bundesverteidigungsministerin dem neuen amerikanischen Präsidenten Handreichungen über den Atlantik gibt, wie er sich zu verhalten hat? … Da wird jetzt sichtbar, dass es in Washington so etwas wie ein demokratisch-republikanisches Kriegsestablishment zu geben scheint, das im Augenblick alles daran setzt, dem amerikanischen Präsidenten schon politische Handschellen anzulegen und deutlich zu machen, dass der Kriegskurs der letzten Jahre, der ja unter Obama wirklich Blüten getrieben hat, diese Politik – dass sich daran nichts ändert."

Wimmer ist der Ansicht: „Das ist etwas, was die Zusammenarbeit zwischen Staaten, nach allen Vorstellungen, die man von der internationalen Diplomatie hat, komplett auf den Kopf stellt. Das macht deutlich, dass wir es mit einer Art internationaler Gang-Politik zu tun haben, die seitens der Demokraten und des demokratisch-republikanischen Kriegsestablishments in Washington betrieben wird … ich habe in 36 Jahren Betrachtung deutscher Politik und Zusammenwirkung mit Bundesregierungen so etwas nie erlebt … Frau Dr. Merkel ist das Zentrum des Anti-Trump-Widerstandes. Soweit ist es in Deutschland gekommen. Werden unsere Medien eigentlich jetzt mit Trump antiamerikanisch werden? Das wäre doch mal was Neues."

Hillary Clinton während der Ermittlungen zum Whitewater-Skandal (2016), einem von den vielen umstrittenen Ereignissen in der Vergangenheit der Clintons.

In den Mainstream-Medien kein Wort darüber, dass sich unter Obama die innenpolitischen Probleme in den USA zugespitzt haben, dass während seiner achtjährigen Amtszeit ununterbrochen Kriege geführt wurden und dass er verantwortlich für die Konfrontationspolitik gegen Russland ist. Nirgends ein Wort über die korrupte, hochkriminelle Kriegsbefürworterin Clinton mit dem militärisch-industriellen Komplex im Rücken, die mitverantwortlich für die Verwüstung Libyens und das Erstarken des IS ist, die voraussichtlich nach der endgültigen Zerstörung Syriens dort eine Marionettenregierung à la Kiew installiert hätte und sich nicht gescheut hat Russland und China wegen unbewiesener Cyber-Attacken mit Krieg zu drohen.

Willy Wimmer

Mit Sicherheit wären unter Hillary Clinton die Aufrüstung und die Aggressionspolitik der NATO gegen Russland vorangetrieben worden – mit unabsehbaren Folgen. Denn womöglich hätte eine Prä-

sidentin Clinton (auch "Queen of Corruption" oder „Killary" Clinton genannt) unter dem Vorwand, Westeuropa vor einer „Annexion" zu schützen, mit ihrer NATO tatsächlich Krieg gegen Russland angefangen. Wenn schon, dann mit begrenzten taktischen Atomschlägen, aber ohne die „amerikanische Heimat" zu gefährden (siehe dazu: Wolfgang Bittner, Die Eroberung Europas durch die USA, S. 185).

Bei den Wahlen, die kaum demokratischen Ansprüchen genügten, ging es zwar um die Entscheidung zwischen Pest und Cholera. Doch im Gegensatz zu Clinton hatte Trump neben seinen zahlreichen Entgleisungen mehrfach betont, dass er das Gespräch mit dem russischen Präsidenten Putin suche und sich weniger der Außenpolitik als vielmehr den innenpolitischen Problemen zuwenden wolle. Ende Oktober sagte er in einer Wahlkampfrede: „Unserer Bewegung geht es darum, ein gescheitertes und korruptes politisches Establishment durch eine Regierung zu ersetzen, die von euch, dem amerikanischen Volk, kontrolliert wird. Das Washingtoner Establishment, sowie die Finanz- und Medienunternehmen, die es finanzieren, existieren nur aus einem Grund: um sich selbst zu schützen und zu bereichern! … Die Medien in unserem Land haben nichts mehr mit Journalismus zu tun, sie sind politische Interessenvertretungen …".

Das, worüber die deutschen Medien nicht berichteten – was zu denken geben muss! –, hörte sich vernünftig an. Im Gegensatz dazu sickern jetzt allerdings in das Regierungs- und Beraterteam nach und nach die Rechtskonservativen und die Wallstreetexperten ein. Aber die Frage ist nach wie vor, welche von seinen friedens- und sozialpolitischen Versprechungen Trump verwirklicht bzw. verwirklichen kann. Aus europäischer Sicht ist vor allem zu wünschen, dass es ihm gelingt, nach der Eiszeit des erneuten Kalten Krieges den Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes und der NATO einzudämmen und der seit über zwei Jahren permanent existierenden Gefahr eines kriegerischen Konflikts mit Russland ein Ende zu setzen.

Merkel und von der Leyen (Foto: Sean Gallup/Getty Images Europe)

Das dürfte nicht einfach sein und eine geraume Zeit beanspruchen, falls es tatsächlich beabsichtigt wird – und daran gibt es bisher noch berechtigte Zweifel. Abwarten ist insofern gegenwärtig die einzige durch Erfahrung und politische Klugheit gebotene Option. Denn Trumps politische Signale sind widersprüchlich, regellos, teilweise wirr und chaotisch. Nehmen wir zum Beispiel seine aggressiven Äußerungen gegen die Palästinenser und für eine exzessive Siedlungspolitik der Israelis im Westjordanland sowie zu Jerusalem als ungeteilter Hauptstadt Israels. Das lässt nicht darauf schließen, dass sein Denken und seine Ziele primär dem Frieden in der Welt gelten. Vielmehr steht über allem seine Botschaft: „Amerika first!", ein neuer durch keine Ethik, Moral oder Vernunft gezügelter Nationalismus, der ihm Macht und Mehrheit in seiner Partei, im Kongress und in der Wirtschaft sichern soll, auch in Kreisen des militärisch-industriellen Komplexes, der Waffen-, und Bankenlobby und in der verarmten, verunsicherten Bevölkerung, die ihn gewählt hat.

Das alles hat selbstverständlich weitgehende internationale Auswirkungen. In Europa befeuert es starke zentrifugal-nationalistische Kräfte, die zunehmend die EU als politische Institution in ihre existenzielle Krise führen, wofür die bereits gescheiterte Flüchtlings-, Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik unter Merkels und Schäubles Führung den Boden bereitet hat. Was daraus für Europa und Deutschland folgt, liegt auf der Hand: Den neuen US-Präsidenten, als der er nun einmal gewählt wurde, überall dort stützen, wo es unseren Interessen, dem Frieden, der Hunger- und Armutsbekämpfung in der Welt und unseren europäischen sicherheitspolitischen Zielen dient. Dadurch könnten sich ganz neue Konstellationen ergeben, die dringend nötig sind, eine politische Neubesinnung und Wende, die sich ein großer Teil der Bevölkerung schon lange erhofft. Jetzt ist die Gelegenheit dafür gekommen!

Trump sagte in einem Interview mit der New York Times am 22. November 2016 unter anderem: „Ich möchte gern mit Russland gut auskommen und ich denke, dass auch Russland gerne mit uns gut auskommen möchte. Das ist in unserem gemeinsamen Interesse… Wäre es nicht schön, wenn wir gut mit Russland auskämen. Wäre es nicht schön, wenn wir gemeinsam gegen den Islamischen Staat vorgingen… Wir müssen dem Wahnsinn, der sich in Syrien abspielt, ein Ende setzen." Nehmen wir ihn beim Wort! Das wäre schon mal ein Anfang.

Quellen:

YouTube: Nach US-Wahl: Merkel erinnert Trump an demokratische Werte *<https://www.youtube.com/watch?v=WGoqLeH4S_0>*

FAZ: Merkel bietet Trump Zusammenarbeit an

<http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-amerika/angela-merkel-gratuliert-donald-trump-zur-us-wahl-2016-14520101.html>

ZDF: NATO: Von der Leyen mahnt Trump zur Bündnistreue *<http://www.heute.de/nato-von-der-leyen-mahnt-trump-zur-buendnistreue-45878012.html>*

Sputniknews: Willy Wimmer zum Obama-Besuch: Merkel ist das Zentrum des Anti-Trump-Widerstandes *<https://de.sputniknews.com/politik/20161117313403127-wimmer-obama-besuch/>*

Deutsche Wirtschafts-Nachrichten: USA: Hillary Clinton droht Russland mit Krieg *<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2016/09/04/usa-hillary-clinton-droht-russland-mit-krieg>*

Hintergrund: Clinton-, Trump- und Brexit-Prognosen *<http://www.hintergrund.de/201607044034/politik/welt/ueberfluessige-spekulationen.html>*

YouTube: Diese Rede von Donald Trump wird es so nie in den Medien zu sehen geben! *<https://www.youtube.com/watch?v=mX19dy5_08o>*

New York Times: Donald Trump's New York Times Interview: Full Transcript *<http://www.nytimes.com/2016/11/23/us/politics/trump-new-york-times-interview-transcript.html?_r=0>*

Autor:

Wolfgang Bittner

Schriftsteller und Jurist, ist Autor des Buches „Die Eroberung Europas durch die USA", Westend Verlag 2015.

www.wolfgangbittner.de

Dieser Text wurde zuerst am 26.11.2016 auf kenfm.de unter der URL <https://kenfm.de/ignoranz-des-establishments/> veröffentlicht. (Lizenz: KenFM)

‹http://www.free21.org/?p=25946›

Fake News-Kontrolle durch Facebook & Correctiv

Mit der Entscheidung, das keineswegs unabhängige Projekt Correctiv als Prüfstelle für Fake News zu beauftragen, hat sich Facebook keine Freunde gemacht - abgesehen von den Mainstreammedien. Wie Correctiv selbst klarstellte, ist nicht geplant, eine Fake-Kontrolle bei der etablierten Presse zu betreiben. Da bleibt Nutzern nur die Abwanderung.

von Florian Hauschild

Nach wachsendem Druck gab der Social-Media-Riese aus dem Silicon Valley schließlich klein bei und verkündete vor zwei Wochen die künftige Zusammenarbeit mit dem als gemeinnützig auftretenden Journalistenbüro Correctiv. Dieses trägt als Aushängeschild gerne das Prädikat „unabhängig“ vor sich her. Angesichts der Finanzströme, die in das Projekt fließen, kann es jedoch vor allem als eine Art Tarnorganisation der Funke Mediengruppe bezeichnet werden. Weitere spendable Geldgeber sind die Deutsche Bank, die Open Society Foundation des Milliardärs und Putschunternehmers Georg Soros, Google, die Bundeszentrale für Politische Bildung und zahlreiche Mainstreammedien.

Viel war zunächst nicht darüber bekannt, wie die Frage danach, was wahr und unwahr ist, von Correctiv beantwortet werden soll. Klar war zunächst nur, dass Beiträge, die deutschsprachige Facebook-User markieren, von der Essener gGmbH untersucht werden. Sollten die Hohepriester der Wahrheit dann zu dem Schluss kommen, dass ein Beitrag das Label „Fake News“ verdient, wird die Sichtbarkeit des Inhaltes auf Facebook eingeschränkt. De facto kommt dies einer Zensur gleich, die der Correctiv-Macher David Schraven - in der Causa Fake News für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig - lediglich mit dem Hinweis vom Tisch wischt, Zensur definiere sich ja eigentlich dadurch, dass sie staatlich organisiert sei. In Zeiten, in denen immer mehr öffentliche Aufgaben privatisiert werden, ist dies jedoch nur ein schwaches Argument.

Auch privatisierte Zensur bleibt Zensur

Zensur, auch wenn sie durch private Dienstleister ausgeführt wird, bleibt jedoch ein Herrschaftswerkzeug und ist stets im Interesse der herrschenden Elite. Besonders verdeutlicht dies auch Schravens lapidare Haltung zu Fake News, die durch Mainstreammedien verbreitet werden. Gegenüber dem Branchenportal Meedia macht der Correctiv-Redakteur deutlich, dass er kein besonderes Interesse hat, die Inhalte der Etablierten zu überprüfen.

Für BILD gebe es ja schließlich schon den Bildblog und für den Rest den Presserat. Darüber hinaus würden interne Kontrollmechanismen existieren, die sich bewährt hätten und durch einen „Fake Check made by Correctiv“ nicht noch ergänzt werden müssten: „Gerade bei den klassischen Pressemedien haben wir aber schon eine ziemlich gut wirkende Selbstkontrolle. Da gibt es den Presserat, in den einzelnen Häusern gibt es Ombudsmänner, Leser-Beiräte und sonstige Sachen. Jeder macht mal einen Fehler. Da würde ich grundsätzlich darauf vertrauen, dass diese erprobten Instrumente der Selbstkontrolle funktionieren. Deswegen kann man sich die Arbeit an dieser Stelle wohl sparen.“

Den Bildblog-Mitgründer und Medienkritiker Stefan Niggemeier überzeugt dies nicht. Auch Jens Berger warnt auf den NachDenkSeiten davor, dass nun „der Bock zum Gärtner“ gemacht werde. Der Journalist Paul Schreyer deckte zahlreiche Widersprüche auf, in die sich der Correctiv-Verantwortliche Schraven bereits verstrickt hat.

Foto: pixabay

Eben jener Schraven macht in seinen bisherigen Ausführungen klar: Bei seiner Zensurarbeit stehen künftig die alternativen Medien im Fokus, jene Kanäle, die nicht dem Mainstreamnarrativ folgen. Deutlich wird dieser Bias auch anhand von Schravens Umgang mit seinen Kritikern wie dem Publizisten Roland Tichy, den der Zensor in spe abschätzig als „alten Mann“ abkanzelt.

Neoliberale Ideologen als Wächter über die Wahrheit?

Wer die Tweets des Vorkämpfers für Wahrheit verfolgt, erkennt schnell: Als besonders zu bekämpfende Gefahr hat Schraven vor allem Russen und russisch-stämmige Medien wie RT ausgemacht. Unverhohlen folgt der Correctiv-Redakteur damit der Mainstreamerzählung, eine russische Einflussnahme habe die US-Wahlen manipuliert, wolle Angela Merkel stürzen und gefährde mittels gezielter Desinformation gar die ganze EU.

Ja, Hillary Clinton hat die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten verloren, obwohl sie unter den Wählerinnen und Wählern zwei Millionen Stimmen Vorsprung hatte. Ja, die politische Elite in Europa steht kurz vor ihrer Ablösung. Ja, auch das langfristige Überleben der EU ist spätestens seit dem britischen Brexit-Votum alles andere als gesichert.

Doch zeugt es von einem Tunnelblick sondergleichen, wenn westliche Eliten die eigene Verantwortung für ihr Scheitern verkennen. Der Versuch, mit der Fake-News-Kampagne externe Schuldige zu definieren und damit gleich auch noch Zensur zu legitimieren, ist nichts anderes als das neueste Gewand eines Kaisers, der längst nackt dasteht.

Natürlich wurde der exzentrische Milliardär Donald Trump nicht als Folge einer Kreml-Verschwörung zum US-Präsidenten gewählt. Es wäre auch ein Armutszeugnis sondergleichen für die US-amerikanische Demokratie, wenn ein paar mutmaßliche russische Hacker diese zum Einsturz bringen könnten. Auch hatten Fake News keinen nennenswerten Einfluss auf das Wahlergebnis, wie zwei US-Forscher von den Universitäten Stanford und New York nun auch wissenschaftlich ergründet haben. Der Anteil der Wähler, die von Fake News erreicht wurden, war schlichtweg zu klein.

Donald Trump zog ins Weiße Haus ein, weil es dem Politneuling auf beispiellose Weise gelang, den Verdruss auf die etablierte Herrschaftskaste zu kanalisieren. Dies macht nicht zuletzt Trumps Wahlkampf deutlich.

Die neoliberalen Eliten und deren Zuträger im Stile Schravens stehen deshalb kurz vorm Abgrund,

weil die Politik, die sie vertreten, immer breiteren Bevölkerungsschichten gegenüber feindlich gesinnt ist. Wissenschaftliche Untersuchungen bestätigen, dass sich dieser Eindruck zumindest in der Bevölkerung immer weiter verbreitet.

Wie könnte es auch anders sein? Der Zusammenbruch der Mittelschicht, der Ausbau des Mindestlohn-Heeres, Freihandels-Exzesse und eine immer größere Schere zwischen Arm und Reich - das alles sind logische Folgen der neoliberalen Agenda, für die sich ihre Repräsentanten nun zunehmend zu verantworten haben. Neuerdings bedeutet dies eben auch die Abwahl.

Trumps politisches Erfolgsgeheimnis ist nicht zuletzt die Tatsache, dass der in einflussreichen Kreisen als zu laut und neureich geltende Milliardär von der herrschenden US-Elite nie wirklich als einer der Ihren akzeptiert wurde. Es ist seine Außenseiterrolle, die sich für Trump auszahlt, nun, da sich immer mehr Bürger die Rückabwicklung des neoliberalen Globalismus wünschen.

Ungeachtet derartiger Gründe für Trumps Wahlerfolg stricken auch deutsche Mainstreammedien im Gleichklang mit Geheimdiensten und Regierungsstellen weiter an der Mär der von Russland gehackten US-Wahl. Angesichts der Tatsache, dass dafür nicht die geringsten Belege vorgebracht werden, können derartige Meldungen nur unter der Kategorie Fake News subsumiert werden.

Fake News gibt es auch im Mainstream

In der Tat sind die angeblichen Beweise, die auch die EU sammelt und nun zum Anlass für eine neuen Warnung nahm, das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt sind. Für den Kampf gegen angebliche russische Propaganda hat die Europäische Union eigens das East StratCom Team eingerichtet, das mit dem Monitoring russischer Presseorgane beauftragt ist. In der Zusammenfassung für Januar 2017 findet sich kein einziger Fake, der RT zugeschrieben werden kann. Eine Geschichte über ein angebliches Schneemannverbot in der EU stammt aus einem bulgarischen Medium.

Nichtsdestotrotz führte Spiegel Online, von der East-StratCom-Wortmeldung motiviert, die Schneemann-Geschichte als Beispiel für russische Propaganda an und nutzte die Posse, um Zweifel an der westlichen Interpretation des MH17-Unglücks ins Lächerliche zu ziehen, und um gegen RT zu agitieren: „Bei anderen Gelegenheiten versuchten die Russen, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs umzuschreiben, dann wieder verbreiteten sie Verschwörungstheorien, etwa über den Abschuss von Flug MH17, manchmal auch nur ‚lächerliche Lügen' wie die, dass Schneemänner in der EU verboten würden – weil sie rassistisch seien. Auch die international aktiven Staatsmedien ‚Sputnik News' und ‚Russia Today' spielten führende Rollen."

Dass Moskau gerade wegen solch infamer Unterstellungen, die auch immer wieder in bösartige Hetze umschlagen, es für notwendig erachtet, Medienangebote zu fördern, welche die andere Seite der Medaille zeigen, kommt den Meinungsmachern des deutschen Mainstreams nicht in den Sinn. Zu willkommen ist die Chance, die Schuld am eigenen Versagen dem Russen in die Schuhe zu schieben.

Gleich zu Beginn der Fake-News-Kampagne wurde schnell deutlich, dass das eigentliche Ziel des Eifers nicht Wahrhaftigkeit in den Medien war. Zu eindeutig forderten Spitzenpolitiker wie CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, dessen Parteikollege Patrick Sensburg, aber auch FDP-Parteichef Christian Lindner ein konzertiertes Vorgehen gegen unliebsame Nachrichten aus alternativen Quellen.

Wenn Facebook nicht umschwenkt, bleibt nur die Abwanderung

Mit der Beauftragung von David Schraven und seinem Team hat Facebook diese Forderung nun in die Praxis umgesetzt. Nichts Anderes ist das Ziel von Correctiv und auch dessen Auftrag, als den Nachrichtenfluss im Sinne der herrschenden Elite zu filtern.

Doch letztendlich liegt es in der Hand der Internetnutzer, ob dieses Vorgehen zum Erfolg führt. Zwar ist das Scrollen über die Facebook-Timelime äußerst praktisch, um sich schnell auf den neuesten Nachrichtenstand zu bringen. Zahlreiche Alternativen zur News-Suche stehen jedoch ebenfalls bereit. Zunächst sollten sich Internetnutzer wieder auf die bewährte Praxis rückbesinnen, ihre bevorzugten Nachrichtenseiten einfach direkt anzusteuern. RT Deutsch bietet für die eigenen Inhalte zudem ein komfortables Browserplugin (Chrome & Firefox), das stets über die neuesten Beiträge informiert. Zudem gibt es eine MobileApp und man ist natürlich auch auf Twitter vertreten, ebenso auf Google Plus und VK.com.

Die Antwort der Nutzer auf die geplante ideologisch motivierte Bevormundung durch Facebook sollte sich direkt an das Silicon-Valley-Unternehmen und vor allem auch dessen Aktionäre richten: Wenn dieser Kurs beibehalten wird, bleibt nur die Abwanderung der Nutzer. Dass tatsächliche Fake News richtiggestellt werden müssen, zweifelt niemand an. Doch dies kann nicht von einem ideologisch tief eingefärbten Projekt geleistet werden, das aus seiner Einseitigkeit nicht den geringsten Hehl macht und finanziell selbst mit einem Teil der Medienmacher eng verwoben ist.

Es kann jedoch durchaus angezweifelt werden, dass die Entscheider bei Facebook überhaupt wussten, wen sie sich da ins Boot geholt haben. Die einzig glaubhafte Reaktion, die dem Social-Media-Konzern nun noch bleibt, um sich aus diesem PR-Dilemma zu befreien, ist, die Zusammenarbeit mit Correctiv wieder zu beenden, noch bevor sie begonnen hat.

Quellen:

Meedia.de: Correctiv-Chef David Schraven: „Wir sind kein Dienstleister. Wir arbeiten nicht für, sondern auf Facebook": *<http://meedia.de/2017/01/23/correctiv-chef-david-schraven-wir-sind-kein-dienstleister-wir-arbeiten-nicht-fuer-sondern-auf-facebook/>*

uebermedien.de: „Fake News" und der blinde Fleck der Medien *<http://uebermedien.de/11899/fake-news-und-der-blinde-fleck-der-medien/>*

Nachdenkseiten: Ausgerechnet „Correctiv" soll Facebook von Falschmeldungen befreien? Da wird doch der Bock zum Gärtner gemacht! *<http://www.nachdenkseiten.de/?p=36631>*

Heise.de: Facebook-"Wahrheitsprüfer" Correctiv verstrickt sich in Widersprüche: *<https://www.heise.de/tp/features/Facebook-Wahrheitspruefer-Correctiv-verstrickt-sich-in-Widersprueche-3605916.html>*

Heise.de: US-Wahlen: Forscher ziehen Einfluss von „Fake News" in Zweifel *<https://www.heise.de/newsticker/meldung/US-Wahlen-Forscher-ziehen-Einfluss-von-Fake-News-in-Zweifel-3606899.html>*

Heise.de: Mehrheit sagt, das System funktioniert nicht mehr *<https://www.heise.de/tp/features/Mehrheit-sagt-das-System-funktioniert-nicht-mehr-3606693.html>*

European External Action Service: Disinformation Review Issue No 54 - 19 January 2017 Date Language / Targeted Audience Summary of the Disinformation Link to the Disinformation Disinforming out *<https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/disinformation_review_19.01.2017_eng.pdf>*

Spiegel: EU-Diplomaten warnen vor Putins Propaganda *<http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-warnt-vor-russischer-einmischung-in-wahlen-in-europa-a-1131336.html>*

Autor:

F. Hausschild

Florian Hauschild ist Journalist und Blogger und auch in der Friedensbewegung aktiv. Florian Hauschild arbeitet als Redakteur bei RT Deutsch.

www.rtdeutsch.com
www.twitter.com/f_hauschild

Dieser Text wurde am 26.1.2017 zuerst auf der Homepage RTdeutsch unter der URL ‹https://deutsch.rt.com/meinung/45773-facebook-correctiv-ziel-ist-zensur/› veröffentlicht. Lizenz: RTdeutsch

‹http://www.free21.org/?p=26257›

Publiziert auf Free21 am 02.02.2017, 15:15 Uhr, von Florian Hauschild auf RT Deutsch, Lizenz: RT Deutsch

Das Free21-Aktiv-Abo

Die Idee: Jeder Print-Abonnent erhält je Magazin-Ausgabe 10 gedruckte Exemplare.

Die zusätzlichen Exemplare können/sollten ;-) dann an andere Menschen, wie Freunde, Nachbarn, Interessierte weiter gegeben werden, um die Reichweite unserer kritischen Texte zu erhöhen.

Abonnement-Bestellschein

Bitte liefern Sie mir das Free21-Magazin ab der kommenden Ausgabe jeden 2. Monat bis auf Widerruf im Print-Abonnement. Die Bezugsgebühren in der BRD (Druckkosten inkl. Zustellung) betragen **pro Ausgabe 10 EUR,** (15 EUR/Ausgabe in EU-Länder). Ich erhalte dafür 10 Exemplare. Ich bin damit einverstanden, dass die Print-Abo-Gebühren von meinem Konto je Ausgabe im Voraus abgebucht werden.

Erteilung einer Einzugsermächtigung und eines SEPA-Lastschriftmandats:

Hiermit ermächtige ich Sie, bis auf Widerruf, die Print-Abonnementgebühren von meinem unten aufgeführten Konto einzuziehen.

Kontoinhaber Name, Vorname:

Abweichende Lieferanschrift:

Str., Nr.:

Name

PLZ, Ort:

Str., Nr.:

E-Mail:

PLZ, Ort:

Kontoführendes Institut:

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers:

IBAN:

BIC:

Gläubiger-Identifikations-Nr.:
DE39 ZZZ 000 015 390 45
Mandatsreferenz-Nr.

Abschicken an: GlobalFairHandeln, Lukas Puchalski, Am Entenpfuhl 4, 50170 Kerpen

Erscheinungstermine in 2017: 15.2.17/15.4.17/15.6.17/15.8.17/15.10.17/15.12.17

Zum Abo: Insgesamt werden 6 Ausgaben in 2017 gedruckt. Die Bezugs- und Druckgebühren werden 20 Tage vor dem Erscheinen per Lastschrift eingezogen. Das Print-Abo gilt bis auf Widerruf und beginnt mit der ausgewählten Ausgabe, sobald der Bestellschein bei uns eingegangen ist. **Kündigung:** Das Print-Abo ist jederzeit zum Monatsende mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten kündbar. Die Kündigung muss bitte schriftlich auf dem Postweg erfolgen.

Widerrufsrecht: Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, widerrufen und die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die bei meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenznummer wird von GlobalFairHandeln/Lukas Puchalski vergeben.

Aktuelle und ältere Ausgaben können Sie im Webshop www.free21abo.de bestellen.

Das Free21-Prinzip:

Die Geschenkidee: Ein **Free21**-Abo

Abo Free21

www.Free21Abo.de

Free21

Wir suchen noch ehrenamtliche

Verstärkung für das Free21-Team:

Free21 publiziert in verschiedenen Sprachen. Für alle Sprachversionen werden druckfähige PDF-Artikel layoutet. Dabei brauchen wir Eure Unterstützung.

Wir freuen uns über engagierte

Layouter/innen

mit Adobe Indesign ab Vers. CS 4

Unsere Vision ist ein weltweites ehrenamtliches Netzwerk von Menschen, die den Mainstream-Medien Beine machen wollen.

Wenn jeder Mitstreiter auch nur einen Artikel pro Woche gestaltet, können wir einiges bewegen!

Wir wollen auch nicht deutschsprachige Menschen bei ihrer Meinungsbildung unterstützen und einen Teil unserer Artikel in anderen Sprachen publizieren. Um das zu schaffen, benötigen wir Eure Unterstützung.

Dafür suchen wir ehrenamtliche

Übersetzer/innen

sprachlich versiert sowie mit guten stilistischen und orthografischen Fähigkeiten.

Wenn Ihr uns ehrenamtlich unterstützen könnt, schreibt bitte an: team@free21.org